TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

169/170
44. JAHRGANG
Ausgaben 1/2 2022



Europa
Mehr Markt gefragt

TOP-INTERVIEW
Klimaschutz und Industrie miteinander versöhnen
Hendrik Wüst

STANDORT DEUTSCHLAND
Wirtschaft konsequent stärken
Julia Klöckner

EU-TAXONOMIE
Klimaschutz darf kein Alibi für Staatsdirigismus sein
Prof. Roland Koch

WIRTSCHAFTSRAT Deutschland

REMONDIS®

IM AUFTRAG DER ZUKUNFT



Unberührte Natur

Auf den ersten Blick vielleicht. Tatsächlich sieht man hier Wasser, wo durchgängig dickes Eis sein sollte. Ein untrügliches Zeichen dafür, dass der Klimawandel in vollem Gange ist. Um ihn erfolgreich zu bekämpfen, braucht es neben der Energie- auch dringend die Rohstoffwende. Gerade in ihr steckt enormes Klimaschutzpotenzial. So spart beispielsweise jede Tonne Kunststoffrezyklat 1,6 Tonnen CO_2 ein. Generell sind Recyclingrohstoffe bis zu 40-mal klimaschonender als Primärrohstoffe. Grund genug, alles zu geben, um so viel Material wie möglich wiederaufzubereiten. Nicht nur uns Menschen zuliebe.
Mehr auf > **wir-sind-klimaschutz.de**

REMONDIS SE & Co. KG // Brunnenstr. 138 // 44536 Lünen // Deutschland // T +49 2306 106-0 // F +49 2306 106-100 // info@remondis.de // remondis.de

Bild: Shutterstock, Anette Holmberg



Foto: Nell Killius

Astrid Hamker
Präsidentin des Wirtschaftsrates
der CDU e.V.

Liebe Mitglieder und Freunde des Wirtschaftsrats,

Wie aus einem süßen Traum sind wir jäh wachgerüttelt worden und müssen feststellen, dass wir viele schöne politische Wunschvorstellungen nur noch als Erinnerung behalten werden.

Wobei das „Wir“ auf uns im Wirtschaftsrat kaum zutrifft. Wie oft haben wir vor den Folgen der expansiven Geldpolitik gewarnt? Lange tat die Europäische Zentralbank flankiert durch manche Politiker so, als sei die Inflation nur vorübergehend, und auch „nur“ durch kurzfristig höhere Energiepreise getrieben. Dabei ist ihre Geldpolitik mit Niedrigzins und Anleiheankäufen einer der Haupttreiber der schleichenden Enteignung von Sparern und Steuerzahlern.

„Lange tat die Europäische Zentralbank flankiert durch manche Politiker so, als sei die Inflation ‚nur‘ vorübergehend, und auch ‚nur‘ durch kurzfristig höhere Energiepreise getrieben.“

Bei der Energiewende waren wir immer klar in unserer Argumentation: Von Anfang an haben wir die Berücksichtigung der Versorgungssicherheit und breite, technologieoffene Lösungen gefordert. Den gleichzeitigen Ausstieg aus Kernenergie und Kohleverstromung vollzieht kein anderes Industrieland. Allein in diesem Jahr steht – oder besser stand? – die Abschaltung von 21 Kraftwerken an, darunter drei Kernreaktoren. Unsere Abhängigkeit von russischem Erdgas ist über Jahre größer geworden, auch weil man wie zuletzt im Koalitionsvertrag der Ampel auf die Erschließung eigener deutscher Energiequellen verzichten will.

In der Sicherheitspolitik setzen wir uns seit Jahren dafür ein, deutsche Technologien in europäischen Gemeinschaftsvorhaben für alle Streitkräfte unserer Bündnispartner aktiver einzubringen. Dass der Zustand der Bundeswehr selbst einer führenden Industrienation schon lange nicht mehr würdig ist, wissen wir spätestens seit Februar alle. Zuvor mussten schon andere NATO-Partner den Rückzug aus Afghanistan decken. Spätestens da hätten wir aufwachen müssen.

Und schauen wir uns den Erfolg der Fundamentalopposition linker, sogenannter „NGO“ gegenüber dem für unsere Exporte essentiellen Außenhandel an: Sie verhindern bis heute die Abschlüsse wichtiger Handelsabkommen. Es ist jetzt dringend an der Zeit, diese Blockaden bis in die EU-Kommission hinein zu überwinden. Konkret bedeutet dies eine schnelle Ratifizierung des Freihandelsabkommens CETA mit Kanada, einen zügigen Fortschritt der Verhandlungen mit den Staaten Südamerikas über MERCOSUR und selbstverständlich eine Neuauflage von Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union.

In Deutschland hat sich schon länger eine Haltung breitgemacht, den Betrieben immer mehr finanzielle und bürokratische Lasten aufzubürden. Dem wollen wir für unser Land und Europa mit marktwirtschaftlichen Lösungen entgegentreten. Ich freue mich dabei auf Ihre Unterstützung.

Herzlichst
Ihre Astrid Hamker

Titelbild: AdobeStock©Piccaya

Inhalt



Foto: Land NRW / Tobias Koch

8 TOP-INTERVIEW

„Klimaschutz und Industrie miteinander versöhnen“

TREND sprach exklusiv mit Ministerpräsident Hendrik Wüst über den Ausstieg aus der Kohle, den Strukturwandel im Ruhrgebiet, die Herausforderungen durch veraltete Infrastrukturen, die Digitalisierung und natürlich darüber, wohin er Nordrhein-Westfalen nach der Wahl führen will.



Foto: EU / Dati Bendo

10 TITEL

Europa: Mehr Markt gefragt

Staatsschulden und ultralockere Geldpolitik zerstören die Fundamente der europäischen Gemeinschaft. Will Europa künftig noch eine geopolitische Rolle spielen, muss es sich auf seine Tugenden besinnen. Die EU braucht ein klares marktwirtschaftliches Leitbild, einen liberalen Ordnungsrahmen und ein Bekenntnis zu mehr Wettbewerb.

START

EDITORIAL
3 ▶ Astrid Hamker

AUSSENANSICHT
6 Rote Linien aufzeigen
▶ Dr. Tobias Kaiser

TITEL

TITEL
10 Europa: Mehr Markt gefragt
▶ Peter Hahne

18 Klimaschutz darf kein Alibi für Staatsdirigismus sein
▶ Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch

20 Überregulierung von KI vermeiden
▶ Axel Voss MdEP

21 Krypto-Innovationsstandort stärken
▶ Dr. Stefan Berger

AKTUELL

INTERVIEW
8 „Klimaschutz und Industrie miteinander versöhnen“
▶ Hendrik Wüst

TRANSATLANTISCHE WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFT
22 Gemeinsame Ziele formulieren

TREND-Grafik
24 Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr

STANDORT DEUTSCHLAND
26 Konsequente Politik zur Stärkung der Wirtschaft
▶ Julia Klöckner MdB

START-UPS
28 Deutschlands Jahrhundertchance
▶ Dominik Burziwoda

MINDESTLOHN
30 Tarifautonomie in Not
▶ Dr. Hagen Lesch

CYBERSECURITY
32 Über das Ziel hinausgeschossen
▶ Prof. Timo Kob

DIGITALE SOUVERÄNITÄT
34 Wie sich Unternehmen vor Cyber-Angriffen schützen
▶ Ramon Möhrl

KREISLAUFWIRTSCHAFT
36 Autarkie durch Recycling
▶ Herwart Wilms

DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG
38 Genehmigungsverfahren beschleunigen
▶ Dr. Gisela Meister-Scheufelen

ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

40 Versorgungssicherheit in den Fokus nehmen

42 Chance zur Erneuerung nutzen
▶ Ulrich Leitermann

43 Steuern statt Embargo
▶ Prof. Dr. Ricardo Hausmann

44 Kein Zurück zur Normalität
▶ Manfred Weber

Große Chancen nutzen
▶ Dr. Christian Bruch

45 Versorgungssicherheit ist keine Selbstverständlichkeit
▶ Patrick Lammers

46 Abhängigkeit beenden
▶ Oliver Krischer

Energiequellen diversifizieren
▶ Sven Utermöhlen

47 Laternen als Ladestation
▶ Daniel Kunkel

Private Investitionen mobilisieren
▶ Michael Theurer MdB

48 Versorgunssicherheit geht vor
▶ Andreas Jung MdB

Infrastruktur ausbauen
▶ Katherina Reiche

49 Einsparungen überprüfen
▶ Dr. Hagen Lessing

Gaslieferstopp wäre leichtfertig
▶ Wolfgang Langhoff



Foto: AdobeStock©AA+W

40 ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Energie- und Klimapolitik neu denken

Selten ist so deutlich geworden, wie verstrickt die moderne Welt ist: Corona-Virus und Ukraine-Krieg führen zu globalen Lieferengpässen und Zweifeln über die sichere Versorgung mit Energie. Zugleich droht mit der globalen Erderwärmung das Ökosystem aus den Fugen zu geraten. Lesen Sie, wie Politik und Unternehmensvertreter die Energie- und Klimapolitik für den Wirtschaftsstandort Deutschland neu denken.

FINANZSTANDORT EUROPA

50 Die Geopolitik ist zurück
▶ Dr. Florian Toncar MdB

51 Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken
▶ Friedrich Merz MdB

52 Die Globalisierung stockt
▶ Karl von Rohr

53 Resilienz boostern
▶ Ralph Brinkhaus MdB

Finanzplatz stärken
▶ Oliver Behrens

WIRTSCHAFTSRAT

INNENANSICHT
54 Neues aus den Kommissionen

IMPRESSIONEN
56 Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik

IMPRESSIONEN
57 Finanzmarktklausur 2022

STANDPUNKT STEIGER
58 „Zeitenwende“ darf nicht wackeln

SCHLUSS

AUS DEN LÄNDERN
59 Rückblick | Einblick | Ausblick

64 Impressum

FORUM
65 Im Spiegel der Presse
66 Zahlen des Quartals
66 Spindoktor



Foto: AdobeStock©EwaStudio

48 FINANZSTANDORT EUROPA

Hebel auf Wachstum umlegen

Jetzt kommt es ganz darauf an, dass Wirtschaft und Politik entschlossen gemeinsam handeln: Geopolitische Spannungen, Inflationsängste, hohe Staatsschuldenstände und die Transformation der Wirtschaft zwingen uns, den Finanzstandort Europa wettbewerbsfähig und wetterfest zu gestalten und zugleich die Hebel auf Wachstum umzulegen. Meinungsstarke Vordenker und Entscheidungsträger aus Finanzwirtschaft und Politik beziehen Position.



Rote Linien aufzeigen

Die Achse Frankreich – Italien steht. Die Bundesregierung muss jetzt zügig handeln und ein Gegengewicht zur Schuldenpolitik bilden.

Emmanuel Macron, Frankreichs wiedergewählter Präsident, ist der Mann der Stunde in der EU. Er hat mit seinem Wahlsieg nicht nur die Rivalin Marine Le Pen deklassiert, die das europäische Projekt zu einer besseren Zollunion zurechtstutzen wollte. Macron hat auch klargemacht, dass der Umbau der Europäischen Union weiter eine Priorität ist. Dass er zu den Klängen der Europahymne zu seiner Siegeskundgebung marschierte, machte den europäischen Gestaltungsanspruch des Politikers deutlich.

Für Deutschland ist der Wahlsieg Macrons eine gute Nachricht, aber auch eine Herausforderung. Denn auch wenn die Menschen in Deutschland Macrons Begeisterung für Europa grundsätzlich teilen: Für seine Vorstellung von der EU gilt das nicht unbedingt. Er arbeitet seit seinem Amtsantritt 2017 sehr erfolgreich daran, die EU nach seinen Vorstellungen zu formen. Dabei orientiert der ehemalige Banker und liberale Politiker sich zunehmend an Ideen, die eigentlich als passé galten. Die Skepsis gegenüber freien Märkten gehört dazu, die Überzeugung, dass der Staat alle Bereiche des Lebens von Zukunftsindustrien bis zur Kultur erfolgreich gestalten kann und auch das Streben nach größerer wirtschaftlicher Autarkie.

Bereits in seiner ersten Amtszeit hat Macron dieses Denken wieder fest in Brüssel verankert, nicht zuletzt, weil Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rats Charles Michel, ihre Posten auch dem französischen Präsidenten verdanken. Brüssel folgt vor allem Macrons Leitmotiv der „strategischen Autonomie", die alles umfasst von höheren Verteidigungsausgaben bis zum Hochpäppeln eigener nationaler Tech-Giganten, der stärkeren Kontrolle von Investitionen und dem milliardenschweren Aufbau neuer Industriezweige, um China und den USA Konkurrenz zu machen. Früher hat die Europäische Kommission in Brüssel die Mitgliedsstaaten daran gehindert, öffentliche Gelder an „nationale Champions" zu verteilen. Jetzt ist sie damit beschäftigt, die Subventionen für Batterieunternehmen und andere begünstigte Sektoren zu koordinieren.

Auf EU-Ebene haben die beiden großen Krisen dieses Jahrzehnts Macron geholfen. Die Corona-Pandemie hat Politikern und Bürgern geradezu schockartig deutlich gemacht, wie anfällig die heutigen Kontinente umspannenden Lieferketten sind. In den ersten Wochen der Pandemie fehlten Schutzmasken, dann Beatmungsgeräte und schließlich die umkämpften Impfstoffe. In den vergangenen Monaten ging es nicht mehr um Leben um Tod, aber für viele Unternehmen um das Aufrechterhalten des täglichen Geschäfts.

Der Krieg in der Ukraine hat dieses Unwohlsein verstärkt. Die Erkenntnis, wie abhängig die EU sich von Energielieferungen aus Russland gemacht hat und die permanente Drohung Putins, den Öl- und Gashahn abzudrehen, sorgen dafür, dass Macrons Idee von





Foto: Claudius Pflug

Dr. Tobias Kaiser
Korrespondent Brüssel
WELT

„Emmanuel Macron und Mario Draghi suchen immer neue Gründe, um den Wiederaufbaufonds und die gemeinsame Schuldenaufnahme zu verstetigen."

größerer europäischer Autonomie neue Anhänger findet.

Der französische Präsident hat die Corona-Krise auch genutzt, um eine Zeitenwende bei den EU-Finanzen durchzusetzen. Für den mehr als 800 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds macht die EU zum ersten Mal in dieser Größenordnung gemeinsame Schulden. Frankreich hatte die gemeinsame Verschuldung



Foto: Jens Schicke

seit Jahren gefordert, Deutschland hatte sich dagegen ebenso lange gewehrt, aber in der Corona-Krise kippte das Gleichgewicht. Gerade der Wiederaufbaufonds illustriert aber die Kluft zwischen Berlin und Paris: Für Deutschland sind die gemeinsamen Schulden eine einmalige Ausnahme in einer historischen Notsituation. Aus Sicht Macrons sind sie der Auftakt für dauerhafte gemeinsame Schulden.

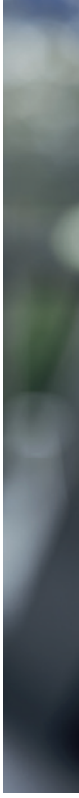
Tatsächlich hat Macron mit Italien eine gemeinsame Achse in der EU gebildet, die sehr erfolgreich daran arbeitet, die Finanzverfassung der EU nach ihrem Geschmack umzuformen. Nicht nur, dass Macron und der italienische Ministerpräsident Mario Draghi immer wieder neue Gründe suchen, den Wiederaufbaufonds und die gemeinsame Schuldenaufnahme zu verstetigen. Mal braucht Europa das Geld für den Kampf gegen den Klimawandel, mal um die hohen Energiepreise abzumildern, mal um angesichts des Ukraine-Kriegs mehr Verteidigung zu finanzieren. Alle paar Wochen werben Rom und Paris für mehr gemeinsame Schulden auf EU-Ebene.

Auch bei der Diskussion um die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts haben die beiden Länder die Debatte erfolgreich unter ihre Kontrolle gebracht. Inzwischen wird schon gar nicht mehr diskutiert, ob sie gelockert werden – sondern nur noch wie weit. Ein klares Bekenntnis zu den Maastricht-Regeln, wie Macron sie noch kurz nach seinem Amtsantritt formuliert hat, ist er in diesem Wahlkampf schuldig geblieben. Stattdessen hat er viele neue Ausgaben angekündigt.

Die Bundesregierung muss zu diesen Bestrebungen ein Gegengewicht bilden: Für solide Staatsfinanzen, fiskalische Verantwortung und freie Märkte. Dafür muss Scholz gegenüber Macron rote Linien aufzuzeigen. Bei den Schuldenregeln beispielsweise darf es keine Ausnahmen für Investitionen geben, gleich ob für das Klima, Digitalisierung oder die Verteidigung.

In Brüssel marktliberale Grundpositionen zu vertreten, ist für Deutschland schwerer geworden, seit Großbritannien die Union verlassen hat. Ein Club kleiner und mittelgroßer Staaten vor allem aus dem Norden und Nordwesten hält weiter an offenen Marktwirtschaften und fiskalisch konservativen Prinzipien fest. Demgegenüber steht eine Allianz vorwiegend südeuropäischer Länder, die lockere Staatsfinanzen und einen paternalistischen Staatsinterventionismus bevorzugen. Deutschland muss in dieser Konstellation Mehrheiten organisieren. Scholz sollte sich dabei auch ein Beispiel an Macron nehmen: In Sachen Durchsetzungskraft kann er von seinem französischen Amtskollegen noch viel lernen. ▯





„Klimaschutz und Industrie

*TREND sprach exklusiv mit **Hendrik Wüst,** Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, über den Ausstieg aus der Kohle, den Strukturwandel im Ruhrgebiet, die Herausforderungen durch veraltete Infrastrukturen, die Digitalisierung und natürlich darüber, wohin er Nordrhein-Westfalen nach der Wahl führen will.*

Das Interview führte **Jan-Ulrik Heydorn.**

– Das Ruhrgebiet durchläuft einen intensiven Strukturwandel. Welche politischen Impulse setzen Sie hier?
Das Ruhrgebiet war lange industrielles Zentrum in Deutschland und Europa. Wir setzen mit der Ruhr-Konferenz seit 2018 Impulse für eine innovative Neuerfindung der Region als internationalem Spitzenstandort. Ein Schwerpunkt dabei ist die Forschung. Am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung in Mülheim etwa forscht der frisch ausgezeichnete Nobelpreisträger Benjamin List; die Universitätsallianz Ruhr bündelt die Kompetenzen von gleich drei Universitäten im Ruhrgebiet. Wir fördern auch das Zusammenleben der Menschen. Es gibt hochklassige Programme zur Stärkung der Kultur- und Bildungslandschaft. 250 Millionen Euro investieren Land und Wasserverbände, um die Region klimafest zu machen. Die erste dezentrale Internationale Gartenausstellung wird das „Grüne Ruhrgebiet" zeigen. Und die Sicherheitskooperation Ruhr vernetzt kommunale und Landesbehörden beim Einsatz gegen Clan-Kriminalität. Wir setzen also Impulse in allen Lebensbereichen.

– Zu dem Strukturwandel im Ruhrgebiet kommt die Dekarbonisierung der gesamten Industrie in NRW. Wie gestalten Sie dies?
Ein ganz wesentlicher Punkt ist die Begleitung des Ausstiegs aus der Kohleverstromung. Mit dem Fünf-Standorte-Programm stärken wir die betroffenen Kraftwerksstandorte und die gesamte Wirtschaftsregion. Die Kernbotschaft unserer Maßnahmen lautet: Klimaschutz und Industrie miteinander zu versöhnen. Wir beweisen, dass Klimaschutz, gute Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit zusammenpassen. Wir haben alle Chancen, Nordrhein-Westfalen zum modernsten und klimafreundlichsten Industriestandort Europas zu machen. Strategisch werden wir vor allem die Chancen des Wasserstoffs nutzen und uns damit auch unabhängiger von Energieressourcen aus Russland machen. Mit der Wasserstoff Roadmap NRW oder der europaweit einmaligen Initiative IN4climate. NRW gehen wir den Wandel bereits an. Unsere verschärfte Energieversorgungsstrategie sieht bis 2030 einen Anteil von 55 Prozent erneuerbarer Energien vor. Wir werden unsere Kapazitäten bei der Solarenergie mindestens verdreifachen und bei der Windenergie verdoppeln.

– NRW galt 2017 als das Stauland schlechthin. Welche Infrastrukturmaßnahmen hat die Koalition umsetzen können?
Wir haben 2017 ein schweres Erbe übernommen. Ein marodes, stark sanierungsbedürftiges Straßennetz, einen lediglich eingeschränkt handlungsfähigen Landesbetrieb Straßenbau, ungenutzte Gelder in Berlin und zu niedrige Investitionen in unsere Landesstraßen. Das bin ich als Verkehrsminister angegangen. Wir brauchen eine Aufholjagd bei der Instandsetzung unserer Infrastruktur. Dafür haben wir einen nie dagewesenen Schub an Planungen, Genehmigungen und Baumaßnahmen in Gang gesetzt. Mehr Personal und Geld für Planung und Genehmigung, beschleunigte Verfahren und die massive Erhöhung der Mittel für Erhalt und den Ausbau unserer Landesstraßen haben die Trendwende eingeleitet. Mit dieser vorausschauenden Politik haben wir 600 Millionen Euro zusätzlich vom Bund nach Nordrhein-Westfalen geholt. Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Klar ist aber auch: Wir laufen bei dem Thema einen Marathon, keinen 100-Meter-Sprint.

– Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche. Nur in der Verwaltung hat man oft das Gefühl, dass die Entwicklung an ihr vorbei geht. Wie wollen Sie dies angehen?
Wir sind mittendrin in der Digitalisierung. Corona war ein Beschleuniger auf allen Ebenen. Mehr als ein Drittel der rund 111.000 Nutzerinnen und Nutzer in der Lan-



Foto: Land NRW / Tobias Koch

„Wir brauchen eine Aufholjagd bei der Instandsetzung unserer Infrastruktur."

miteinander versöhnen"

desverwaltung sind auf dem Weg in die elektronische Verwaltungsarbeit oder nutzen diese schon. Im Wirtschafts-Service-Portal.NRW werden bis Ende 2022 über 400 Verwaltungsleistungen für Privatleute und Unternehmen eingebunden sein. Auch bei der Erarbeitung digitaler Services im Bereich des Onlinezugangs zur Verwaltung machen wir Fortschritte. Wir müssen aber schneller werden und bundesländerübergreifend zusammenarbeiten, wie etwa beim der Plattform „Beteiligung NRW". Nur arbeitsteilig werden wir unsere Ziele der vollständigen Digitalisierung erreichen.

– An Rhein und Ruhr arbeiten knapp 200.000 Menschen im Bereich Automotive. Die Branche ist im Wandel und es gibt neue disruptive Marktteilnehmer. Welche Erwartungen müssen Sie hier erfüllen?

Die Mobilität der Zukunft gibt es nur mit der Automobilbranche. Untersuchungen zeigen, dass sich unser Land im Vergleich zu anderen Bundesländern in einer günstigen Startposition bei der Transformation der Industrie befindet. Die Bereiche Automatisierung und Vernetzung bieten großes Wachstumspotential, hier sind unsere Zulieferer besonders stark. Die Landesregierung leistet ihren Beitrag, indem wir die guten Rahmenbedingungen weiter verbessern. Wir unterstützen das Kompetenznetz automotiveland.nrw, das von den Unternehmen getragen wird und die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Automobil- und Mobilitätswirtschaft stärkt. Auch auf Bundes- und EU-Ebene setzen wir uns für die erfolgreiche Transformation der Branche ein. Wie in der energieintensiven Industrie gilt auch für den Automobilstandort Nordrhein-Westfalen, dass Klimaschutz und Innovation zwei Seiten einer Medaille sind.

– Was sind darüber hinaus ihre wichtigsten Projekte für die nächsten fünf Jahre?

Ganz aktuell beschäftigen uns natürlich Russland und die Ukraine. Die Auswirkungen des kriegerischen Überfalls auf die Ukraine werden uns sicher lange beschäftigen. Wer vor Putin flieht, ist in Nordrhein-Westfalen willkommen. Hier sind die Menschen sicher. Als Land werden wir die Aufnahme der Flüchtlinge nach Kräften unterstützen. Wahr ist aber auch: Die Pandemie ist nicht vorbei. Wir stehen vor einem stabilen Sommer. Aber vorausschauende Politik ist keine Schönwetterpolitik. Alle Experten sagen, dass die Zahlen am Jahresende wieder steigen werden. Es darf dann keinen dritten Corona-Winter des Hin und Her aus Einschränkungen und Lockerungen geben. Dafür braucht es den Instrumentenkasten mit Basisschutzmaßnahmen, den die Bundesregierung zugesagt hat, und natürlich eine hohe Impfquote. Zur Bewältigung der Pandemie gehört auch, dass Kinder und Jugendliche verpasste Bildungschancen aufholen können. Gute Bildungspolitik, die jedem Kind die Chance gibt, alles aus seinem Leben zu machen, hat für mich oberste Priorität. Gleichzeitig wird unsere Gesellschaft älter werden. Ein gerechter Lastenausgleich und faire Chancen für unsere Kinder und Enkel, auch das ist heute eine soziale Frage.

– Wie lange dauert das „sozialdemokratische Jahrzehnt", das Klingbeil und Esken im Dezember letzten Jahres ausgerufen haben?

Die SPD regiert im Bund seit 2013. Das sind bald zehn Jahre.



Mehr Markt gefragt

Die Explosion der Staatsschulden und die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zerstören die Fundamente der europäischen Gemeinschaft als Stabilitätsunion. Will Europa künftig noch eine geopolitische Rolle spielen, muss es sich auf seine bewährten Tugenden besinnen. Die EU braucht ein klares marktwirtschaftliches Leitbild, einen liberalen Ordnungsrahmen und ein Bekenntnis zu mehr Wettbewerb.

Foto: EU / Dati Bendo



Text: **Peter Hahne**

Europa steht an einer Wegmarke. In diesem Jahrzehnt wird sich entscheiden, ob die Europäische Union (EU) in Zukunft noch auf Augenhöhe mit den USA und China spielt. Die Voraussetzungen sind im Grunde gut: Historisch betrachtet ist die Staatengemeinschaft eine Erfolgsgeschichte. Der Kontinent verfügt über den größten Binnenmarkt der Welt, über innovative Unternehmen und gut ausgebildete Arbeitnehmer. Zugleich ist Europa gewaltigen Herausforderungen ausgesetzt. Finanzkrise, Brexit und Pandemie haben bereits vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine tiefe Spuren hinterlassen. Ohnehin brüchige Lieferketten drohen durch den Krieg und die daraus resultierenden Sanktionen ganz abzureißen. Gas-, Öl- und Kohle-Lieferungen aus Russland stehen in Frage. Wirtschaft und Verbraucher sehen sich deshalb schon heute ungeahnten Energiepreissprüngen ausgesetzt, Europa muss sich auf langfristig steigende Energiepreise einstellen. Das kommt insbesondere deshalb zur Unzeit, da der Energiesektor bereits durch den Klimawandel und den Umbau zu einer CO_2-freien Gesellschaft großen Herausforderungen ausgesetzt ist. Kommt jetzt eine Stagflation? „Auf mittlere Sicht hat das Risiko durch den Krieg deutlich zugenommen, da die Energiepreise nachhaltig höher bleiben werden. Hinzu kommt der CO_2-Preisanstieg und eine Überforderung im Strukturwandel zur Klimaneutralität", sagt der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther.

Hohe Inflation

Angesichts der hohen Inflationsraten von teils mehr als sieben Prozent steht die Europäische Zentralbank (EZB) unter Zugzwang. Doch die EZB zögert, sie hinkt der amerikanischen Notenbank Fed hinterher, die die Zinswende bereits eingeleitet hat. Seit der Finanzkrise haben die Notenbanker der EZB die Märkte mit billigem Geld geflutet und die strukturellen Probleme verdeckt. Negativzinsen, massive Anleihekäufe und eine Staatsverschuldung zum Nulltarif scheinen zur neuen Normalität geworden zu sein, Reformen wurden vernachlässigt.

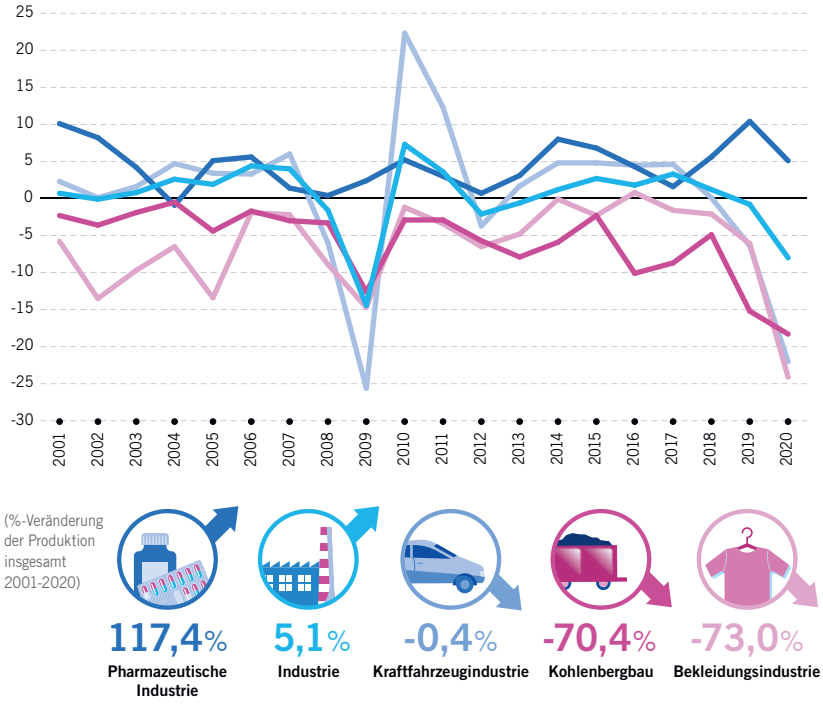
Doch der Traum von einer Welt, in der hoch verschuldete Länder mit billigem Zentralbankgeld ihre öffentlichen Investitionen finanzieren, ist ausgeträumt, stellt die FAZ fest. Spätestens mit dem Krieg Russlands in der Ukraine steht die EZB vor einer Neuausrichtung ihrer Geldpolitik, weil sie keine andere Wahl mehr hat. Dennoch lassen sich die Zentralbanker Zeit, weil sie – durch die neuen Unsicherheiten des Krieges – bei einer abrupten geldpolitischen Kehrtwende Sorge vor einem Konjunktureinbruch haben. „Es findet unübersehbar ein Regimewechsel in eine neue Inflationszeit statt, doch sowohl den Notenbanken als auch der Fiskal- und Wirtschaftspolitik gelingt es fatalerweise nicht, sich auf die neue Realität einzustellen", kritisiert Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates.

Zahlreiche Preistreiber

Zu den kurzfristigen Preistreibern wie Lieferengpässen gesellen sich zahlreiche Faktoren, die das Preisniveau langfristig anheizen. Corona und Krieg lassen die Globalisierung stocken, weniger Wettbewerb mindert den Preisdruck. Steigende CO_2-Preise sind unvermeidbar. Höhere Löhne ziehen voraussichtlich Zweitrundeneffekte nach sich, die in einer Lohn-Preis-Spirale enden könnten. Fachkräftemangel und höhere Mindestlöhne bauen weiteren Preisdruck auf. „Die Inflation wird in Wellen kommen", prophezeite der frühere Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn bereits vor Monaten Von einer „extrem gefährlichen Situation" spricht die Vizechefin der Weltbank, Carmen Reinhart. Sie wirft den Zentralbanken vor, viel zu spät auf die Inflation zu reagieren. Dauerhaft steigende CO_2-Preise können ähnliche Effekte auslösen wie der Ölpreisschock in den Siebzigerjahren. „Die EZB ist nun gefordert", stellte Bundesbankpräsident Joachim Nagel schon Anfang des Jahres klar. Die geldpolitische Wende der Amerikaner erhöht zudem

Entwicklung der Industrieproduktion in Europa

Prozent-Veränderung gegenüber Vorjahr, EU, 2001–2020

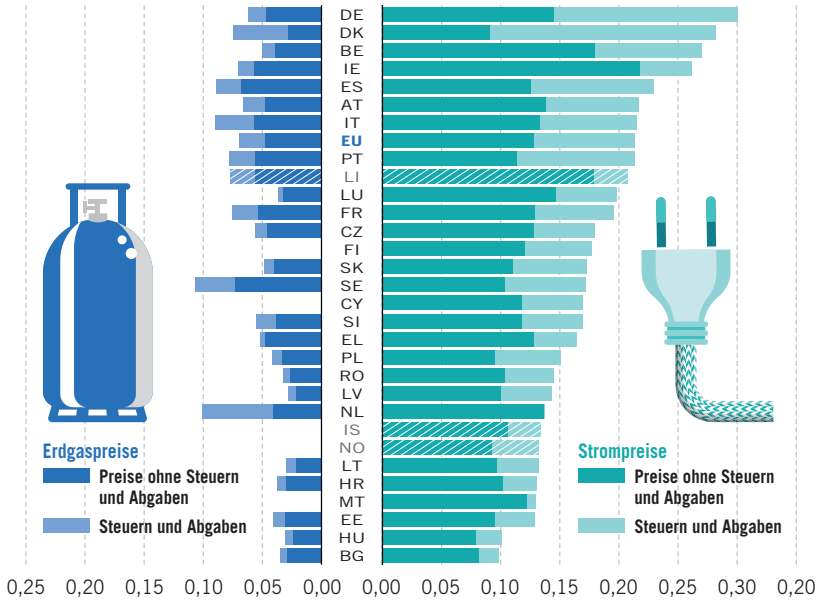


Quelle: Eurostat (Online- Datencode: sts_inpr_a)

den Druck auf die Frankfurter Währungshüter. Ein Zinsgefälle wertet den Dollar gegenüber dem Euro auf und dürfte zusätzlich noch eine importierte Inflation auslösen. Der Wirtschaftsrat weist auf einen weiteren kritischen Punkt hin: „Die EZB deckt derzeit die Corona-Rekorddefizite der Euro-Länder vollständig ab", betont Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Zusammen mit den Geldern aus dem EU-Wiederaufbaufonds sind die Finanzminister bei der Refinanzierung ihrer Schulden damit kaum noch von den Finanzmärkten abhängig." Hohe öffentliche Schulden drängen die EZB indes immer weiter zu einer expansiven Geldpolitik, ihre Unabhängigkeit leidet, Bürger und Unternehmen zahlen mit massiven Teuerungsraten. Die EZB wäre deshalb gut beraten, die Anleihekäufe kurzfristig einzustellen und die zinspolitische Wende einzuleiten, will sie ihre Glaubwürdigkeit nicht vollends aufs Spiel setzen.

So viel zahlten private Haushalte für Erdgas und Strom

EUR/kWh, private Haushalte, Durchschnittspreise zweites Halbjahr 2020



Hinweis: nach Strompreisen geordnet. Negative Steuerwerte für NL sind auf Rückzahlungen (Leistungen) zurückzuführen. IS: Strompreise für erstes Halbjahr 2020. Erdgaspreise für CY, MT, FI, IS und NO nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: nrg_pc_202 et nrg_pc_204)

MAX AICHER

WIR SIND BESONDERS FREUNDLICH. **ZUM KLIMA.**



Auch in der Zukunft wird die Max Aicher Stiftung großen Wert auf Energie, Umweltschutz und Effizienz legen. Wir achten auf erneuerbare Energie, um regionale Energiegewinne zu unterstützen. Ebenso hat der Schutz unserer Ressourcen einen hohen Stellenwert, damit auch unsere Urenkelkinder noch ein unbeschwertes Leben auf dieser Erde führen können.

Wir denken weiter.
Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft.

Mehr Information zu unseren Leistungen und Bemühungen finden Sie im Internet unter www.**max-aicher**.de wie auch www.**locas-bayern**.com.

LOCAS
LOW-CARB STAHL AUS BAYERN
Eine Vision von Max Aicher



Foto: Christophe Licoppe

Binnenmarkt stärken

Stabiles Geld und eine solide Haushaltspolitik gehören zusammen. Eine eigene Verschuldungskompetenz der EU nach dem Vorbild des Corona-Wiederaufbaufonds muss deshalb eine einmalige Ausnahme bleiben. Die immer engere Vermischung von Geld- und Fiskalpolitik lassen die Fundamente der EU-Stabilitätsunion erodieren. Frankreich und Italien dringen dessen ungeachtet auf weitere schuldenfinanzierte Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung. „Finanzminister Christian Lindner muss hier ein klares Zeichen setzen, dass solide öffentliche Finanzen wieder zu einem Fundament der europäischen Einigung werden", betont Generalsekretär Steiger.

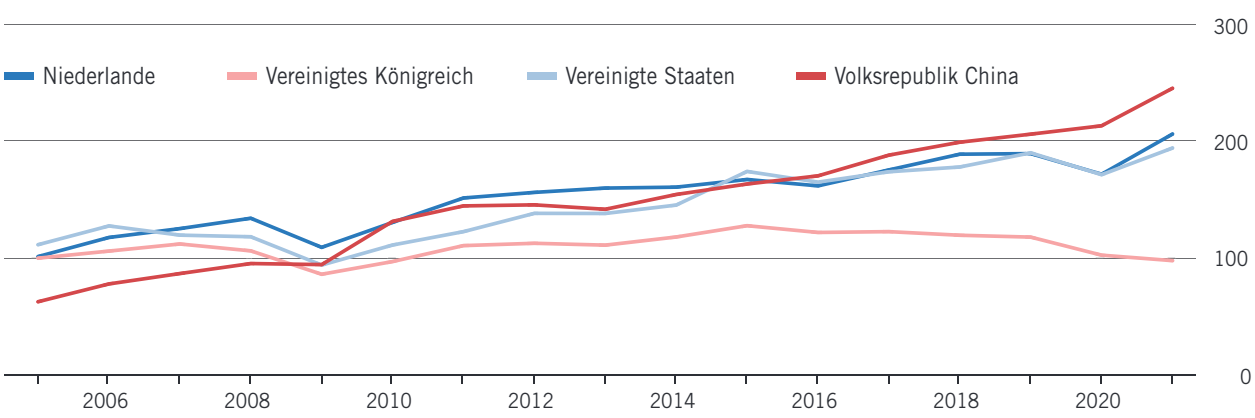
Der Wirtschaftsrat setzt sich vor diesem Hintergrund für eine Stärkung eines marktwirtschaftlichen Europas ein. Ratspräsidentin Astrid Hamker betont die fundamentale Bedeutung einer Stabilitäts- und Wettbewerbsunion – anstelle einer Schulden- und Haftungsgemeinschaft. „Wichtig ist ein klares Leitbild, damit Europa in den nächsten Dekaden wirtschaftlich und geopolitisch eine Führungsrolle übernehmen kann", stellt Hamker klar. Ein freiheitlicher Ordnungsrahmen und die soziale Marktwirtschaft bieten dieses Leitbild, in dessen Zentrum der Binnenmarkt steht. Dazu gehört künftig mehr denn je auch eine Kapitalmarktunion, mit der sich ausreichend private Investitionen für die gesellschaftlichen Großaufgaben Klimaschutz und Digitalisierung stemmen lassen.

Klimaschutz nur mit privaten Investoren

Für den ambitionierten „European Green Deal" und das „Fit for 55 Package" muss die EU schließlich große Umfänge privaten Kapitals mobilisieren. Maria Ferraro, Finanzvorstand von Siemens Energy, beziffert im „Handelsblatt" den weltweiten Investitionsbedarf für klimafreundliche Technologien mit mehreren Billionen Dollar. Ein Großteil davon muss von privaten Investoren aufgebracht werden. Anfang des Jahres veröffentlichte die EU-Kommission ihre „Grüne Taxonomie", womit Finanzprodukte und Technologien als ökologisch nachhaltig klassifiziert werden sollen. Der Wirtschaftsrat hält das für einen völlig falschen Ansatz. Die EZB wird weiter mit politischen Aufgaben überfrachtet, und die Einstufung von Gas und Atomkraft als grüne Energiequellen zeigt die Willkür einer solchen Politik. Mehr noch: Weil die Rüstungsin-

So entwickelte sich Europas Außenhandel: Umsatz (Exporte + Importe)

in Milliarden Euro



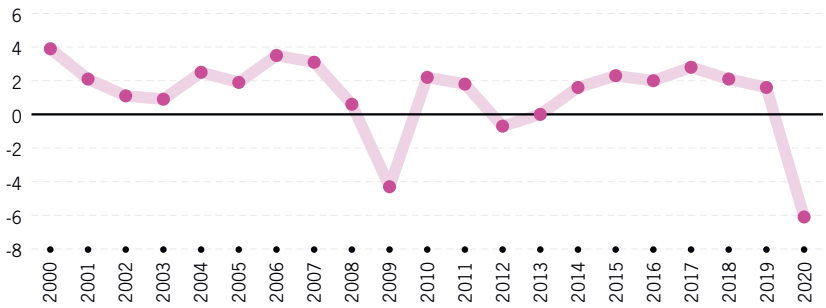
Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

dustrie nach ESG-Taxonomie nicht als nachhaltig gilt, werden einer Branche, die künftig viel stärker als bislang zur Verteidigung beitragen soll, der Zugang zu den Kapitalmärkten trockengelegt (vgl. Gastbeitrag Prof. Roland Koch S. 18)

Pläne der Kommission für eine „Soziale Taxonomie“ sind zwar Anfang März zunächst wieder in der Schublade verschwunden. Danach sollen Unternehmen Vorgaben für die Bezahlung ihrer Mitarbeiter erfüllen. Doch dabei wird es wohl nicht bleiben, der planwirtschaftliche Vorschlag dürfte in der nächsten Legislatur wieder auftauchen. Ob staatliche Vorgaben private Kapitalflüsse überhaupt in die „richtige” Richtung lenken können, ist mehr als zweifelhaft. Ifo-Chef Clemens Fuest macht „einen starken Geruch von zentraler Planung” aus und kritisiert, dass Brüssel wohl mehr an staatlichen Dirigismus als an den Markt glaubt. Staatlich verordnete Taxonomie kann einen klaren ordnungspolitischen Rahmen, Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Prinzipien als Grundpfeiler einer europäischen Klimapolitik nicht ersetzen. Im Mittelpunkt der Klimapolitik sollte deshalb viel stärker als bisher das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) stehen. Es hat sich als marktbasiertes Instrument bewährt, wird in einem nächsten Schritt auf den Verkehrs- und Gebäudesektor ausgeweitet und sollte schließlich sektorübergreifend, und im besten Fall global, mit einem einheitlichen CO_2-Preis zur Anwendung kommen. Mit den Erlösen, schlägt der Wirtschaftsrat vor, ließen sich umweltfreundliche Innovationen fördern und staatliche Abgaben auf die hohen Strompreise senken.

Reale Veränderung der Wirtschaftskraft (BIP)

Jahresdurchschnitt in Prozent, auf Basis verketteter Volumendaten, EU, 2000–2020



Quelle: Eurostat (Online-Datencode : naida_10_gdp)

WIRTSCHAFTSRAT Deutschland

WirtschaftsratExklusiv
ist mehr als nur ein Mitgliederausweis.

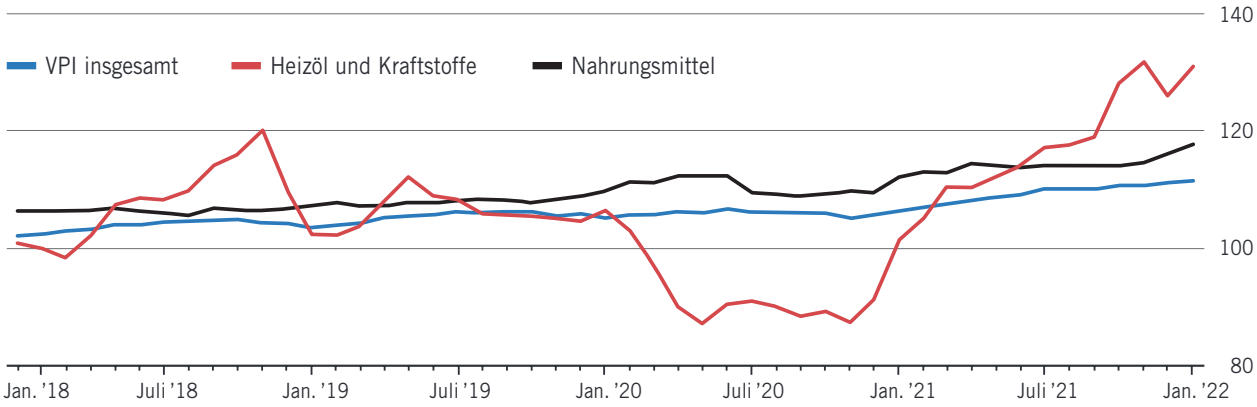
Unser Service für Sie:

- Mindspace
- Business-Clubs:
  - Airport Club Frankfurt
  - Industrie-Club Düsseldorf
  - ROTONDA Business Club Köln



Alle Informationen erhalten Sie unter www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat-exklusiv.

Verbraucherpreisindizes für Deutschland: Vor allem die Preise für Energie und Nahrungsmittel sind gestiegen 2015 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2022

Künstliche Intelligenz fördern

Einen weiteren zentralen Bestandteil eines wettbewerbsfähigen europäischen Ordnungsrahmens bilden zukunftsfähige digitalpolitische Regeln. Ambitionierte Ziele hat sich die EU-Kommission mit ihrem „digitalen Kompass" zwar gesetzt. In der ausgerufenen „digitalen Dekade" bis 2030 soll ein Governance-Rahmen entstehen und der digital vernetzte Binnenmarkt gefördert werden. Auch unter dem Label „Mehrländerprojekte" avisierte Ziele wie KI-gestützte Netze für die Cybersicherheit weisen in die richtige Richtung. Nichtsdestotrotz verläuft der digitale Wandel wie stets eher gemächlich in Europa und scheint mit der Frage der Versorgungssicherheit im Energiebereich noch weiter ins Hintertreffen zu geraten. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss es allen außenpolitischen Herausforderungen zum Trotz jedoch viel schneller gehen.

Nach einer DIHK-Erhebung planen 27 Prozent der Unternehmen den Einsatz von KI bereits in den nächsten drei Jahren. Sicherheit und Vertrauen in die digitale Schlüsseltechnologie sind jedoch nach wie vor ein Hemmschuh. „Jedes zehnte Unternehmen fühlt sich in seiner Existenz bedroht", warnt Bitkom-Geschäftsführerin Susanne Dehmel. Ein europäischer Rechtsrahmen kann einen wichtigen Beitrag leisten, erläutert der DIHK. Der Digitalverband Bitkom fordert zudem ein neues Datenschutzabkommen ("Privacy Shield") im transatlantischen Datenverkehr, um die aktuelle Rechtsunsicherheit europäischer Unternehmen beim Speichern personenbezogener Daten auf US-Servern zu beenden. Die unklare Rechtslage zieht hohe wirtschaftliche Schäden nach sich, berichtet Bitkom.

Mehr Freihandel wagen

Erhebliche Wohlfahrtsverluste entstehen Unternehmen und Bürgern in der EU durch schleichenden globalen Protektionismus und das Verschleppen von Handelsverträgen. Gerade angesichts immer neuer Lieferengpässe, jetzt auch durch Sanktionen, ist die EU gefragt, handelspolitisch Flagge zu zeigen. Dass schnelle Lösungen möglich sind, hat zuletzt die erweiterte Energiepartnerschaft zwischen der EU und den USA gezeigt, wonach zusätzliche 15 Milliarden Kubikmeter Flüssiggas nach Europa geliefert werden. Bei den ausstehenden Handelsverträgen gibt es hingegen kaum Fortschritte.

Ceta (Kanada) und Mercosur (Südamerika) sind seit Jahren auf der Zielgeraden oder in der vorläufigen Anwendung, finaler Abschluss und Ratifizierungen in allen europäischen Mitgliedstaaten werden indes immer wieder aufs Neue blockiert. Dabei stellt sich beim Thema Handelsverträge und damit der globalen Regelsetzung für die EU langfristig auch die Existenzfrage. Wird Europa zum rule-maker oder zum rule-taker? Setzen die Europäer ihre Sozial- und Umweltstandards auch künftig selbstbestimmt und gemeinsam mit ihren

Zahlen und Fakten zu CETA

Rund 98
Prozent
aller Zölle zwischen der EU und Kanada werden durch CETA abgeschafft.

590
Millionen Euro
könnten nach Schätzungen der EU-Kommission jährlich durch den Zollabbau eingespart werden.

Rund 12
Milliarden Euro
könnte das BIP der EU nach Schätzungen der EU-Kommission jährlich wachsen.

112
Milliarden Kanadische Dollar
umfasst das jährliche Volumen der öffentlichen Beschaffungsmärkte in Kanada, die mit CETA für europäische Unternehmen geöffnet werden.

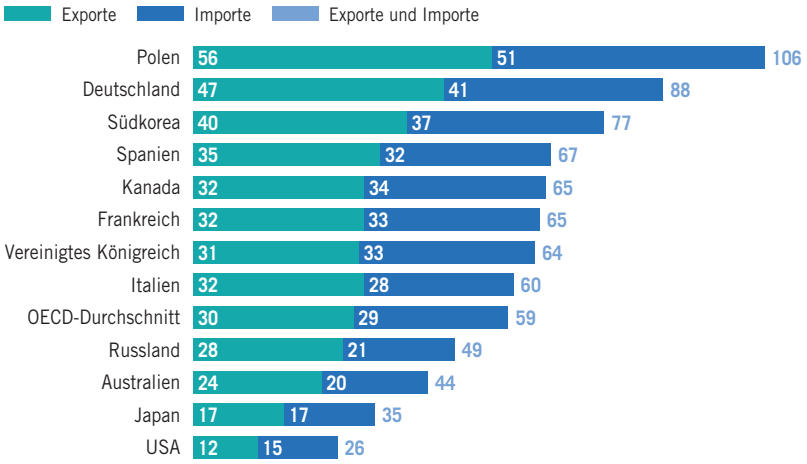
Quelle: BMWI 2022-02-16

freiheitlich gesinnten Partnern, oder müssen sie sich die Regeln aus Peking diktieren lassen?

Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft und Wohlstand hängen für die Europäer stark davon ab, ob sie Handelsabkommen im Geiste der Freiheit schließen, mit Demokratien, die sich auf ein offenes, aber zugleich robustes Auftreten gegenüber China verständigen können. Das ist auch im Interesse europäischer Unternehmen, die unverändert über unfairen Technologietransfer und mangelhaften Schutz geistigen Eigentums klagen. Im Verhältnis zu den USA gibt es nach den Trump-Jahren nur kleine handelspolitische Fortschritte. Substanziell vorwärts geht es unter Joe Biden nicht. Der vorläufige Verzicht auf Strafzölle und neue transatlantische Gesprächsformate ersetzen kein Handelsabkommen. Einig scheint man sich bislang aber vor allem darüber zu sein, dass ein umfassender Handelsvertrag wie TTIP auf absehbare Zeit nicht kommen wird. Dabei wuchs der Welthandel bereits in den 2010er Jahren langsamer als die Weltproduktion, die globalen Direktinvestitionen gingen in manchen Jahren sogar zurück. „Das deutsche Exportmodell droht durch Protektionismus weiter unter Druck zu geraten", warnt IW-Forscher Jürgen Matthes. □

Offenheitsgrad ausgewählter Volkswirtschaften

Handel mit Waren und Dienstleistungen, in Prozent des BIP (Abweichungen durch Rundung)



Quelle: OECD, 2021a; eigene Berechnungen
Daten: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.





Nur eine marktwirtschaftliche Ordnung, die denen einen hohen Gewinn verspricht, die neue Lösungen für den Klimaschutz finden, stellt eine Chance da, erfolgreich zu sein.

Klimaschutz darf kein Alib

Betrachtet man die Intensität staatlicher Regulierung über die letzten 50 Jahre, lässt sich feststellen, dass seit 1970 vor allem umweltrelevante Regulierungen die Treiber für Gesetze, Verordnungen und zusätzliche Bürokratie waren. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2021 zur Verpflichtung des Staates, wirksame Klimagesetze zu erlassen, hat diese immer dirigistischere Politik nahezu Verfassungsrang. Die in dem Urteil begründete Hoffnung, die Weitsicht von Parlamenten und staatlichen Bürokratien ermögliche einen verlässlichen Klimapfad bis weit in das nächste Jahrzehnt, ist allerdings ein gefährlicher Irrtum. Die meisten Techniken, die wir für eine klimaneutrale Wirtschaft 2050 brauchen, sind gerade erfunden oder müssen noch erfunden werden. Nur eine marktwirtschaftliche Ordnung, die denen einen hohen Gewinn verspricht, die diese Lösungen finden, stellt eine Chance dar erfolgreich zu sein.

Wie schwierig und willkürlich staatliche Wertentscheidungen über Technologien sind, haben wir gerade erlebt. Für einige Mitglieder der Bundesregierung gab es zum Jahresanfang statt Böller einen Schlag aus Brüssel. Wenige Stunden vor Jahresende legte die EU-Kommission ihre Präzisierungen zur sogenannten Taxonomie im Rahmen des Green Deal vor. Atomkraft ist inzwischen gegen deutschen Widerstand per Dekret als „nachhaltig eingestuft".

Die grüne Taxonomie der EU wird in Wirtschaft und nationaler Politik unterschätzt. Es ist zwar kein Gesetz, das bestimmte Technologien oder Rohstoffe verbietet oder erlaubt. Dies würde eines förmlichen Gesetzes bedürfen und mit größter Wahrscheinlichkeit auch die Kompetenz der EU überschreiten. Das von Experten erarbeitete 600 Seiten starke Regelwerk gibt der Finanzindustrie jedoch vor, wann Anlageprodukte als „nachhaltig" bezeichnet werden dürfen. Dies führt nicht nur zu einer einheitlichen Bewertung von Investmentfonds. Auch Kredite von Banken in Bereichen, die in der Taxonomie nicht als nachhaltig benannt sind, werden per Definition als höheres Risiko eingeschätzt. Das wiederum verteuert die Eigenkapitalstruktur, was Banken vermeiden werden. Im Klartext: Alles, was die Taxonomie nicht positiv bewertet, bekommt keine Finanzierung durch Standard-Investmentgesellschaften oder Banken. Die Taxonomie ist die einschneidendste Wirtschaftslenkung in Zentraleuropa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Um die deutsche Empörung zu kanalisieren, hat die EU-Kommission auch Erdgaskraftwerken das Gütesiegel der Nachhaltigkeit unter bestimmten Bedingungen erteilt. Rein sachlich ist das fragwürdig, denn ohne die in Deutschland verpönte Abspaltung von CO_2 ist ein solches Kraftwerk im Gegensatz zum Kernkraftwerk eben kein Beitrag zur CO_2-neutralen Welt. Doch da Deutschland den irreversiblen Fehler beging, zunächst auf Kernkraft zu verzichten ohne die Realisierbarkeit CO_2-neutraler Installationen zu überprüfen, gehört es zu den wichtigen Entscheidungen der Ampel-Koalition, den Black-Out durch schnellen Zubau starker Erdgas-Kraftwerke gerade noch so zu verhindern.

Das alles sind Rochaden und blamable Weggabelungen einer staatlichen Wirtschaftslenkung. Saubere Lenkungsimpulse, wie etwa ein problemgerechter CO_2-Preis, könnten das alles überflüssig machen. Ludwig Er-



Foto: AdobeStock©Vastimil Sestak

i für Staatsdirigismus sein

hard wäre von einem Tobsuchts-Anfall in den nächsten geraten, wenn er in die Details dieser Taxonomie geschaut hätte. Wer gibt „technischen Experten“ das Recht, einen Kontinent unter Kontrolle zu bringen? Brüssel argumentiert, man brauche das Werk für die einheitliche Bewertung aller Bereiche, um vergleichbare „nachhaltige“ Finanzprodukte auf den Markt zu bringen, sonst werde der Verbraucher durch „Greenwashing“ in die Irre geführt. Marktwirtschaftler kennen das Problem der Ungleichheit der Informationen. Aber es darf auch einen Wettbewerb um die richtigen Kriterien geben. Es entwickeln sich gerade Rating-Modelle zum Thema „Environmental Social Governance“. Sie können Bewertungen nach unterschiedlichen Maßstäben anbieten, überwachen und kennzeichnen. Transparenz im Markt braucht kein Einheitsdiktat jenseits von Technologieoffenheit und Innovation. Dann wird sich auch hier der bessere, transparentere, verantwortungsbewusstere Anbieter durchsetzen.

Die Willkür von Wirtschaftslenkung, von der ich hier rede, soll die Bedeutung des Klimaschutzes nicht herabwürdigen. Der Glaube an ein verbindliches grünes Staats-Label öffnet allerdings Freunden der Regulierung Tore, die ihnen bei hoher Regulierung bisher immer aus gutem Grund verschlossen waren. Rüstungsunternehmen weisen darauf hin, dass auch sie dem Verdikt des „Unerwünschten“ unterliegen. Und was bisher ein Gerücht war, bestätigt sich: Die EU-Kommission bereitet einen noch schwereren Eingriff in die Freiheit der Unternehmensführung vor. Eine von ihr berufene Expertenkommission hat einen Entwurf für eine „Soziale Taxonomie“ vorgelegt. Unternehmen sollen bezüglich ihrer Kreditwürdigkeit oder Geeignetheit für Investoren in Zukunft auch danach beurteilt werden, ob sie „auskömmliche“ Löhne zahlen, welche Angebote für Kinderbetreuung oder betriebliche Altersversorgung sie machen. Der „Nutzen“ der unternehmerischen Leistung für Kunden und die Gesamtgesellschaft soll in die Bewertung einfließen.

Der Staat übernimmt sich, wenn er die Wirtschaft steuern will. Sie ist zu komplex, um unter den Händen von Bürokraten zu überleben. Der Klimaschutz rechtfertigt schwere Einschnitte, unser Leben wird sich verändern. Aber nur marktwirtschaftliche Rahmensetzung führt zu Erfolgen. Eine „Taxonomie“ aber, die in unehrlicher Weise als „Hilfestellung zur Beurteilung von Investitionen“ daherkommt, ist ein beunruhigendes Beispiel für fast blindes Staatsvertrauen. Das wird nicht gutgehen. Dieser neue europäische Angriff auf eine moderne Wirtschaft muss schnell auf den Prüfstand – und natürlich kann und muss dies alles durch Instrumente marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik ersetzt werden. □

Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch
Ministerpräsident a.D.
Vorsitzender der
Ludwig-Erhard-Stiftung



Foto: Dirk Koch

„Ludwig Erhard wäre von einem Tobsuchts-Anfall in den nächsten geraten, wenn er in die Details dieser Taxonomie geschaut hätte.“

Überregulierung von KI vermeiden

Mit Künstlicher Intelligenz Standards setzen.



Foto: AdobeStock©dehweh

Künstliche Intelligenz (KI) ist die Schlüsseltechnologie der Zukunft. Jeder Bereich unseres Lebens wird von dem technologischen Wandel betroffen sein. Die Konsequenzen für unsere Wettbewerbsfähigkeit, unseren Wohlstand und unsere Sicherheit sind dabei nicht zu unterschätzen. Doch darf uns das keine Angst einjagen – vielmehr sollte es uns Mut machen, denn dieser Wandel kann riesige Chancen zum Wohl der gesamten Gesellschaft bringen.

Im Gesundheitsbereich kann man mit der rapiden Datenverarbeitung durch KI helfen, Diagnosen schneller und gezielter zu stellen und Therapien und Medikamente an den Patienten anzupassen. Im Bereich der Nachhaltigkeit kann KI ein Schlüssel sein, um unsere Klimaziele zu erreichen oder unsere Energieabhängigkeit zu senken.

Diese Chancen gilt es zu nutzen, anstatt sie tot zu regulieren. Dazu brauchen wir klare Rechtssicherheit, Zugang zu Daten und Raum für Innovation – das ist derzeit in der EU nicht in ausreichendem Maße gegeben. Erfahrungen wie die Datenschutzgrundverordnung zeigen, dass wir durch zu viel Bürokratie auf EU-Ebene auf Überregulierung setzen, anstatt balancierte Lösungen durch neue Ansätze anzustreben. Das soll nicht bedeuten, dass man der Entwicklung von KI völlig freien Raum lässt, denn wir wollen und können beides: Schutz vor Missbrauch und Mut zu Innovation.

Mit einem menschenzentrierten, vertrauenswürdigen Ansatz für KI, der auf unseren Grundrechten und Werten beruht, können wir auch Risiken begegnen, die unsere Freiheit und Sicherheit in Frage stellen könnten – sei es Social Scoring, Desinformation, automatisierte Waffen oder auch weniger drastische Beispiele. Mit diesem europäischen Ansatz haben wir die Chance, globale Standards zu setzen und diesen wollen wir auch mit dem Gesetz zur Regulierung von Künstlicher Intelligenz, dem „AI Act", voranbringen. Hier sollten wir uns auf die Regulierung von Hochrisiko-Systemen konzentrieren und diesen klare Regeln vorgeben. Andere Parteien stellen allerdings häufig KI an sich als Risikosystem dar. Dies verbreitet unnötige Angst und führt zu Innovationsbremsen, denn der Großteil der KI-basierten Systeme zeigt überhaupt keine Risiken auf, sondern ist nur ein effizientes Tool zur Datenverarbeitung. Häufig wird auch ein grundsätzliches Verbot KI-basierter Technologien wie der Gesichtserkennung gefordert. Dieses Beispiel zeigt, dass man nicht von vornherein Technologien verbieten sollte. So hilft die Gesichtserkennung bei der Nachverfolgung von Straftaten oder wird dazu genutzt, selbstfahrende Autos zu trainieren. Auch wissen wir bei vielen Technologien noch gar nicht, welche Vorteile sie uns bringen können.

Was wir allerdings wissen ist, wer wirtschaftlich und ethisch in Zukunft Standards setzen will, muss jetzt bei KI die Standards setzen. Sonst endet Europa als Datenkolonie anderer globaler Kräfte.



Foto: Frank Beer/Axel Voss MdEP

Axel Voss MdEP
Mitglied des Rechtsausschusses im Europäischen Parlament
Rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion

„Die Chancen von KI gilt es zu nutzen, anstatt sie tot zu regulieren."



Foto: AdobeStock©Chinnapong

Tokenisierung erfordert angepassten Gesetzesrahmen.

Krypto-Innovationsstandort Europa stärken

Die Finanzwelt steht vor einer Entwicklung, die so bahnbrechend ist, wie die Einführung der Aktiengesellschaft im 17. Jahrhundert – der Tokenisierung. Was heute handelbar ist, könnte schon morgen auf der Blockchain tokenisiert sein. Die Token-Economy bringt neue Geschäftsmodelle hervor. Meta und PayPal zeigen Interesse daran, ihren eigenen Coin herauszubringen.

Die zunehmende Tokenisierung im Finanzsystem erfordert, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Für Europa gilt es, ein regulatorisches Rahmenwerk mit verlässlichen Zulassungs- und Aufsichtsstrukturen für Token zu schaffen und dabei Verbraucherschutz und Innovationsfreundlichkeit in der Balance zu halten. Die Markets-in-Crypto-Assets-Verordnung (MiCA) der EU-Kommission ist ein Meilenstein, um Europa zum Innovationstreiber im Krypto-Sektor zu etablieren. Darüber hinaus bedarf es auf lange Sicht auf allen Ebenen der Politik ein tiefes Verständnis für Technologien wie Token und der Blockchain.

Schöne neue Token-Welt

Ein Hundertstel eines Ferraris besitzen, ein Tausendstel eines Reihenhauses oder ein Hunderttausendstel eines Monet-Gemäldes? Das Weltwirtschaftsforum geht davon aus, dass bis 2029 zehn Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) tokenisiert werden; schätzungsweise zehn Billionen US-Dollar. Die Tokenisierung ist ein digitaler Verbriefungsprozess, der bestimmte Werte und Pflichten als digitale Token auf der Blockchain, einer öffentlichen Datenbank, abbildet. Token – Symbole, die Informationen in verschlüsselter Form übertragen – werden damit durch eine rechtliche Verknüpfung mit einem Vermögenswert außerhalb der Blockchain „aufgeladen". Jede Einheit kann beliebig oft zerteilt werden, was auch die Teilnahme neuer Investoren an Anlagen, für die ihr Kapital vorher nicht ausreichte, ermöglicht.

Die MiCA-Verordnung der EU-Kommission dient der Regulierung neuer Token und bringt Ordnung in den „Wilden Westen" der Krypto-Landschaft. Sie sorgt mit harmonisierten europäischen Regeln für Verbraucherschutz sowie Rechtssicherheit und stärkt Europas Innovationskraft. Betroffen sind sogenannte Fungible Token, also handelbare Krypto-Assets. Nicht handelbare Non-fungible Token, wie etwa der digitale Zugang zu Waren oder Dienstleistung, beispielsweise als Recht zum Download eines Buches, fallen hingegen nicht unter die MiCA-Verordnung.

Mittlerweile existieren über 10.000 Krypto-Assets. Nicht umsonst gehört der Krypto-Asset-Sektor zu den am rasantesten wachsenden Industrien und hat erfolgreiche Start-ups hervorgebracht. Für die Politik heißt es, das Krypto-Potenzial anzuerkennen und mit den richtigen Rahmenbedingungen wie der MiCA zu fördern, damit Europa zum Innovationsstandort der Krypto-Industrie wird. □

Dr. Stefan Berger MdEP
Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und Berichterstatter des EU-Parlaments für Markets in Crypto-Assets (MiCA)



Foto: Dr. Stefan Berger, Mitglied des Europäischen Parlaments

„Es bedarf auf lange Sicht auf allen Ebenen der Politik ein tiefes Verständnis für Technologien wie Token und der Blockchain."



Um Vertrauen zu schaffen und stark zu sein gegenüber China sollte Europa die Vereinigten Staaten dafür gewinnen, einen gemeinsamen digitalen Wirtschaftsraum zu etablieren.

Gemeinsame Ziele in der Digitalisierung formulieren

Die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft befindet sich momentan in einer Umbruchphase. Die Unternehmen kämpfen nach wie vor mit den Folgen der Corona Pandemie. Dazu kommen die geopolitischen Herausforderungen, die sich derzeit in der existentiellen vom russischen Präsidenten Waldimir Putin ausgehenden Krise, kulminieren. Auch die europäische Staatengemeinschaft steht zwangsläufig vor einer Transformation und Neuorientierung. Eine digitale Transformation, das machen diese großen Herausforderungen deutlich, ist wichtiger als je zuvor, um unabhängig und erfolgreich zu bleiben.

Ein digitaler transatlantischer Wirtschaftsraum, basierend auch auf dem übereinstimmenden Werteverständnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, kann ein Teil dieser Transformation sein. Damit würden gemeinsame Rahmenbedingungen geschaffen, Europas Handlungsfähigkeit und Souveränität gestärkt und auch die globale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks gestärkt.

Statt wie in der Vergangenheit nur auf punktuelle Kooperation zu setzen, sollten Ziele der Digitalisierung gemeinsam definiert werden. Ohne Zweifel ist eine solche digitalpolitische Antwort auch im Hinblick auf die von China ausgehenden Zeichen eines „Decoupling“ dringend notwendig. Europa und die USA müssen ein



Foto: AdobeStock©Alexey Novikov

„Privacy Shield“ ist deshalb dringend notwendig. Denn alle Unternehmen, die mit Daten arbeiten und diese transatlantisch austauschen müssen, sind davon in ihrem Geschäftsmodell betroffen. Um so ein Abkommen zu entwickeln, bedarf es einer Einigung auf gemeinsame Maßstäbe und über die Auslegung staatlicher Zugriffsbefugnisse.

Neben dem digitalen Wirtschaftsraum sollte auch eine Lösung der Probleme in der Halbleiterproduktion auf der Agenda stehen. Ein digitaler transatlantischer Binnenmarkt kann den Rahmen bilden und durchaus auch für andere Nationen, beispielsweise Schwellenländer ausbaufähig sein. Konkret könnte die gegenseitige Anerkennung von Standards im Datenschutz, in der IT-Sicherheit und bei Environmental-Social-Governance-Zielen angestrebt werden, um zum Beispiel einheitliche Verfahren bei Exportkontrollen, Finanzierungsrechnungen und Investitionsprüfungen zu etablieren.

Europa ist aufgerufen dringend zu handeln, denn die Möglichkeiten eines transatlantischen digitalen Wirtschaftsraumes sind herausragend, aber auch ein Schutz gegen Staaten wie China oder Russland. Die Aufgaben, die dieses Projekt mit sich bringt, zu bewältigen sind vielfältig und sehr herausfordernd. Aber die Kompetenzen sind auf beiden Seiten des Atlantiks vorhanden. Daran sollte die Europäische Union arbeiten und dies als ersten zentralen Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden Freihandelsabkommen, das bisher in weiter Ferne liegt, verstehen. □

global wirksames Gegengewicht zur Volksrepublik China bilden. Angesichts des von ihr ausgehenden Autoritarismus würde ein digitaler transatlantischer Wirtschaftsraum unsere liberalen Werte und damit auch unsere Demokratien stärken.

Europa muss jetzt sofort die konkrete Ausgestaltung angehen und den Austausch mit dem Partner Vereinigte Staaten suchen, um die Regeln sowie Freiheitsgrade für diesen digitalen Wirtschaftsraum festzulegen. Sonst könnte es zu spät sein. Die Handlungsfelder sind vielfältig. Besonders der Künstlichen Intelligenz (KI) kommt hier eine entscheidende Schlüsselrolle zu. Gemeinsam kann diese Technologie so weiterentwickelt werden, dass der Einsatz von KI wertebasiert und nur nach ethischen Grundsätzen erfolgt.

Auch im Bereich der Cybersecurity eröffnen sich zahlreiche Kooperationsfelder zwischen den USA und Europa. Eine verstärkte Zusammenarbeit im Kampf gegen Cyberwarfare und ein intensiveres staatliches Vorgehen gegen Cyberkriminalität sollte angesichts der zunehmenden Angriffe auf staatliche Institutionen und private Unternehmen und deren Gefahr für die Sicherheit des öffentlichen Lebens und die Wirtschaft weit oben auf der Agenda stehen. Eine gemeinsame Initiative unter dem Dach eines digitalen Wirtschaftsraums könnte auch dafür den Rahmen bieten und durchaus auch global eine positive Wirkung entfalten.

Ein Forum zur Ausgestaltung dessen könnte der EU-US Trade and Technology Council bieten. In diesem Forum können unterschiedliche Perspektiven diesseits und jenseits des Atlantiks ganz praktisch und in kleinem Rahmen ausgetauscht und ein transatlantisches Verständnis von Digitalsicherheit entwickelt werden. Dabei dürfen jedoch konkrete Gesetzesinitiativen sowie die regulatorische Souveränität beider Seiten natürlich nicht außer Acht bleiben. Entscheidend ist jedoch, dass die transatlantische Perspektive auf digitalpolitische Vorhaben am Anfang des Prozesses schon Bestandteil der Lösung sein muss.

Die digitale Transformation in Europa und den USA wird nur gelingen, wenn Daten global frei und sicher fließen können. Ein robustes und rechtssicheres Nachfolgeabkommen zum

Simone Menne
Präsidentin
American Chamber of
Commerce in Germany e.V.



Foto: Jürgen Mai

„Europa muss jetzt sofort die konkrete Ausgestaltung angehen.“

Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr

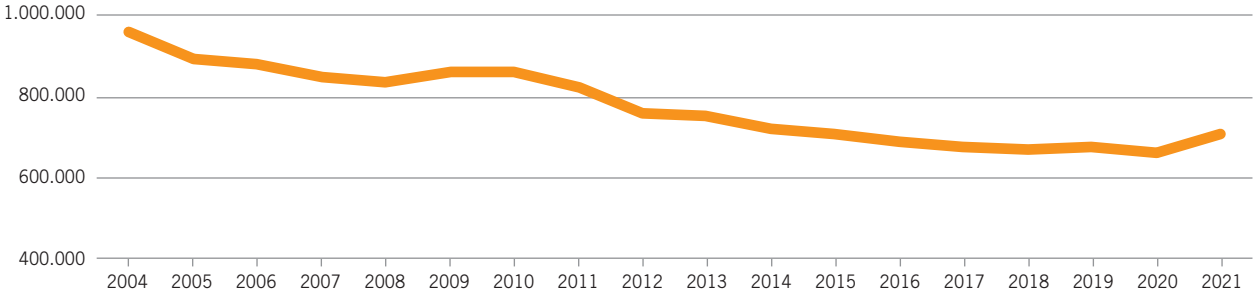


Text und Grafiken: **Jan Strache**

25.969 Patente meldeten deutsche Unternehmen 2021 beim Europäischen Patentamt an – eine Zahl, die nur von der größten Volkswirtschaft der Welt, den USA, übertroffen wurde und die die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft eindrucksvoll belegt. Doch auch diese Statistik kann nicht über die dunklen Wolken hinwegtäuschen, die über dem Wirtschaftsstandort Deutschland aufgezogen sind. Deutschland hinkt seit Jahren beim Ausbau der digitalen Infrastruktur hinterher und belegt im internationalen Vergleich der IT-Investitionen einen der hintersten Plätze. Eine traurige Spitzenposition indes nimmt unser Land hingegen bei den Strom- und den Lohnstückkosten ein – sie gehören zu den höchsten weltweit. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre bedrohen die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen massiv. Die Politik ist daher dringend gefordert, ihnen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken, um den Wohlstand unseres Landes auch in Zukunft zu sichern.

Der Trend bei den Gewerbeanmeldungen geht nach unten

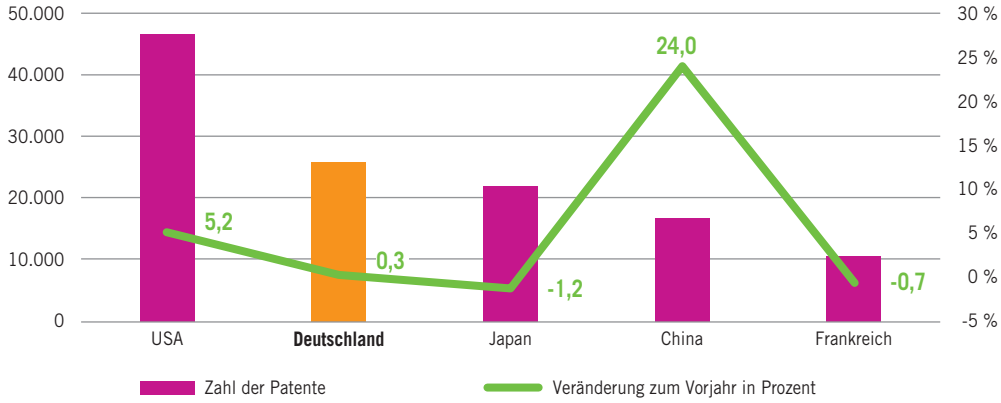
Obwohl die Zahl der Gewerbeanmeldungen 2021 wieder leicht zugenommen hat, ist sie gegenüber 2004 um mehr als 25 Prozent gesunken.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutschland ist Patentvizeweltmeister

Die Zahl der deutschen Patentanmeldungen beim Europäischen Patenamt ist in den letzten Jahren stabil geblieben und beschert uns im weltweiten Vergleich Platz zwei.



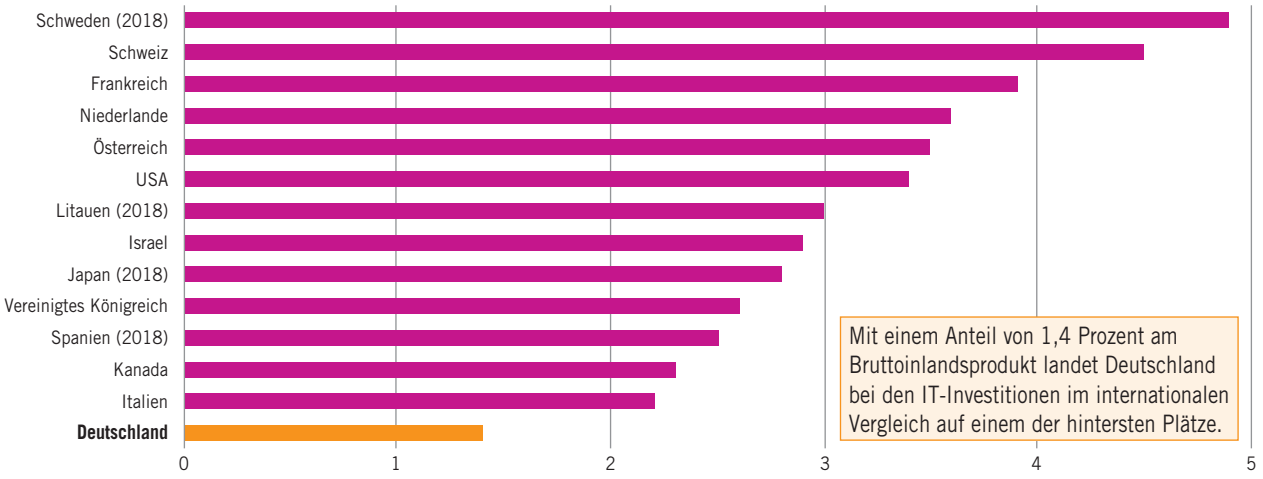
Quelle: Europäisches Patentamt

Bei den IT-Investitionen ist Deutschland weit abgeschlagen

IT-Investitionen als Anteil am BIP (2019)



AdobeStock©tanatorn

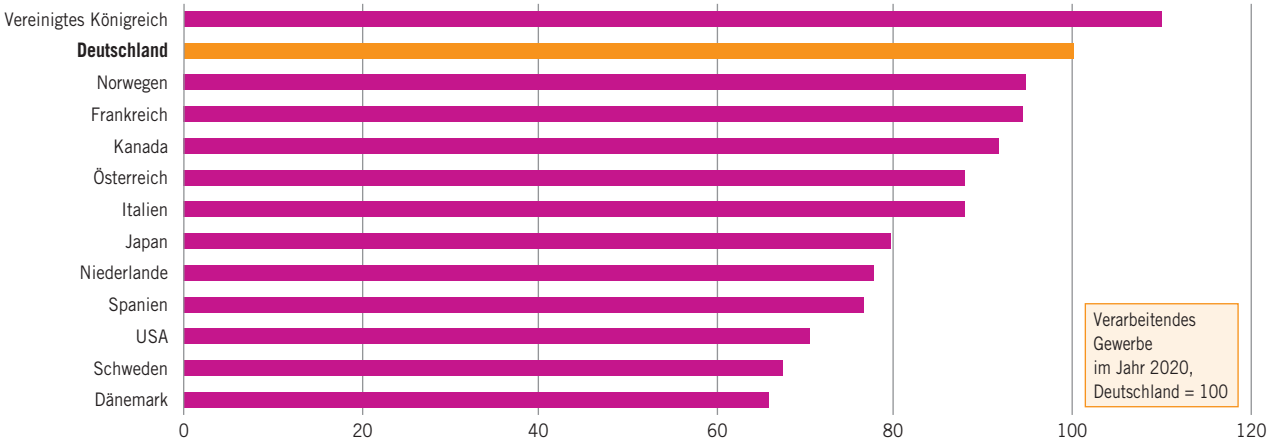


Quelle: OECD/KfW

Bei den Lohnstückkosten ist Deutschland der EU-weite Spitzenreiter

Lohnstückkostenniveau im internationalen Vergleich

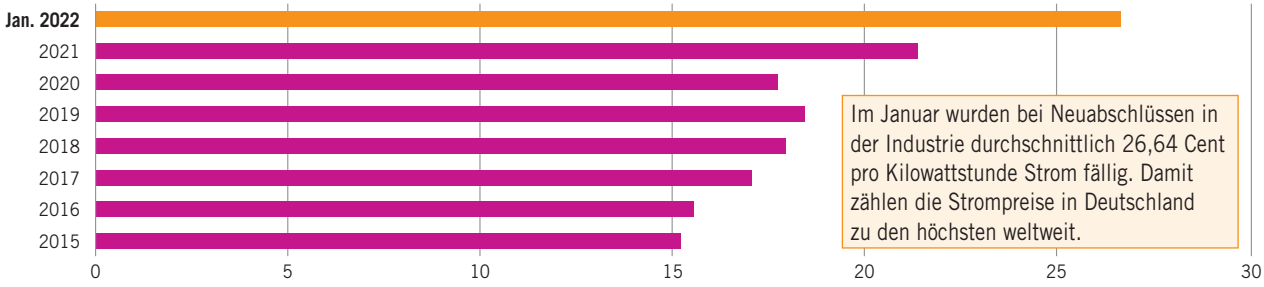
Das deutsche Verarbeitende Gewerbe hat im internationalen Vergleich ein hohes Lohnstückkostenniveau. Die inzwischen nur noch leicht überdurchschnittliche Produktivität reicht bei Weitem nicht aus, um diesen Kostennachteil zu kompensieren.



Quelle: IW Köln

Die Strompreise stiegen zuletzt stark an

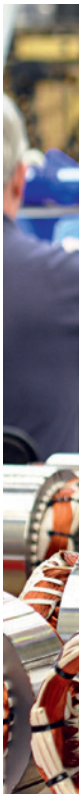
Strompreis für die Industrie in Cent/Kilowattstunde (inkl. Stromsteuer)



Quelle: VEA, BDEW

Konsequente Politik zur Stärkung der Wirtschaft

Nach der Corona-Krise setzt nun noch der Russland-Ukraine-Konflikt deutschen Unternehmen zu. Deshalb muss es jetzt heißen, Impulse für eine Erholung der Wirtschaft und einen anhaltenden Aufschwung zu setzen.



Die langanhaltende Corona-Pandemie und die damit verbundenen Beschränkungen stellen die Wirtschaft in Deutschland vor große Herausforderungen. Hinzu kommen aktuell erhebliche außenwirtschaftliche Verwerfungen durch den Russland-Ukraine-Konflikt. Gleichzeitig steht Deutschland vor einem Jahrzehnt der Erneuerung mit neuen Chancen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind gemeinsam gefordert, damit unser Land ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort bleibt.

Entscheidend ist einerseits, die aktuellen Krisen zu überwinden, und andererseits, die wirtschaftspolitischen Weichen entschlossen auf Modernisierung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit zu stellen. Der Ansatz muss sein, mit einem deutlichen und anhaltenden Aufschwung aus den Krisen und Schulden herauszuwachsen, damit Wirtschaft und Staat Handlungsspielräume zurückgewinnen. Solide öffentliche Haushalte sind und bleiben ein wichtiger Standortfaktor.

Die vergangenen zehn Jahre haben gezeigt, dass dies in Deutschland gelingen kann: Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 verzeichnete die Wirtschaft wieder positive Wachstumsraten, die Schuldenquote sank von über 80 auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die Schuldenbremse funktionierte. Dieser Trend schwächte sich bereits vor Corona stark ab durch eine Kombination ungünstiger Faktoren, insbesondere die demographische Entwicklung, die abnehmende Innovationskraft sowie Unsicherheiten im Außenhandel durch den Brexit und protektionistische Tendenzen weltweit.

Deshalb ist es über krisenbedingte Maßnahmen hinaus erforderlich, bereits heute Verbesserungen der allgemeinen Rahmenbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland auf den Weg zu bringen. Wichtig sind nicht nur Schritte, die kurzfristig für mehr Liquidität bei Unternehmen und Beschäftigten sorgen, sondern auch mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen, deren verbindliche Ankündigung und Einleitung bereits das Geschäftsklima positiv beeinflussen.

Zudem ist eine konsequente Politik zur Stärkung der Wirtschaft die Voraussetzung dafür, dass das ambitionierte Ziel der ökologischen und digitalen Transformation erreicht wird. Denn klar ist: Nur erfolgreiche Unternehmen werden den hohen Investitionsbedarf der nächsten Jahre stemmen können. Hierfür muss der Staat Freiräume schaffen und darf das Wachstum nicht mit neuen Belastungen und Verboten ausbremsen.

Wir brauchen ein Sofortprogramm, das an zentralen Stellschrauben ansetzt, um die Rahmenbedingungen günstig zu gestalten. Dadurch sollen die Unternehmen in die Lage versetzt werden, mehr zu investieren, innovativ zu sein und Arbeitskräfte einzustellen. Gleichzeitig wird die internationale Standortattraktivität erhöht.

Zentrale Faktoren sind hier Bürokratieabbau, Entlastungen von Steuern und Abgaben, flexible arbeitsrechtliche Regelungen, leistungsfähige Infrastrukturen und wettbewerbsfähige Energiepreise. Darüber hinaus muss das Programm geeignete Maßnahmen enthalten, um die Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung zu unterstützen, die Digitalisierung voranzutreiben sowie die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft zu stärken.



Foto: Torsten Silz

Julia Klöckner MdB
Wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeisterin der CDU Deutschlands

„Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass eine neue Dynamik von Innovation und Wachstum entsteht."

Beim Bürokratieabbau kommt es darauf an, „spürbare“ Entlastungen zu bewirken durch weitere Planungsbeschleunigungen, ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz und die durchgehende Sicherstellung insbesondere der Vollzugs-, Digital- sowie Kleinunternehmen- und Mittelstands-Tauglichkeit neuer Regelungen. Zudem muss stärker darauf geachtet werden, Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen möglichst zu vermeiden.

Steuerliche Maßnahmen sind wichtig, um starke Impulse für kurzfristige Entlastungen und einen nachhaltigen Aufschwung zu setzen. Zunächst muss es um schnell wirksame und umsetzbare Mittel gehen. Das könnten Schritte sein, die gegen die kalte Progression wirken, für bessere Abschreibungsmöglichkeiten und Verlustverrechnungen oder gegen die hohen Energiepreise.

Bei der Digitalisierung ist eine Umsetzungsoffensive erforderlich, die den Aufbau der notwendigen Infrastrukturen weiter beschleunigt und die Potentiale der Digitalisierung für alle besser nutzbar macht. Wichtige Projekte, die wir als Union in der Regierung wesentlich vorangebracht haben, müssen jetzt rasch umgesetzt werden. Zu nennen sind die Ermöglichung von Experimentierräumen in Gesetzen, das Onlinezugangsgesetz, das Basisregister für Unternehmensstammdaten und das bundesweit einheitliche Unternehmenskonto. Gelingen kann die Umsetzungsoffensive allerdings nur dann, wenn die entsprechenden Kompetenzen und Aufgaben in der Bundesregierung und im behördlichen Bereich gebündelt und gestärkt werden. Zudem müssen föderale Prozesse ganzheitlicher gedacht sowie effizienter und leistungsfähiger werden.

Das Sofortprogramm wäre ein erster Schritt und Auftakt für weitere, umfassende Strukturreformen. Wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass eine neue Dynamik von Innovationen und Wachstum entstehen kann und der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgeht. Es geht um nicht weniger als „Made in Germany“ als technologisches Zukunftsversprechen, das Erfindergeist, mehr Investitionen und einen Staat erfordert, der marktwirtschaftliche und technologieoffene Entwicklungen ermöglicht und unterstützt. □

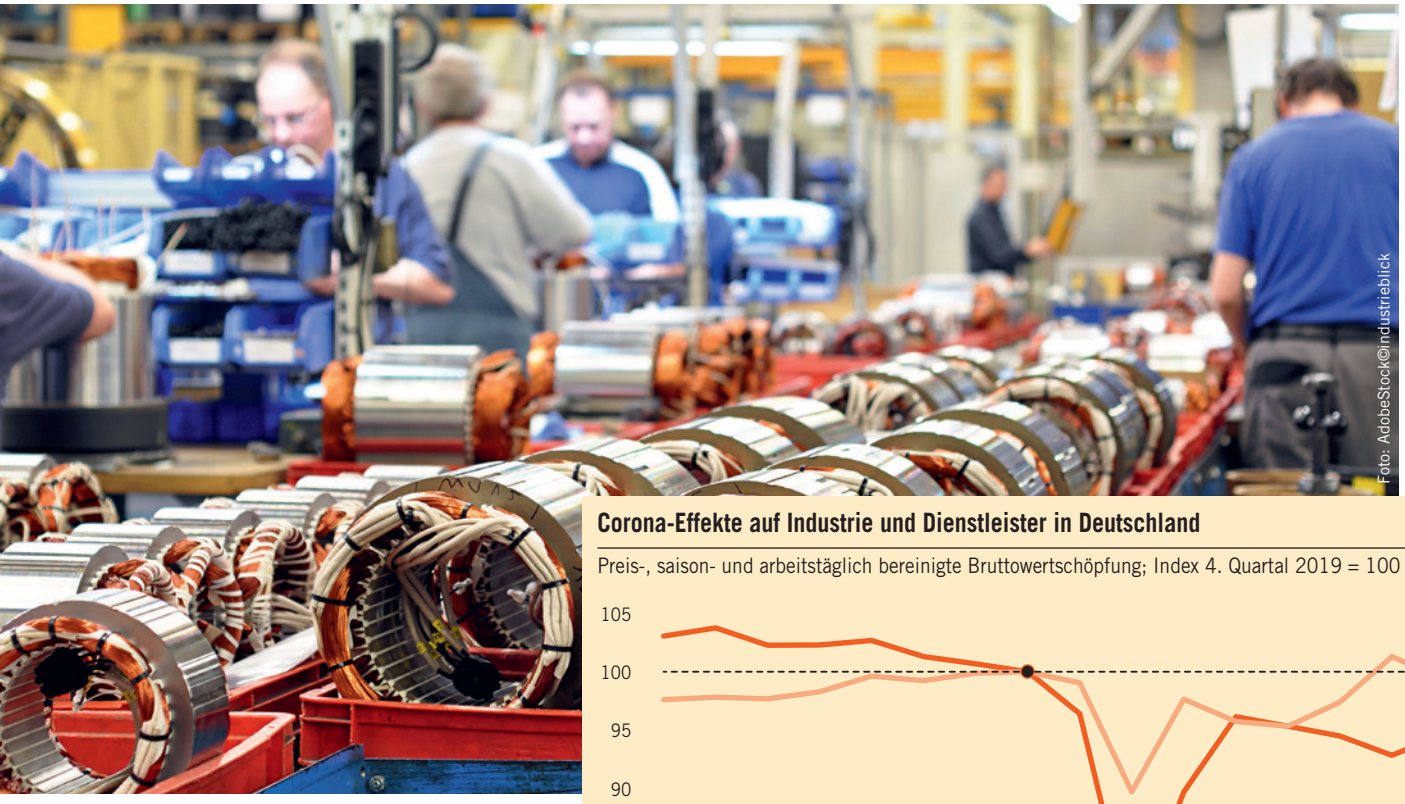
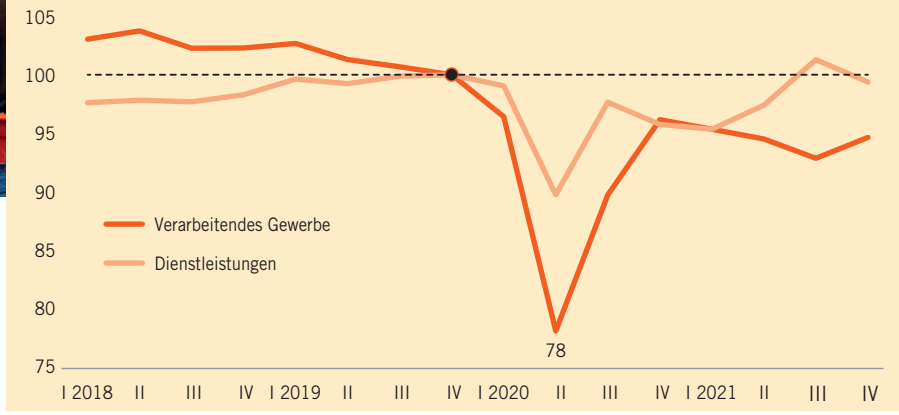


Foto: AdobeStock@industrieblick

Corona-Effekte auf Industrie und Dienstleister in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung; Index 4. Quartal 2019 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Deutschlands Jahrhundertchance



Foto: AdobeStock©Zarya Maximv

Exzellente Wissenschaft, verlässliche staatliche Institutionen, eine funktionierende Infrastruktur, produktive Arbeitskräfte und ausreichend Kapital – das ist der Stoff aus dem Wohlstand gestrickt ist. Deutschland hat fast alles davon. Fast …

Einer Studie des Venture Capital Funds „Lakestar“ zufolge fehlen Deutschland 100 Milliarden Euro Wachstumskapital jährlich.[1] In den 1950er und 60er Jahren sind mit vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) die Grundlage für den Erfolg deutscher globaler Champions gelegt worden. Seitdem investieren wir nur noch rund ein Prozent des BIP in Wachstum. So verspielen wir unsere Stellung als global führende Wirtschaftsnation. Wir leben von unseren Reserven, dem Erfolg goldener Zeiten und drohen in eine Abwärtsspirale abzugleiten. Dabei hat Deutschland das Potential, auch in Zukunft eine weltweit führende Rolle einzunehmen.

Zwei der zehn weltweit führenden Forschungseinrichtungen kommen aus Deutschland. Das renommierte Magazin Nature verortet die Max-Planck-Gesellschaft und die Helmholtz-Gemeinschaft auf Platz drei und sieben.[2]

Deutschlands Bevölkerung zählt zu den qualifiziertesten weltweit. Entgegen der landläufigen Meinung schneiden deutsche Schüler in den PISA-Studien sehr gut ab und rangieren konstant über dem OECD-Durchschnitt und deutlich vor Ländern vergleichbarer Größe wie Frankreich oder dem Vereinigten Königreich. Unser Abstand auf den Spitzenreiter liegt bei rund zehn Prozent.

In nahezu keinem Industrieland hat sich die Arbeitsproduktivität im Verhältnis zu den Lohnstückkosten so vorteilhaft entwickelt wie hierzulande.[3] Auch wenn die Lohnstückkosten hierzulande insgesamt hoch sind, liegen sie hinter Frankreich und dem Vereinigten Königreich.[4] So verdient laut der Plattform „Glassdoor“ ein deutscher Softwareentwickler in Berlin weniger als die Hälfte als sein Pendant im Silicon Valley.[5]

Diese exzellenten Voraussetzungen treffen in Deutschland auf einen attraktiven Binnenmarkt. Damit haben wir in wissensintensiven Zukunftsbranchen, wie der Climate Tech oder den Life Sciences eine historische Chance, wenn wir die Rahmenbedingungen richtig setzen. Wie das gehen kann, hat die letzte Bundesregierung im Bereich „Digitalisierung des Gesundheitswesens“ gezeigt. Mit dem „Digitale-Versorgung-Gesetz“ wurde ein Regelwerk geschaffen, das den Marktzugang innovativer, risikoarmer digitaler Therapien erheblich erleichtert. In nur 14 Monaten wurden über 25 digitale Therapieprodukte zugelassen. Die Hersteller investieren in klinische Evidenz, Internationalisierung und die Weiterentwicklung dieser Produkte. Schätzungen zufolge kosten lebensstilbezogene Erkrankungen jährlich bis zu 20 Prozent des BIP. [6] Digitale Therapien helfen dabei, das Problem zu lösen. Sie schaffen eine Win-Win-Win-Situation für Wirtschaft, Patienten und die Gesellschaft. Zahlreiche Hersteller haben die Zahl ihrer Beschäftigten seitdem vervielfacht. Diese Mitarbeiter arbeiten täglich daran, innovative Technologien zu entwickeln und lernen in einem dynamischen Marktumfeld. Viele von ihnen werden diese Erfahrungen nutzen und selbst gründen. So entsteht ein Ökosystem.

Allein das Kapital fehlt. Die Entwicklung innovativer Produkte in hochregulierten Branchen ist komplex und kapitalintensiv. Dem deutschen Venture Capital-Markt fehlen Kapitalvolumen und Investorenvielfalt. Ausländische Investoren drängen nach Deutschland und deutsche Startups wandern ab, um dem Wachstumskapital in den USA näher zu sein. Das



Foto: Andrej Tusenko

Dominik Burziwoda
Gründer und CEO
von Perfood

„Der deutsche Venture Capital-Markt braucht mehr Kapitalvolumen.

ist schade, denn es gehen nicht nur Arbeitsplätze verloren, sondern auch Rendite. Bei 16,8 Prozent liegt laut Lakestar die Nettorendite für Wachstumskapital in Europa.

Um gegenzusteuern, sollte die Bundesregierung fokussieren:

1. Mehr Kapital und größere Investorenvielfalt

„Mündelsicherheit" muss gegen diversifizierte Portfolien, die einen substanziellen Teil des Kapitals in Venture Capital und Private Equity stecken, getauscht werden. Zudem kann staatliches Kapital in der Niedrigzinsphase einen wichtigen Beitrag leisten. Uns allen, aber auch Family Offices, bieten Investments in junge Hochtechnologiefirmen eine Win-Win-Situation für die eigene Rendite und die Gesellschaft. Laut Lakestar erzielen europäische Startups im Vergleich zur US-Konkurrenz mit jedem investierten Euro mehr als das Doppelte an Wertschöpfung.

2. Weiterbildungsoffensive über alle Altersklassen

Lebenslanges Lernen ist ein Muss. Die moderne Arbeitswelt entwickelt sich dynamischer denn je. Auch nach abgeschlossener Ausbildung müssen sich Arbeitnehmer über alle Berufsgruppen und Altersklassen laufend weiterqualifizieren. Dabei entstehen Mehrwerte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die gute Nachricht: Durch digitale Weiterbildungsmöglichkeiten sinken die Kosten rapide.

3. Modernisierung des Arbeitsrechtes

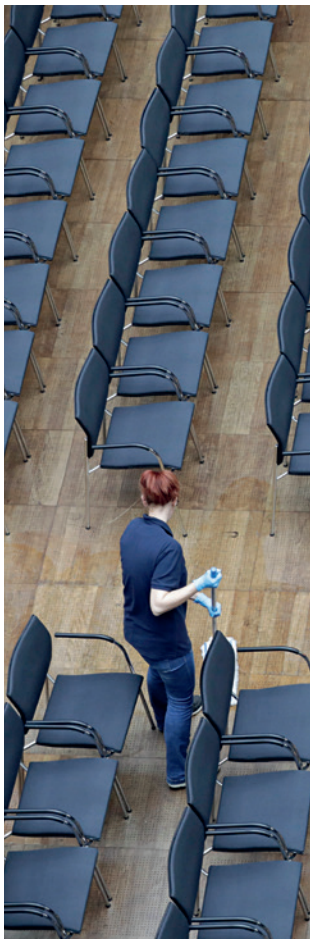
Technologie-Jobs können von überall und zeitlich flexibel ausgeführt werden. Moderne Arbeit erfordert moderne Gesetze. Die geltenden Gesetze zu Arbeitszeiten, Urlaub, Datenschutz, Einstellung und Kündigung erschweren es Arbeitgebern, moderne Arbeitswelten einzurichten. Diese Regelungen gehören auf den Prüfstand.

Deutschland hat alle Chancen, ein globaler Champion zu bleiben. Wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen, schaffen wir hochattraktive, umweltfreundliche Arbeitsplätze, mit denen sich Beruf und Familie vereinbaren lassen. Zugleich investieren wir in neuen Wohlstand und Lebensqualität auch für die nachfolgenden Generation. Lassen Sie uns diese Chance nicht verpassen! □

1 https://docsend.com/view/x86bshqfvid9uekp/
2 https://www.nature.com/articles/d41586-020-01230-x
3 Cave: Zeitraum von 2001-2011, https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/factbook-2013-17-de.pdf?expires=1642351661&id=id&accname=-guest&checksum=9DC0A0F7BBFEB-9C61F510101F644B5B5
4 https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Trends/PDF/2018/IW-Trends_4-2017_Lohnstueckkosten.pdf
5 https://www.glassdoor.de/Geh%C3%A4lter/san-francisco-software-engineer-gehalt-SRCH_IL.0,13_IM759_KO14,31.htm?clickSource=searchBtn
6 Cave: die Zahlen beziehen sich auf die USA dürften jedoch ungefähr auf Deutschland übertragbar sein.
7 https://www.mckinsey.com/industries/life-sciences/our-insights/digital-therapeutics-and-pharma-a-blueprint-for-success-from-sanofis-bozidar-jovicevic



Tarifautonomie in Not



Die Ampel baut den Mindestlohn zum „Living Wage" aus und läutet damit einen Paradigmenwechsel ein – weg von der Sozialpolitik als Aufgabe des Staates hin zu den Tarifvertrags- und Arbeitsvertragsparteien. Mit Folgen für die Tarifautonomie.

Das Bundeskabinett hat am 23. Februar 2022 den Gesetzesentwurf zur Erhöhung des Mindestlohns gebilligt. Die politisch beschlossene Anhebung auf zwölf Euro je Stunde zum 1. Oktober 2022 wird weit über 100 Tarifverträge und viele Lohngruppen verdrängen und damit tief in die Tarifautonomie eingreifen. Dabei ist weniger das politische Ziel, den Mindestlohn zu erhöhen, ein Problem als die Art und Weise, wie dies geschieht. Nach der Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 in Höhe von 8,50 Euro je Stunde setzt der Staat zum zweiten Mal einen politischen Lohn fest. Dies hat es zuletzt in der Weimarer Republik gegeben. Dort wurden „Staatslöhne" im Wege der Zwangsschlichtung und der Notverordnungspolitik eingeführt. Das schadete der Tarifautonomie, weil die ohnehin nicht besonders kooperationsfähigen Tarifpartner ihre lohnpolitische Verantwortung zunehmend auf den Staat abwälzten. Damit fielen sie in der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre als Stabilisator des strauchelnden politischen Systems aus.

Die Bundesrepublik ist zwar demokratisch gefestigt. Aber auch heute stellt sich die Frage, welchen Einfluss der Staat und welchen die Tarifparteien im Lohnfindungsprozess noch haben sollen. Die anhaltende Organisationsschwäche der Gewerkschaften – sie organisieren gerade einmal 17 Prozent aller Arbeitnehmer – stellt dabei ein noch größeres Problem dar, als die abnehmende Bereitschaft von Betrieben, Tarifverträge anzuwenden. Durch „Staatslöhne" wird die Notwendigkeit eines Gewerkschaftsbeitritts dort geschmälert, wo eine kollektive Vertretung von Arbeitnehmerinteressen am notwendigsten wäre. Die Hilferufe der Gewerkschaften, die selbst kein wirksames Rezept gegen ihren Mitgliederschwund finden, werden den Staat zu weiteren Eingriffen nötigen.



Foto: IW

Dr. Hagen Lesch
Leiter Kompetenzfeld Tarifpolitik und Arbeitsbeziehungen, IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Durch „Staatslöhne" wird die Notwendigkeit eines Gewerkschaftsbeitritts dort geschmälert, wo eine kollektive Vertretung von Arbeitnehmerinteressen am notwendigsten wäre.

Der robuste Arbeitsmarkt wird die Mindestlohnerhöhung von 22 Prozent vermutlich verkraften und die vor allem ab 2023 zu erwartenden mindestlohnbedingten Preissteigerungen dürften nach jüngsten Berechnungen der Deutschen Bundesbank überschaubar bleiben. Gleichwohl erhöhen sie in einem Umfeld allgemeiner Preissteigerungen die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale. Sollte der Mindestlohn Arbeitsplätze gefährden, muss politisch diskutiert werden, ob Beschäftigungsverhältnisse, denen ein Mindestlohn zugrunde liegt, subventioniert werden. Anstelle einer Aufstockung geringer Erwerbseinkommen würde dann eine Subvention auf unrentable Arbeitsplätze gezahlt.

Neben der Frage nach den – vorab nur schwer prognostizierbaren – wirtschaftlichen Auswirkungen wirft

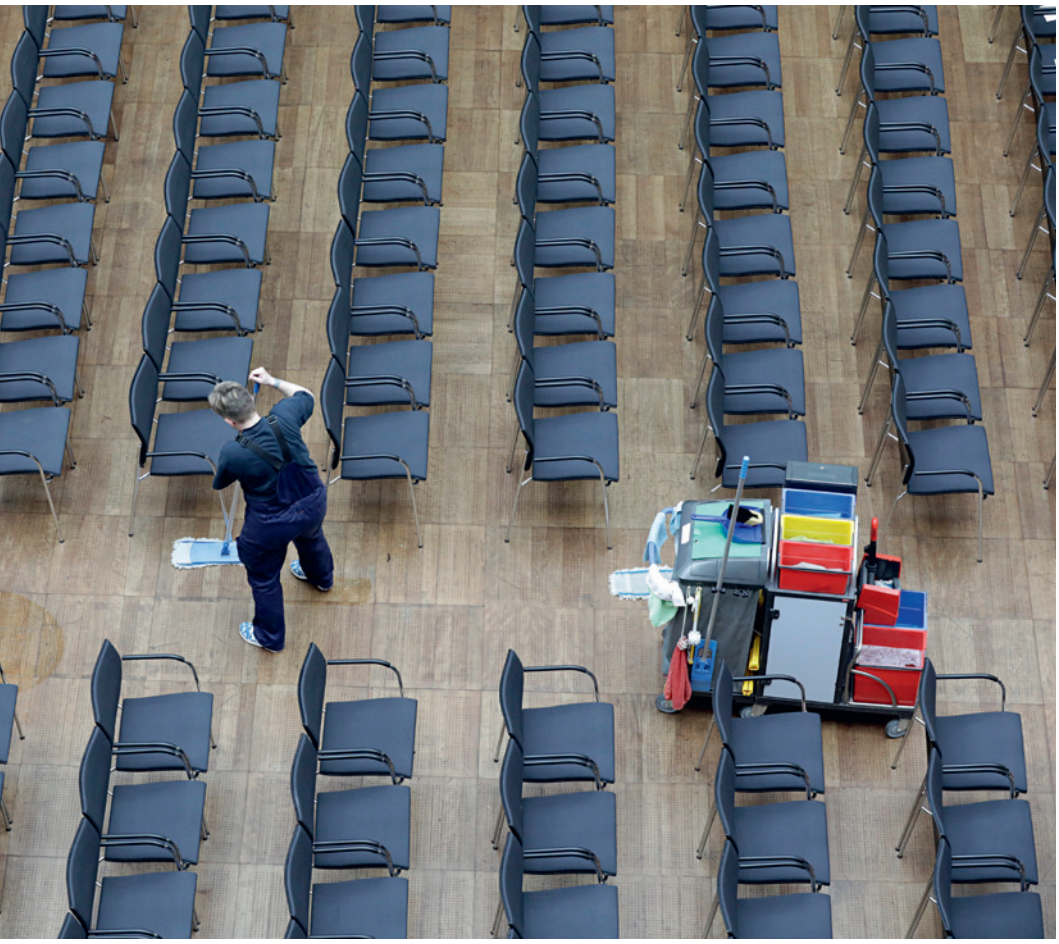


Foto: Jens Schicke

das Vorgehen der Bundesregierung grundsätzliche Fragen auf: Neben der schon thematisierten Frage nach dem Stellenwert der Tarifautonomie im deutschen System der Lohnfindung die Frage nach der sozialpolitischen Funktion eines gesetzlichen Mindestlohns im Speziellen und eines Tariflohns im Allgemeinen. Ursprünglich sollte der Mindestlohn eine Art untere Auffanglinie darstellen und vor allem dort greifen, wo keine Tarifverträge galten. Er sollte Arbeitnehmer vor „unangemessen niedrigen Löhnen" schützen.

Jetzt wird in dem vom Bundeskabinett gebilligten Referentenentwurf gefordert, dass der Mindestlohn bei Ausübung einer Vollzeiterwerbstätigkeit „bedarfsgerecht" ist, eine „armutsvermeidende Altersrente" erreicht und eine „gesellschaftliche Teilhabe" ermöglicht, worunter eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sowie die Möglichkeit zur Vorsorge für unvorhergesehene Ereignisse verstanden wird. Der Mindestlohn ist aber kein zielgerichtetes Instrument zur Armutsvermeidung. Das zeigt schon der Zusammenhang zwischen der Mindestlohnerhöhung und der Einführung der Grundrente. Jemand, dessen Rentenansprüche auf einem Stundenlohn von 10,45 Euro basieren würden, bekäme durch die Grundrente nach heutigem Stand kaum weniger als jemand, dessen Rentenansprüche auf einem Stundenlohn von 12 Euro berechnet werden.

Um den Mindestlohn in Bezug auf die Vermeidung von „Arm trotz Arbeit" wirkungsvoller zu gestalten, wird mit dem neuen Mindestlohngesetz ein „Living Wage" angestrebt. Ein Mindestlohn ist demnach nur dann als angemessen zu betrachten, wenn dieser bei 60 Prozent des Bruttomedianlohns liegt. Damit besteht eine Inkongruenz zwischen der Entscheidung der Mindestlohnkommission, den Mindestlohn nachlaufend an die allgemeine Tariflohnentwicklung zu koppeln, und der politischen Erwartung, einen „Living Wage" zu implementieren. Sobald sich die effektiv gezahlten Löhne dynamischer entwickeln als die Tariflöhne, öffnet sich eine Schere zwischen dem tatsächlichen Mindestlohn und dem politisch gewünschten Mindestlohn, die den Staat erneut veranlassen wird, politisch einzugreifen.

Eine Weiterentwicklung des gesetzlichen Mindestlohns in Richtung „Living Wage" hat auch Implikationen für die Tarifpolitik: Soll in einem Arbeitsverhältnis künftig weiterhin nach der Leistung vergütet werden oder soll auch der Bedarf eines Arbeitnehmers in die Lohnhöhe einfließen? Bei dieser Frage geht es darum, ob Sozialpolitik primär Aufgabe des Staates oder der Tarifvertrags- und Arbeitsvertragsparteien sein soll. Es geht um einen Paradigmen- und Systemwechsel, bei dem weniger über das Steuer- und Transfersystem und dafür mehr über das Lohnsystem umverteilt werden soll. Unter Bezugnahme auf die Gerechtigkeitsanforderungen aus Art 2 (1) und Art. 20 (1) des Grundgesetzes delegiert der Staat mit dem neuen Mindestlohngesetz seine sozialpolitische Verantwortung an die Tarifvertrags- und Arbeitsvertragsparteien. Instrument ist eine staatliche Lohngesetzgebung, die weitreichend in bestehende Tarifverträge eingreifen wird und die Tarifautonomie gefährdet. □


Foto: AdobeStock©gopixa

Großteils unbemerkt von der Öffentlichkeit steht die neue EU-Richtlinie für Cybersicherheit NIS 2.0 kurz vor der Verabschiedung. Diese kann für viele Unternehmen eine böse Überraschung bedeuten.

Über das Ziel hinausgeschossen

Auch wenn die befürchteten Cyberattacken als Begleiterscheinung des Angriffs Russlands auf die Ukraine gottseidank weitestgehend ausgeblieben sind, gewinnt die Frage des Schutzes kritischer Infrastrukturen immer stärkere Bedeutung. Deshalb ist es ein gutes Zeichen, dass nach Verabschiedung des IT-Sicherheitsgesetzes (IT-SiG) 2.0 im letzten Jahr mit der Arbeit an der NIS 2.0-Richtlinie auch das europäische Gegenstück Kontur annimmt. Denn das ist eine Lehre nicht nur aus Corona- und Ukraine-Krise, eine nationalstaatliche Herangehensweise wird zwangsläufig zu kurz greifen. Wie in der „ersten Runde" war der deutsche Gesetzgeber schneller und die EU zog nach.

Als NIS 1 entwickelt wurde – durchaus mit dem schon existierenden IT-SiG 1.0 als Blaupause – war Deutschlands größte Sorge, dass die EU dahinter zurückfallen könnte. In der zweiten Runde droht nun das umgekehrte Phänomen: Die EU wird deutlich über die deutsche Position hinausgehen. Dabei geht es nicht um die Regelungstiefe. Vieles von dem, was in NIS 2 geplant wird, ist unterstützenswert bis überfällig. Das Problem liegt in erster Linie in der Anzahl der einzubeziehenden Unternehmen: Es sollen alle mittleren Betriebe ab 50 Mitarbeitern aus den betroffenen Sektoren einbezogen werden.

Nach einer Auswertung des Statistischen Bundesamtes würden statt bisher 4.500 in Zukunft 45.000 Unternehmen in Deutschland unter diese Regulierung fallen. Natürlich ist es zu begrüßen, wenn möglichst alle Unternehmen ausreichend Eigenschutz betreiben. Aber sollte dies wirklich gesetzlich geregelt werden und wer soll das angesichts des extremen Fachkräftemangels umsetzen? Die Aufgabe ist schlicht nicht zu bewältigen und wirft die Frage auf, ob man Gesetze beschließen sollte, die nicht umsetzbar sind.

Sinnvoller erscheint es, bei den essentiellen kritischen Infrastrukturen alles dafür zu tun, dass diese sicher sind, anstatt die „Gießkanne" über ganze Branchen auszuschütten und einen „one size fits all"-Ansatz zu fahren. Grundsätzlich sind im Gesetzentwurf Differenzierungen möglich, diese werden aber zu restriktiv genutzt. So droht vielen Unternehmen ein böses Erwachen, wenn das Gesetz unverändert beschlossen wird.

Um dies greifbar zu machen: Wenn die Gesetzgebung wie geplant durchläuft, fallen in Zukunft etwa auch eine Molkerei oder Spedition mit 55 Mitarbeitern darunter. Ist Wohl und Wehe unserer Gesellschaft von diesen „kritischen Infrastrukturen" abhängig? Selbstverständlich sollten sich die

Betriebe im eigenen Interesse um ihre IT-Security kümmern, da sonst jede Ransomware-Attacke in die Insolvenz führen kann. Aber muss man ihnen gesetzlich mit einer Geldstrafe von bis zu zwei Prozent des Jahresumsatzes drohen, wenn sie eine Attacke nicht in 24 Stunden melden? Und warum ist die Frist kürzer als in den USA und in der Datenschutzgrundverordnung, die 72 Stunden vorsehen? Wer einmal eine Attacke erlebt hat, weiß welches Chaos danach herrscht und wie knapp Ressourcen und Zeit sind. Große kritische Infrastrukturen können sicher schneller agieren und auch zu schnelleren Reaktionen verpflichtet werden, aber auch Mittelständler mit 50 Mitarbeitern? Und, ja, ein umfassendes Lagebild ist wichtig, aber überfordert man nicht auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik durch eine Flut an Meldungen? Die Konsequenz wird sein, dass ein Auge zugedrückt wird, weil die Aufgabe einfach nicht umsetzbar ist. Wird dann aber sichergestellt, dass dies nur für die weniger kritischen Strukturen gilt?

Schaut man angesichts der traurigen Ereignisse in der Ukraine endlich rationaler auf das Thema Sicherheit und Verteidigung, sollte der Staat weniger darauf fokussieren, immer mehr Unternehmen losgelöst von ihrer Bedeutung für die Gesellschaft zu verpflichten – oder zumindest diese Pflichten in einem angemessenen Rahmen lassen. Wir müssen so ehrlich sein, dass dies bestenfalls einen Schutz vor Unfällen, normalen Hackern und Cyberkriminellen bieten kann. Wenn wir das Szenario offener staatlicher Cyberangriffe betrachten, ist auch ein vermeintlicher „Energieriese“ nur ein „Cyberzwerg“. Die Asymmetrie zwischen Angreifer und Verteidiger immens. Ein Schutz vor solchen Gefahren ist aber auch keine Aufgabe mehr, die der Staat als Vorgabe an die Betreiber weiterleiten kann.

Prof. Timo Kob
Vorstand HiSolutions AG und Professor für Cybersecurity und Wirtschaftsschutz, FH Campus Wien; Vorsitzender der Bundesarbeitsgruppe des Wirtschaftsrates und Mitglied im Hauptvorstand des BITKOM



Foto: Timo Kob

„Wenn die Gesetzgebung wie geplant durchläuft, fallen in Zukunft etwa auch eine Molkerei oder Spedition mit 55 Mitarbeitern darunter.“

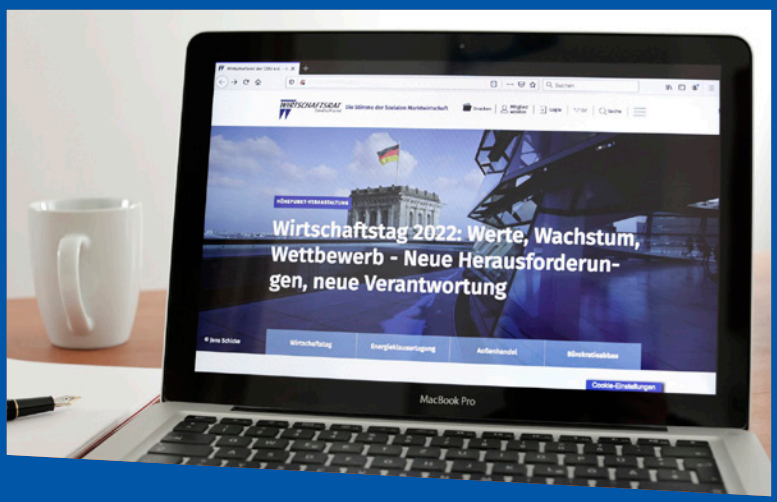
Hier ist er auch zur Unterstützung der finanziellen und ressourcentechnischen Anforderungen gefordert. Dies senkt unsere Angreif- und Erpressbarkeit deutlich stärker als die Verpflichtung der sprichwörtlichen Molkerei zur schnellen Meldung.

WIRTSCHAFTSRAT Deutschland

Jetzt startet unser neuer Internetauftritt!

Freuen Sie sich neben einem modernen Design und interessanten Inhalten auch auf neue Funktionen im geschlossenen Mitgliederbereich WRExklusiv:

- Aktuelle Umfragen
- Mitgliederverzeichnisse Ihrer Sektion
- neuer Gremien- und Ehrenamtsbereich



www.wirtschaftsrat.de



Wie sich Unternehmen vor Cyber-Angriffen schützen können

Im digitalen Raum ist digitale Souveränität eine zentrale Managementdisziplin.

Foto: AdobeStock©kras99

Der Begriff Digitale Souveränität beschreibt die Fähigkeit, im digitalen Raum selbstbestimmt zu handeln und zu entscheiden. Die Pegasus-Papiere haben gezeigt: Auch wenn ein Handy ausgeschaltet ist, kann es abgehört werden. Aus ist also nicht aus und es gibt keinen Schutz vor Angriffen. Jedes Unternehmen kann betroffen sein und sollte seine IT-Systeme und digitalisierten Produkte schützen.

Sehr viele Produkte enthalten heute digitale Elemente, die über längere Lieferketten bezogen und integriert werden und durch die Vernetzung Mehrwerte und Kosteneinsparungen erbringen. Beispiele sind Mobilfunkgeräte, Autos, Flugzeuge, ICE, Smart Home- oder Smart City-Elemente oder vernetzte IoT-Geräte. Durch die unterschiedlichen IT-Komponenten ist die Übersichtlichkeit für den Betreiber/Besitzer nahezu unmöglich, was das Risiko von Angriffen signifikant erhöht. Daten werden häufig aus unbekannten oder unsicheren Systemen übernommen. Jeder verlässt sich darauf, dass die anderen schon alles richtig machen und niemand böse Absichten hat. Aber die organisierte Kriminalität verdient heute mehr Geld im Internet als über ihre bisherigen „Geschäftsfelder". Überall können in unbekannten Daten oder fremden IoT-Geräten Schadcodes lauern.

Digitale Souveränität ist eine Management-Disziplin, die dem Besitzer/Betreiber aufzeigt, an welchen Stellen die reduzierte Souveränität im digitalen Raum Geschäftsrisiken erhöht und Handlungsoptionen darlegt, wie diese Risiken minimiert werden können. Um die Risiken managen zu können, muss man verstehen, welche Komponenten an der eigenen Wertschöpfung beteiligt sind und wie sie verändert werden können – geplant, durch Angriffe oder Fehlverhalten. Erst dann lassen sich die Risiken des Gesamtsystems beurteilen und auf das gewünschte Maß minimieren.

Innerhalb eines Unternehmens sind nicht nur die Positionen Chief Security Officer, Chief Information Officer, Chief Information Security Officer, Riskmanager, Produktmanager digitaler Produkte und Business Continuity Management am Lieferketten- und Risikomanagement beteiligt, sondern auch Einkauf, Rechtsabteilung, Business Owner und viele weitere, um zum einen die Risiken zu identifizieren, aber auch um die geeignete Minimierung monetär bewerten zu können.

Auch wenn dieser Prozess bereits sehr komplex ist, muss für das Management der Digitalen Souveränität die gesamte Lieferkette mit ihren unterschiedlichen Organisationen und der jeweils gültige Rechtsrahmen sowie die Handelnden berücksichtigt werden. In jeder Organisation sind wieder die oben beschriebenen beteiligten Ansprechpartner relevant.

Welche Auswirkungen diese Erkenntnis auf Akteure im Cyber-Raum hat und welche Disziplinen notwendig sind, um die Digitale Souveränität Ihren Anforderungen anzupassen, erfahren Sie in meinem Videobeitrag zum 18. Deutschen IT-Sicherheitskongress des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik.



Foto: Scarlett von Wecus

Ramon Mörl
Geschäftsführer itWatch

„Um die Risiken zu managen, muss man verstehen, welche Komponenten der eigenen Wertschöpfung verändert werden können."

MediaMarkt



Machen Sie sich bereit für das nächste Level.

Durch intelligente Lösungen und das passende Equipment hilft MediaMarkt Business Solutions Ihnen das volle Potential Ihres Unternehmens auszuschöpfen.

MediaMarkt Business Solutions

Einfach naheliegend.

www.mediamarkt.de/businesssolutions

Jetzt als Geschäftskunde registrieren

Autarkie durch Recycling

Nach der Energie ist die Bundesregierung jetzt auch gefragt, der deutschen Wirtschaft Rohstoffe zu sichern. Eine echte Kreislaufwirtschaft kann hier Abhängigkeiten stark verringern.

Auf Grund der historischen Ereignisse wirkt der Dezember 2021 weit weg. Es ist aber gerade einmal ein halbes Jahr her, dass die neue Bundesregierung in ihr Amt gewählt worden ist. Durch den russischen Angriffskrieg musste sie bereits Jahrzehnte alte Grundsätze verwerfen und die Prioritäten der laufenden Legislaturperiode völlig neu ordnen. Die Weltordnung der letzten 30 Jahre ist am 24. Februar zerstört worden und wird in dieser Form wohl nie zurückkehren. Daraus ergibt sich die Frage, welche Ziele vorrangig umgesetzt werden müssen, um diese neue Situation zu gestalten. Denn mit der neuen geopolitischen Lage haben sich auch die wirtschaftlichen Realitäten geändert. Deutschland musste in kürzester Zeit lernen, dass einseitige Abhängigkeiten bei der Energieversorgung, die auf der Annahme dauerhaften Friedens basierten, nicht mehr tragbar sind. Billiges russisches Gas, Öl und Kohle haben über Jahrzehnte den wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Land mitbegünstigt. Jetzt sorgen sie dafür, dass Deutschlands Wirtschaft von einem Land abhängig ist, das auf europäischem Boden Krieg führt.

Die Bundesregierung hat reagiert und bereits erste neue Lieferverträge mit anderen Staaten geschlossen, die den Wegfall der Importe aus Russland überbrücken sollen. Denn das eigentliche Ziel war ja schon vor dem Krieg, die fossile Energieversorgung zu beenden und auf erneuerbare Energien umzustellen. Damit dies schneller gelingen kann, wird dem Ausbau der Erneuerbaren in der EEG-Novelle ein überragendes öffentliches Interesse zugeschrieben. Erneuerbare Energien haben dadurch in Abwägungsfragen immer eine gesetzlich festgeschriebene Priorität.

Ein vergleichbares öffentliches Interesse muss auch dem Ausbau einer echten Kreislaufwirtschaft in Deutschland zugeschrieben werden. Denn auch wenn die Energieversorgung als Grundlage wirtschaftlichen Handelns gerade zu Recht eine große mediale Aufmerksamkeit erfährt, darf man nicht vergessen, dass auch die Versorgung mit Rohstoffen elementar für Wirtschaftswachstum ist. Eine möglichst autarke Rohstoffversorgung kann Deutschland nur erreichen, wenn Rohstoffe, die bereits im Wirtschaftskreislauf sind, recycelt werden.

Die deutsche Rohstoffstrategie beruht auf drei Säulen – dem heimischen Abbau, dem Import und der Kreislaufwirtschaft. Der heimische Abbau von Rohstoffen ist begrenzt durch die Vorkommen. Von Phosphor etwa – einem unverzichtbaren Rohstoff für die Landwirtschaft – gibt es in Deutschland keine natürlichen Vorkommen. Die gesamte EU ist hier nahezu vollständig auf Importe angewiesen. Das schafft Abhängigkeit von globalen Märkten, und es hat nicht erst den russischen Krieg gebraucht, um zu erfahren, wie fragil diese sein können.



Ob es Schiffe sind, die den Suez-Kanal blockieren, Häfen, die durch Corona überlastet sind, oder Staaten, die aus Eigeninteresse Ausfuhrbeschränkungen und Zölle auf bestimmte Rohstoffe erheben – internationale Lieferketten sind anfällig, und Rohstoffe unterliegen auf den Weltmärkten teils hohen Preisvolatilitäten. Darüber hinaus



Foto: AdobeStock©John

gibt es beim Import von Rohstoffen auch starke einseitige Abhängigkeiten von zuweilen politisch instabilen Förderländern. So werden etwa Seltene Erden zu etwa 80 Prozent in China verarbeitet und Kobalt kommt zu über 70 Prozent aus dem Kongo. Beide Stoffe sind für die Energiewende unverzichtbar.

Wenn Deutschland nicht auf die Rohstoffe verzichten kann, aber keine eigenen Vorkommen besitzt, scheint eine Verringerung dieser Abhängigkeiten aussichtslos. Bedenkt man allerdings die riesigen Mengen von Rohstoffen, die bereits in Form von Konsumgütern, Verpackungsmaterialien, Gebäuden oder Straßen im Wirtschaftskreislauf vorhanden sind, eröffnen sich Chancen diese Abhängigkeiten zumindest zu verringern. In Deutschland befinden sich über 50 Milliarden Tonnen Material im sogenannten „anthropogenen Lager". Weltweit ist heute bereits mehr Kupfer in der Anthroposphäre verbaut, als noch in der Erde.

Mit einer effektiven Kreislaufwirtschaft könnte ein Teil dieser Materialien nach ihrer Verwendung erneut genutzt werden und den Bedarf an primär abgebauten Rohstoffen reduzieren. Das Potenzial für mehr Autarkie ist riesig. Dennoch stammen in der deutschen Industrie gerade zwölf Prozent der eingesetzten Rohstoffe aus dem Recycling. Das ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass jede Tonne Recyclingrohstoff auch mindestens eine Tonne primären Abbau ersetzt und somit erheblich zur Eindämmung des Klimawandels beiträgt.

Was muss sich also ändern, um die deutsche Rohstoffversorgung unabhängiger und klimaschonender zu machen? Damit die Kreislaufwirtschaft die benötigten Mengen erreichen kann, müssen sich die Voraussetzungen ändern. Kreislaufwirtschaft beginnt nicht mit dem Abfall, sondern bereits bei der Herstellung des Produktes. Nur wenn Produkte so designt werden, dass sie auch wiederverwertet werden können, lassen sich die recycelten Mengen signifikant erhöhen.

Die Regierungsparteien haben solch ein „Design for Recycling" im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Die Umsetzung scheint aber nur langsam voranzukommen. Aus den neuen Zuschnitten des Bundesministeriums für Umwelt und Verkehr und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima lässt sich keine Abteilung herauslesen, die mit der Aufgabe des nachhaltigen Produktdesigns betraut wurde. Dabei ist spätestens seit der Verabschiedung des Green Deals durch die EU-Kommission absehbar, dass langfristig nur noch nachhaltige, langlebige und recyclingfähige Produkte bestehen werden. Regelungen zu einem „Design for Recycling" schaffen auch Anreize, die deutsche Ingenieursausbildung stärker auf dieses Thema zu fokussieren, um weiterhin auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein.

Neben der Steigerung der recycelten Mengen wird es darauf ankommen, diese auch in der Produktion einzusetzen. Dazu bedarf es zum einen konkreter Anreize wie der Verpflichtung zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, zum anderen der leicht zugänglichen Bereitstellung von Informationen, die besonders in Form eines Labels den (öffentlichen) Einkäufer – in seiner Kaufentscheidung zu mehr Kreislaufwirtschaft bewegen. Beide Punkte stehen im Koalitionsvertrag und sollten jetzt zügig umgesetzt werden. Die Zuständigkeit einer deutschen Oberbehörde, wie dem Umweltbundesamt, ist aber bisher nicht zu erkennen.

Neue Zeiten erfordern neue Prioritätensetzungen. Wenn die Bundesregierung Deutschland unabhängiger von Drittstaaten machen will, ohne dabei das Ziel der Klimaneutralität aus dem Blick zu verlieren, muss sie der Kreislaufwirtschaft jetzt ein überragendes öffentliches Interesse zuschreiben. Dafür muss die konkrete Umsetzung bereits geplanter Vorhaben deutlich beschleunigt werden. ▯

Herwart Wilms
Geschäftsführer
REMONDIS
Sustainable Services GmbH



Foto: FUENF6/Joachim Stretz

„Kreislaufwirtschaft beginnt bereits bei der Herstellung des Produktes."

In Deutschland dauern Planungs- und Genehmigungsverfahren viel zu lange. Damit Unternehmen hierzulande kein Wettbewerbsnachteil entsteht, müssen wir die Verfahren entbürokratisieren.

Genehmigungsverfa

Wenn Genehmigungsverfahren in Deutschland doppelt bis dreimal so lange dauern wie in Ländern, mit denen wir im Wettbewerb stehen, hat die Wirtschaft hierzulande das Nachsehen. Dieser Wettbewerbsnachteil wirkt sich auf den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland aus und schreckt Investoren ab. Seit Jahren nimmt sich die Politik vor, diese Probleme zu lösen. Dabei geht es nicht nur um Deregulierung oder Effizienz, sondern um einen regelrechten Kulturwandel, ein Umdenken von Politik und Verwaltung.

Zunächst einmal gilt: Bürokratie ist nicht per se negativ, sondern legt das Fundament für den Rechtsstaat. Bürokratie heißt, dass die Verwaltung im Rahmen festgelegter Kompetenzen und einer klaren Organisationsstruktur handelt und jeder vor dem Gesetz gleich behandelt wird. Bürokratie schützt damit auch vor Willkür und Korruption. Aber sie kann auch zum inhaltsleeren Formalismus erstarren, der Geld und Zeit kostet. Die Handlungsmaxime der Verwaltung besteht darin, dass Vorschriften eingehalten werden. Überregulierung, Komplexität und Unverständlichkeit vieler Regelungen überfordern die Verwaltung inzwischen selbst. Dies verstärkt ihre Unsicherheit, das Hierarchiedenken, aber auch Spezialistentum und das Silodenken. Es fehlt die Risikobereitschaft und die Akzeptanz einer Fehlerkultur. Vor allem aber fehlt die Ergebnisorientierung. Wer eine Baugenehmigung beantragt, muss erwarten dürfen, dass die Behörde aktiv daran mitwirkt, dass die Genehmigung am Ende erteilt wird. Dies sieht die Verwaltung oft gar nicht als ihre Aufgabe an. Dies ist aber das entscheidende Mindset einer modernen Verwaltung. Wir brauchen ein neues Verwaltungsleitbild: Nutzerzentriert, projekt- und ergebnisorientiert, vernetzt, partizipativ und digital!

Für die Europäische Union und den Bund ist die Gesetzgebung das Instrument des Handelns. Der Vollzug hingegen liegt zu 80 Prozent bei Ländern und Kommunen. Oft wird von der rechtsetzenden Ebene nicht ausreichend mitgedacht, wie das Gesetz konkret vollzogen werden soll. Fehlt es an der Praktikabilität, muss später präzisiert werden – das dauert. Die Vollzugstauglichkeit sollte deshalb in Reallaboren geprüft werden und ein Austausch zwischen rechtsetzenden und vollziehenden Ebenen stattfinden.

Dass nicht der Bund, sondern die Landes- und Kommunalverwaltungen Bundesgesetze vollziehen, ist richtig, weil es praxisnäher ist. Andererseits belastet dies die Kommunen finanziell. Um zu vermeiden, dass ihnen die Kosten erstattet werden müssen, verzichten wir in Deutschland darauf, Standards vorzuschreiben. Dies ist einer der Gründe, warum wir bei der Verwaltungsdigitalisierung nicht richtig vorankommen. Der Rückstand führt zu unnötiger Bürokratie und mündet beim E-Government im Ranking der 27 EU-Länder in einem Platz 21 für Deutschland. In Österreich oder den nordeuropäischen Staaten hingegen werden Verwaltungsverfahren digital und damit effizienter durchgeführt. In unseren Behörden dominiert noch das Schrifterfordernis, das Telefon und der Gang aufs Rathaus. Dabei geht es nicht nur um die Digitalisierung bislang analoger Ge-



nehmigungsverfahren, sondern um eine digitale Transformation der gesamten öffentlichen Verwaltung. Die Hürden sind weniger finanzieller oder technischer Art. Vielmehr fehlt es an einem Changemanagement und an schlagkräftigen Projektmanagementstrukturen auf allen Ebenen. Möglicherweise bleibt uns nichts anderes übrig als die digitalen Standards für die öffentliche Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen gesetzlich festzulegen.

Auch dem viel beklagten Personalmangel kann durch die überfällige Rationalisierung der Verwaltung begegnet werden. Analoge Prozesse wie das Suchen im Archiv sind unproduktive Zeit, die besser im Gespräch mit Planern verbracht werden sollte. Überflüssige Bürokratie entsteht, wenn Zuständigkeiten unklar, Gesetze und Formulare unverständlich sind. Bei Befragungen des Statistischen Bundesamtes erhält die Unverständlichkeit der Behördensprache und des Rechts regelmäßig die geringsten Zufriedenheitswerte. Trotzdem geschieht praktisch nichts. Das Rüstzeug für eine verständliche Behördensprache sollte in der Aus- und Weiterbildung vermittelt werden. Die Schweiz ist hier Vorbild, die Verständlichkeitskontrolle sogar parlamentarisch verankert.

Übermäßiges Misstrauen zwischen Staat, seinen Ebenen sowie Bürgern und Unternehmen führt zu zahlreichen Berichts- und Nachweispflichten. Um dem entgegenzuwirken, sollten Dokumentations- und Nachweispflichten systematisch überprüft und auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden. Zugleich sollten Dokumentationspflichten digital ermöglicht, besser noch durch Once-Only-Lösungen ersetzt werden und durch künstliche Intelligenz gestützte Kontrollverfahren eingeführt werden. Pauschalen und Bagatellgrenzen sind, wo immer vertretbar, vorzuziehen.

Zentrale Säule des Organisationsmodells nach Max Weber ist, dass die Verwaltung im Rahmen festgelegter Kompetenzen, einer festen Hierarchie und klarer Zuständigkeiten handelt. Die Komplexität der Rechtsmaterie führt jedoch inzwischen zu einer starken Zersplitterung von Aufgaben und langen Einarbeitungszeiten. Die gefühlte Rechtsunsicherheit bei den Beschäftigten schlägt sich in Silodenken nieder, das Mehrarbeit und Reibungsverluste mit sich bringt. Stattdessen sollten projektorientierte Strukturen, vernetztes und digitales plattformbasiertes Vorgehen sowie flache Hierarchien etabliert werden. Entbürokratisierung gewinnt durch quantifizierte Abbau- und Beschleunigungsziele politische Priorität. Neue, komplexe Herausforderungen wie Klimaschutz oder Cybersicherheit setzen den Gesetzgeber unter Druck.

Angesichts der unvermeidbaren Zunahme an Gesetzen und Verordnungen ist es umso notwendiger, dass die Politik auf allen Ebenen quantifizierbare Abbauziele beschließt. Nur mithilfe konkreter Zielvorgaben kann durch Abschaffung nicht mehr notwendiger Normen ein spürbares Gegengewicht entgegengesetzt werden. Eine Beschleunigung von Bau-, Immissionsschutz- und anderen Genehmigungsverfahren setzt voraus, dass es Vorgaben für die Dauer von Verfahren gibt. Ein nachhaltiger Fortschritt wird nur durch einen echten Kulturwandel gelingen, der allen Akteuren bewusst macht, worauf es wirklich ankommt.

Dr. Gisela Meister-Scheufelen
Vorsitzende Normenkontrollrat Baden-Württemberg



Foto: Sandra Wolf

„Überflüssige Bürokratie entsteht, wenn Zuständigkeiten unklar, Gesetze und Formulare unverständlich sind.“

hren beschleunigen



Foto: AdobeStock©Chopard Photography

Versorgungssicherheit

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat Deutschland und Europa auf vielen Ebenen erschüttert. Auch die Auswirkungen auf unsere Energieversorgung sind enorm. Im Jahr 2020 lag der russische Anteil deutscher Gasimporte bei rund 55 Prozent. Das Land war damit unser größter Zulieferer, weit vor dem Königreich Norwegen und den Niederlanden. Sollte der Gasimport aus Russland durch Sanktionierungen Deutschlands oder einen Exportstopp Russlands abrupt enden, wäre dies mit erheblichen Gefahren für Gesellschaft und Wirtschaft verbunden. Neben den massiven Einschränkungen im Industriesektor, wären auch Engpässe in der Ernährungs- und Tierfutterindustrie zu erwarten.

Die Krise zeigt uns in aller Deutlichkeit, dass die aktuelle Abhängigkeit Deutschlands und Europas von Energieimporten kein strategisch richtiger Weg sein kann. Ziel muss es sein, die Importabhängigkeit in den nächsten Jahren zu reduzieren – bei gleichzeitiger Gewährleistung der Versorgungssicherheit und bezahlbarer Energiepreise für Verbraucher und Industrie.

Deutschland und Europa müssen jetzt alte Strukturen neu denken. Dabei dürfen gesetzte Ziele auf europäischer und nationaler Ebene, wie die Transformation des Industriesektors im Zuge des Fit-for-55-Agreements der EU, nicht in Frage gestellt werden. Vielmehr gilt es, den Weg, wie die Ziele erreicht werden können, neu zu gestalten und die Unabhängigkeit unserer Energieversorgung voranzutreiben. Mehr denn je müssen die EU-Partner nun geschlossen agieren und ihre Kräfte bündeln.

Der Wirtschaftsrat fordert zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit umgehend diese Maßnahmen:

Mitten in der Transformation der Industrie hin zu Klimaneutralität zwingt der russische Einmarsch in die Ukraine Deutschland und Europa zum Handeln: Die hohe Abhängigkeit insbesondere Deutschlands von fossilen Energieimporte aus Russland gilt es auf ein Minimum zu reduzieren.

▶ Abhängigkeit von russischen fossilen Energieträgern kurzfristig auf ein Minimum reduzieren

Wertschätzung der strategischen Bedeutung von Flüssigerdgas (LNG): Der Import von Flüssigerdgas wird künftig eine wichtige Rolle spielen, um die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa zu garantieren. Der geplante rasche Bau deutscher LNG-Terminals ist ebenso zu unterstützen wie so schnell wie möglich zunächst schwimmende LNG-Terminals einzusetzen. Bis die Wasserstoffwirtschaft das Gas vollständig ersetzen kann, wird eine flächendeckende Versorgung der Industrie mit Flüssigerdgas aus diversen Ursprungsländern unabdingbar sein.

Ausbau von Erneuerbaren durch Entbürokratisierung beschleunigen: Parallel muss der Ausbau erneuerbarer Energien europaweit vorangetrieben werden. Hier liegt das größte Potential, die Abhängigkeit Deutschlands und Europas von Energieimporten langfristig zu reduzieren. Dafür müssen umgehend regulatorische Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

Alle Alternativen prüfen: Im Zuge der drohenden Energiekrise sollte kurzfristig das Potenzial jeder möglichen Megawattstunde für die Notfallversorgung zur Verfügung stehen. In diesem Kontext sollte eine Verlängerung der Laufzeiten von Kohle- und Kernkraftwerken ohne ideologische Vorbehalte in Betracht gezogen werden.



in den Fokus nehmen

Potenzial heimischer Energiequellen nutzen: Fracking und Geothermie können bei einer längeren Versorgungslücke ohne Importabhängigkeit vor Ort Energieträger liefern und müssen ebenfalls ideologiefrei in Betracht gezogen werden.

▶ Weichen für eine zukunftssichere Energieversorgung stellen

Energiepartnerschaften international weiterentwickeln: Die Krise zeigt, deutlich, wie wenig alternative Wertschöpfungsketten für Energieträger heute zur Verfügung stehen. Damit ein künftiges Energiesystem basierend auf Solarstrom und Wasserstoff aus anderen Ländern funktionieren kann, bedarf es dringend der Entwicklung neuer Energiepartnerschaften und der dafür notwendigen Strom- und Gasinfrastruktur.

Versorgungssicherheit priorisieren: Den Ruf nach einem vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030 gilt es zu verhindern. Eine Nutzung der Energiequelle bis 2038 erscheint realistisch.

Technologieoffenheit statt Eindimensionalität: Der Wirtschaftsrat fordert, eine technologieoffene Strategie in allen Bereichen der Energie- und Klimapolitik zu verfolgen, die sämtliche verfügbaren Optionen zur Energiegewinnung und -nutzung berücksichtigt.



Foto: AdobeStock©industrieblick

Ziele im europäischen Schulterschluss erreichen: Zur Sicherung der industriellen Versorgungssicherheit bedarf es einer europäischen Gesamtstrategie. Nur im gemeinsamen Schulterschluss ist die Umsetzung und Sicherung der notwendigen Maßnahmen möglich.

Es gilt nun einen technologieoffenen Weg einzuschlagen, der die gesamte Palette der Energieerzeugung und der effizienten Nutzung berücksichtigt. Dabei muss ein breiter Mix der Energiegewinnung sektorenübergreifend Anwendung finden. Einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit liefert der geplante Bau von drei LNG-Terminals, die den Import hoher Mengen an Flüssigerdgas ermöglichen. Die strategische Rolle des Flüssigerdgases gilt es im Gesamtkonzept zu berücksichtigen.

Auch muss die mögliche Nutzung von Fracking und Geothermie ohne ideologische Vorbehalte in den Fokus genommen werden. Eine zentrale Rolle für die Industrie stellt die Verwendung grünen Wasserstoffes dar. Dafür muss mittelfristig der Markthochlauf von blauem und türkisfarbenem Wasserstoff sowie der Aufbau der Infrastruktur vorangetrieben werden.

Ideologiefrei geprüft werden sollten alle Alternativen, und deshalb auch, ob eine Verlängerung der Laufzeit der drei verbliebenen Kernkraftwerke notwendig ist, um die sichere Versorgung mit Energie von Bürgern und Wirtschaft in Deutschland zu gewährleisten.

Als Reaktion auf massiv steigende Energiepreise und Versorgungslücken gilt es, die Rolle der Kohleverstromung zu überdenken. Der Wirtschaftsrat spricht sich gegen einen verfrühten Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 aus. Angesichts der neuen Herausforderungen erscheint es sinnvoll, den Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung des Bundesumweltministeriums nachzukommen und die Nutzung von Kohlekraft mindestens bis 2038 weiter zu verfolgen. Wichtig ist dabei, Planungs- und Investitionssicherheit für die Anlagen zu gewährleisten.

Gleichzeitig muss der Ausbau der erneuerbaren Energien europaweit vorangetrieben und eine stärkere Marktintegration umgesetzt werden. Eine Synchronisierung mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur ist dringend notwendig. Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt entscheidend von unseren EU-Partnerstaaten ab. Nur wenn die notwendigen Schritte im gemeinsamen Schulterschluss umgesetzt werden und ein übergreifender Fahrplan erarbeitet wird, kann unsere Wirtschaft die Krise ohne Verluste auf Seiten der Industrie und der Produktionsinfrastruktur überstehen. □

Chance zur Erneuerung nutzen

Die mit dem Ukrainekrieg einhergehende Energieknappheit darf nicht bedeuten, den Klimaschutz über Bord zu werfen.

Wer die Kriegsbilder aus der Ukraine sieht, fühlt sich an längst vergangene, dunkle Zeiten erinnert. Ängstliche und hungrige Menschen, die mit Handkarren vor anrückenden Soldaten flüchten. Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine scheint nicht nur die Machtpolitik und das imperiale Denken des vorigen Jahrhunderts wieder aufleben zu lassen. Auch in der Energiepolitik hat man dieser Tage das Gefühl, wieder in der Vergangenheit angekommen zu sein.



Foto: AdobeStock©Melinda Nagy

Es gibt Pläne, alte, klimaschädliche Kohlekraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen. In Deutschland laufen die Planungen für Flüssiggasterminals mit Hochdruck. Bei allem Verständnis für dringend notwendige, kurzfristige Strategien zur Unabhängigkeit von Russland: Aber die Bundesregierung darf nicht die Katastrophe des Krieges in der Ukraine gegen die Katastrophe der drohenden Erderwärmung ausspielen.

Die Antwort auf den Ukraine-Konflikt und die daraus folgenden Engpässe in der Energieversorgung darf nicht heißen: weniger Klimaschutz. Genau das Gegenteil ist richtig: Wir sollten diese Krise als Chance für die längst fällige Neuorientierung unserer Energie- und Wirtschaftspolitik nutzen.

Als großer institutioneller Investor kommt die Versicherungswirtschaft schon länger ihrer Verantwortung nach, in erneuerbare Energien zu investieren. Allerdings müssen auch die infrastrukturellen Rahmenbedingungen stimmen. Und da gab es in der Vergangenheit erhebliche Versäumnisse auf der politischen Seite – etwa bei den Genehmigungsverfahren für die Nord-Süd-Stromtrasse.

Nicht nur die Politik, auch Wirtschaft und Unternehmen müssen beim Klimaschutz mehr Verantwortung übernehmen. Als große Versicherungsgruppe in Deutschland haben wir uns Nachhaltigkeitsziele gesetzt, die wir konsequent verfolgen. Tatsächlich sehen wir Nachhaltigkeit als so wichtig an, dass wir dafür eigens eine neue Gesellschaft gegründet haben: die nachhaltig ausgerichtete SIGNAL IDUNA Lebensversicherung AG.

Unser größter Hebel als Versicherer beim Klimaschutz ist eine verantwortungsbewusste Kapitalanlage. Mit unseren Investments unterstützen wir gezielt Unternehmen bei deren Transformation zur eigenen Klimaneutralität.

Ist das schon genug? Lässt sich der Klimawandel so stoppen? Sicher nicht. Ich habe volles Verständnis, wenn junge Menschen von der Generation, die heute an den Schaltstellen von Politik und Wirtschaft sitzt, entschlossenes Handeln fordern. Der Ukrainekrieg und der Klimawandel stellen uns alle vor enorme Herausforderungen. Und doch bin ich zuversichtlich. Plötzlich ist Europa zusammengerückt, wenn es darum geht, seine Freiheit zu schützen und den Opfern des Krieges beizustehen. Mit dieser Entschlossenheit, diesem Engagement und dieser Solidarität müssen wir auch auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren.



Foto: Andreas Oertzen

Ulrich Leitermann
Vorsitzender der Vorstände
der SIGNAL IDUNA Gruppe

„Unser größter Hebel als Versicherer beim Klimaschutz ist eine verantwortungsbewusste Kapitalanlage."

Steuern statt Embargo



Foto: AdobeStock©Kalyakan

Die Einführung von Steuern auf Gas- und Öltransporte ist die beste Lösung.

Die Weltwirtschaft steckt angesichts der hohen Energiepreise in einer schwierigen Situation. Der Krieg in der Ukraine hat die Abhängigkeiten der europäischen Wirtschaft von russischem Öl und Gas in den Blickpunkt gerückt. Europa will seine Abhängigkeit verringern. Die Frage ist, wie das am besten gelingt. Zunächst zu den Sanktionen: Es geht darum, die Fähigkeiten Russlands zur Kriegsführung zu beschränken. Dazu werden Vermögenswerte eingefroren und der Export von Hochtechnologiegütern nach Russland verboten.

Wie effektiv sind Öl-Sanktionen? Das hängt zunächst davon ab, wie transportfähig und wie gut Öl zu verarbeiten ist. Der nächste Schlüsselfaktor bezieht sich auf die Größe der Koalition, die sich an den Sanktionen beteiligt. Schließlich kommt es auf die Art der Sanktionen an. Hierzu ein Gedankenexperiment: Würde der Transport von Öl nichts kosten und der Westen beschlösse ein Embargo, könnte Russland sein Öl an China verkaufen, und die Golfstaaten würden ihre Lieferungen, die bislang nach China gingen, in den Westen umleiten. Ein Embargo hätte in einer solchen Welt gar keine Wirkung – es würde weder Russland noch dem Westen schaden. Die gleiche Wirkung hätte bei Transportkosten von Null eine Steuer.

Was lernen wir aus diesem Gedankenexperiment? Die Wirkung von Öl-Sanktionen hängt wesentlich davon ab, wie flexibel Angebot und Nachfrage sind. Nehmen wir das extreme Gegenbeispiel: Erdgas ist kaum umzulenken, die Pipelines nach China sind ausgelastet, und der Rest des russischen Erdgases fließt nach Westen. Unter diesen Marktbedingungen kann Russland sehr wenig tun, um sein Gas woanders zu verkaufen. Zugleich reicht das russische Gasangebot nicht aus, um Europas gesamten Gasbedarf zu decken. Europa muss deshalb Flüssiggas aus den USA und den Golfstaaten importieren. Der Gaspreis reflektiert die Grenzkosten des Gases, dass aus diesen zusätzlichen Quellen importiert wird. Da die Grenzkosten von LNG deutlich höher sind als die Kosten des russischen Gases, erzielt Russland einen signifikanten Gewinn. Importiert Europa mehr LNG, steigen auch die Grenzkosten der letzten produzierten Einheit Gas – und damit die Erlöse Russlands.

Wie unterscheidet sich das Gedankenexperiment vom Gasmarkt zum Ölmarkt? Auf dem Gasmarkt würde ein Embargo Russland zu einer Drosselung seiner Produktion zwingen. Für Russland und Europa wäre ein Gasembargo gleichermaßen kostspielig. Eine Steuer hingegen hätte auf dem Gasmarkt eine völlig andere Wirkung. Sie würde die Grenzkosten nicht beeinflussen, die LNG-Preise würden deshalb auch nicht steigen, und Russland müsste die Steuer bezahlen, wenn es sein Gas weiter verkaufen will. Europa würde bei einer Steuer – im Gegensatz zum Embargo – keinen Schaden erleiden. Im Gegenteil, Europa bekommt zusätzliche Steuereinnahmen. Eine Steuer wirkt somit im Gasmarkt viel besser als ein Embargo: Europa gewinnt, Russland verliert. Mit Abstrichen gelten diese Überlegungen auch für den Ölmarkt. Fazit: Eine Steuer auf Gas und Öl ist einem Embargo deutlich überlegen. □

Prof. Dr. Ricardo Hausmann
Founder and Director
of Harvard's Growth Lab,
Harvard University



Foto: Ricardo Hausmann

„Eine Steuer wirkt viel besser als ein Embargo: Europa gewinnt, Russland verliert."

Kein Zurück zur Normalität

Für uns als Europäer kann es angesichts der dramatischen Bilder aus der Ukraine kein Zurück mehr zur früheren Normalität geben. Wer eine bipolare Weltordnung mit den Autokratien China und Russland auf der einen und demokratischen Gesellschaften auf der anderen Seite vermeiden will, muss jetzt handeln und mit Peking Klartext reden. Diese geopolitische Dimension des Angriffskriegs Russlands mitten in Europa muss uns bewusst sein. Zu dieser geopolitischen Dimension gehört auch die Aufgabe, zwischen den Staaten der freien Welt vernünftige Handelsbeziehungen aufzubauen. Als Europäer haben wir wirtschaftlich nur dann eine Zukunft, wenn es uns gelingt, gute Wirtschaftsbeziehungen mit den Wachstumsmärkten der Welt zu pflegen.

Dazu gehört auch China, natürlich. Aber wir denken aus meiner Sicht zu wenig an Indien, an Australien und auch an afrikanische Staaten. Wir müssen unseren Fokus verändern und mehr Handelsverträge mit den Demokratien der freien Welt abschließen. 60 Prozent der weltweiten Wirtschaftskraft sind Demokratien. Eine Koalition der freien Welt zur wirtschaftlichen Entwicklung ist eine der großen Botschaften, die wir setzen müssen, um unsere Souveränität zu stärken. Souveränität sollte aber auch nicht falsch verstanden werden. Wenn alle Staaten und Weltregionen wieder mehr selbst produzieren wollen, wird der Welthandel gebremst. Die Diskussion um mehr Souveränität darf nicht soweit führen, dass wir Handel und Offenheit grundsätzlich in Frage stellen. ▯

Manfred Weber MdEP
Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament



Foto: EVP-Fraktion



Foto: Arhitecte Association des architectes du CIC Vanden Bossche sprl,C.R.V.sa.,CDGsprl,Studiegroep D.

Große Chancen nutzen

Bis 2050 wollen 130 Länder Klimaneutralität erreichen. Das ist ein sehr positives Zeichen. Das heißt aber auch, dass bis 2050 rund 50 Billionen Euro an Investitionen in die Klimaneutralität fließen müssen. 70 Prozent davon entfallen auf Entwicklungsländer. Wir sehen also das größte Investitionsprogramm seit der Industrialisierung vor uns. Auch das ist grundsätzlich positiv. Aber: Wir haben heute an vielen Stellen noch überhaupt kein Modell, mit dem wir die Investitionen an die richtige Stelle lenken können. Wir haben auch keine Antwort auf die Frage, wie wir die 70 Prozent der benötigten Investitionen in die Entwicklungsländer bringen. Zugleich müssen wir feststellen, dass wir mit 36 Milliarden Tonnen CO_2-Emissionen im vergangenen Jahr einen neuen Rekord aufgestellt haben. Trotz aller Anstrengungen also gehen die Emissionen nicht zurück. Die Herausforderungen sind also groß. Große Herausforderungen bedeuten aber auch immer große Chancen. Wenn wir es in Deutschland schaffen, dass wir Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit einem positiven Narrativ der Veränderung belegen, dann kann die Klimaneutralität für uns als Land eine einmalige Chance bieten. ▯

Dr. Christian Bruch
Vorstandsvorsitzender Siemens Energy AG



Foto: Siemens Energy



Foto: AdobeStock©photocreo Bedanrek

Versorgungssicherheit ist keine Selbstverständlichkeit

In den nächsten fünf Jahren müssen im Energiebereich die richtigen Entscheidungen getroffen werden.

Die Krise in der Ukraine hat uns nochmal gezeigt, dass Freiheit, Recht und Sicherheit nicht selbstverständlich sind. Die Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz hat mich beeindruckt. Und ich hoffe, dass wir als Europäer zusammenstehen. Russlands Staatschef Wladimir Putin hat nicht erwartet, wie geschlossen die Europäer auftreten, wie vehement sie sich gegen seinen Angriffskrieg zur Wehr setzen, wie geschlossen die Ukraine – auch im transatlantischen Bündnis – unterstützt wird. Das ist im internationalen Rahmen sehr wichtig, auch in der Zukunft. Wir als E.ON betreiben unsere Netze in Ungarn, in der Slowakei, in Polen und auch in der Ukraine. Wir betreuen dort unsere Kunden. Unsere Leute machen dort eine richtig gute Arbeit. Sie nehmen Leute auf, sammeln Geld ein und unterstützen die Menschen auf vielfältige Weise.

Mit der neuen Krise ist sehr klar geworden, dass jetzt erstmal die Versorgungssicherheit nach vorne rückt und wir zunächst kurz- und mittelfristig arbeiten müssen. Wenn wir in den nächsten fünf Jahren nicht die richtigen Entscheidungen treffen, bekommen wir in den nächsten 30 bis 40 Jahren große Probleme. Dann könnte es durchaus sein, dass wir in Deutschland dekarbonisiert sind, weil wir deindustrialisiert sind. Aber das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für Nordwesteuropa. Gas, das über Leitungen transportiert wird, ist natürlich viel billiger als Gas, das mit Schiffen transportiert wird. Wir können uns als Europäer sehr viele Dinge leisten, wir verfügen über einen großen Wohlstand, weil wir über günstige Energie verfügen konnten.

Billige Energie war immer da. Das ist jetzt anders. Wir sehen: Versorgungssicherheit ist nicht nur volkswirtschaftlich wichtig, sondern auch politisch. Wenn wir keine Energie haben, funktioniert die Gesellschaft nicht mehr. Das Thema Versorgungssicherheit muss also von der Politik flankiert werden. Dazu gehört zum Beispiel auch, Bürokratie abzubauen und die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Wenn wir die Genehmigungsverfahren nicht ändern, werden die Netzbetreiber, auch wir als E.ON, die Netze nicht ausreichend ausbauen können, um die ganzen erneuerbaren Energien einzubinden. Und ohne Erneuerbare ist Unabhängigkeit von Russland nicht zu haben. Wir arbeiten Tag und Nacht, sieben Tage in der Woche, daran, die Energieversorgung sicherzustellen. Aber wenn wir im Sommer wieder einschlafen, geopolitisch einschlafen, weil es genug Wind und Sonne gibt, um die Energieversorgung zu sichern, und wenig Gas gebraucht wird, dann werden wir im Oktober, November vor einer großen Krise stehen. Energie wird von jetzt an immer zentraler gesellschaftlicher Aspekt sein, an dem man tagtäglich arbeiten muss. □

Patrick Lammers
Vorstand E.ON SE und Vorsitzender Bundesfachkommission Energiepolitik Wirtschaftsrat der CDU e.V.



Foto: E.ON SE

„Wenn wir keine Energie haben, funktioniert die Gesellschaft nicht mehr."



Foto: AdobeStock©Korta

Abhängigkeit beenden

Wir müssen alles daran setzen, den Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die wirtschaftliche Stärke Westeuropas und Deutschlands erhalten bleibt.



Foto: BMWK / Susanne Eriksson

Oliver Krischer MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Wir werden uns sehr stark darauf konzentrieren, die Abhängigkeit von Wladimir Putin zu beenden, so schnell wie möglich. Bei Kohle und Öl gibt es schon Fortschritte, eine Perspektive. An der ein oder anderen Stelle wird es auch Einschränkungen geben. Aber wir halten das für beherrschbar. Sehr viel schwieriger wird es beim Thema Gas. Sollte es im Sommer zu Einschränkungen bei den Lieferungen kommen, wird es im Winter schwierig, weil wir die Gasspeicher nicht auffüllen können. Die waren schon im letzten Winter, soweit sie Gazprom gehören, nicht voll. Das lässt darauf schließen, dass es schon im letzten Winter entsprechende Überlegungen auf russischer Seite für die heutige Situation gab. Das wird eine sehr, sehr große Herausforderung. Die Bundesregierung hat sich zum Aufbau von LNG-Terminals entschlossen. Vielleicht können wir schon in zwei Jahren mit den ersten Lieferungen rechnen. Das Wirtschaftsministerium ist viel unterwegs in der Welt, wir führen sehr viele Gespräche, damit wir so schnell wie möglich unabhängig werden von russischem Gas.

Energiequellen diversifizieren

Angesichts des Krieges in der Ukraine stehen wir als Unternehmen in besonderer Verantwortung für die Versorgungssicherheit am Standort Deutschland. Aus unserer Sicht sind drei Dinge wichtig. Erstens der Ausbau der erneuerbaren Energien muss weiter beschleunigt werden. Die Volumina, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, gilt es schnellstmöglich umzusetzen. Insofern passt das in die Zeit. Zweitens: Wir müssen den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft mit der dazu benötigten Infrastruktur weiter beschleunigen. Wir sprechen schon länger darüber, und eigentlich sieht es auch jeder, mit dem ich spreche, positiv. Denn auch die Technologie Wasserstoff zahlt am Ende darauf ein, unsere Energieversorgung sicherer, und uns unabhängiger zu machen, sowie vor allem, uns neue Energiequellen und neue Technologien zu erschließen. Drittens schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass wir unsere Versorgung mit den noch nötigen fossilen Energieträgern stärker diversifizieren sollten. Das gilt insbesondere für Gas, aber auch für Kohle und Öl.



Foto: BWO

Sven Utermöhlen
CEO, Wind Offshore der RWE Renewables

Dieser Dreiklang passt perfekt zu „Fit for 55". Aber angesichts des Krieges müssen wir unsere Anstrengungen wohl verdoppeln. Aus dem Angriffskrieg Russlands müssen wir vor allem die Lehre ziehen, dass wir nach dem Krieg nicht wieder zur Tagesordnung übergehen – auch nicht bei der Energieversorgung. Wir müssen begreifen, dass die Sicherheit unserer Energieversorgung keine Selbstverständlichkeit ist. Das ist kein Sprint, sondern ein Marathon.

Laternen als Ladestation

Im Februar kam die erfreuliche Nachricht, dass 40 Prozent der Pkw-Neuzulassungen in Deutschland in Verbindung mit E-Mobilität stehen, also reinen E-Fahrzeugen und hybriden Autos. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Damit geben wir vielen Bürgern die Chance, die neue Mobilität kennenzulernen. Unsere Aufgabe ist es, jetzt zu liefern und die Nutzer nicht zu enttäuschen. Als Ubitricity betreiben wir aktuell mehr als 5.000 Ladepunkte in Großbritannien. Wir sind Hersteller und Betreiber von Ladeinfrastruktur im städtischen Bereich. Wir glauben, dass die Bundesregierung mit ihren Programmen zur Förderung der Elektromobilität richtig liegt. Ich wünsche mir Technologieoffenheit. Denn es gibt viele Unternehmen, die Teil der Lösung sein werden. Schnellladen wird für die Reise wichtig. Aber was mache ich, wenn ich in einer Wohnung lebe und keine Wallbox installieren kann? Hierfür werden wir Lösungen finden müssen. In einer städtischen Infrastruktur ist es gar nicht so einfach, die Netzstabilität sicherzustellen. Deshalb bieten wir zum Beispiel unsere sehr netzschonende AC-Ladeinfrastruktur an Laternen an. Das hat den Vorteil, dass wir Ladelösungen in die bestehende Netzinfrastruktur integrieren können. Das ergibt sicher nicht an jeder Laterne Sinn, aber der Bedarf wächst. □



Foto: AdobeStock©Jamrooferpix



Foto: Ubitricity

Daniel Kunkel
CEO,
Ubitricity Gesellschaft
für verteilte
Energiesysteme mbH

Private Investitionen mobilisieren

Die wirtschaftlichen Folgen von Putins Angriffskrieg können wir nicht allein mit staatlichen Maßnahmen wegsubventionieren. Mit begrenzter Fiskalkraft lassen sich nicht sämtliche Marktpreisexplosionen abfedern. Jeder Euro, der für eine Entlastung von Wirtschaft und Verbrauchern in der Krise ausgegeben wird, steht nicht mehr für Investitionen zur Verfügung. Wenn wir mittelfristig die Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland reduzieren wollen, und das müssen wir schnellstmöglich, dann gilt es jetzt umso mehr, den Ausbau der regenerativen Energien voranzutreiben. Hier ist das Umsetzungsdefizit erheblich. Man muss sich nur vor Augen halten, dass von den rund 12.000 Kilometern Leitungen, die notwendig sind, um Strom aus den Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee in die Verbrauchszentren des Südens zu bringen, gerade einmal 2.200 Kilometer fertig oder im Bau sind. Daran erkennt man die Größe der Aufgabe. Deshalb ist die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren von zentraler Bedeutung.

Rund 40 Prozent aller Verkehre sind Freizeitverkehre. Wenn die aktuelle Energiepreisentwicklung dazu führt, dass aus Kostengründen nicht mehr jede Fahrt gemacht wird, muss darunter nicht zwangsläufig der volkswirtschaftliche Wohlstand leiden. Verhaltensänderungen sind gerade in dieser Zeit eine Option, die ins Kalkül genommen werden muss. Gleichzeitig muss natürlich die Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt sein. Schließlich bin ich überzeugt, dass die Klimaziele mit der digitalen Transformation verbunden werden müssen, also mit Technologie. Wir glauben, dass Klimaschutz vor allen Dingen durch technologische Innovation erreicht werden kann. Der Staat kann es alleine nicht richten. Es kommt darauf an, private Investitionen zu mobilisieren. □



Foto: Laurence Chaperon

Michael Theurer MdB
Parlamentarischer
Staatssekretär beim
Bundesminister für
Digitales und Verkehr



Foto: AdobeStock©hramovnick

Kurzfristig geht es zunächst vor allem darum, die Energieversorgung für den nächsten Winter sicherzustellen. Welchen Beitrag können Einsparungen, die Kohle oder auch ein Weiterbetrieb der letzten drei stillgelegten

Versorgungssicherheit geht vor

Energiesicherheit und Klimawandel sind zwei Seiten derselben Medaille.

Wir haben eine Gleichzeitigkeit der Krisen, die Antwort aber ist dieselbe. Sowohl die Bewältigung des Klimawandels als auch die Frage der Energiesicherheit hängen ganz wesentlich davon ab, wie schnell wir die erneuerbaren Energien ausbauen, wie viel Energie wir einsparen können, von höherer Energieeffizienz und von der Wasserstoffinitiative der Bundesregierung. Unser Ziel in der Energieversorgung ist nicht die Autarkie, sondern das Vermeiden einseitiger Abhängigkeiten. Deshalb ist es vernünftig, dass die Wasserstoffstrategie Deutschlands auf weltweite Partnerschaften setzt. Allerdings gilt das Gesagte natürlich nur in der mittel- und langfristigen Perspektive.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig

Andreas Jung MdB
Stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands

Kernkraftwerke leisten? Das sind komplexe Fragen, für die wir eine ausführliche Entscheidungsgrundlage benötigen. Im Hinblick auf die Erneuerbaren müssen wir den Turbo einschalten, die Verfahren beschleunigen. Bürgerbeteiligung stärkt zwar die Akzeptanz, aber sie wird nicht zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens möglich sein. Wir müssen zu diesem Zweck auch das Personal stärken in den Behörden, in den Gerichten, und wie bei der Deutschen Einheit stärker mit so genannten Legalplanungen arbeiten.

Infrastruktur ausbauen

Es ist richtig, dass sich die Bundesregierung jetzt darauf konzentriert, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern. Ein Unternehmer würde sagen, 55 Prozent Abhängigkeit von einem Lieferanten ist ein Klumpenrisiko. Also heißt es jetzt sich zu diversifizieren. Zugleich heißt das aber auch, dass wir nicht plötzlich auf Gas als Energieträger verzichten können. Das Gebot der Stunde ist eine Diversifizierung innerhalb des Gassektors, also Flüssiggas-Kapazitäten nach Deutschland zu bekommen und auch entsprechende Infrastrukturen aufzubauen. Eine Diskussion über LNG war viele Jahrzehnte lang nahezu verpönt, weil Russland als sicherer Lieferant betrachtet wurde.

Darüber hinaus brauchen wir einen generellen Ausbau unserer Infrastruktur. Wir müssen mit der Energiewende schneller vorankommen. Die Ausbauziele der Koalition für die Erneuerbaren sind hoch. Dafür brauchen wir schnell Übertragungs- und Verteilernetze. Wasserstoff ist heute keine Option mehr, sondern ein Muss. Deshalb müssen wir jetzt den Umstieg schaffen, Wasserstoff bereits hochfahren in der Krise. Deutschland braucht verlässliche Importströme für Wasserstoff, den Aufbau kompletter und diversifizierter Lieferketten.

Wenn uns der Krieg Russlands etwas gezeigt hat, dann: Man darf nicht nur auf ein Pferd setzen. Man muss möglichst viele Optionen haben, um flexibel zu sein. Das gilt nicht nur für den Import, sondern auch in der Anwendung. Wasserstoff könnte auch für den Wärmemarkt interessant sein, hier sollte man nichts voreilig ausschließen. Das ist das, was ich mir jetzt von der Politik erhoffe.



Foto: Laurence Chaperon

Katherina Reiche
CEO, Westenergie AG, Vorsitzende im Nationalen Wasserstoffrat

Einsparungen überprüfen

Dr. Hagen Lessing
CEO ista International GmbH
und Stellv. Vorsitzender
Bundesfachkommission
Energieeffizienz
Wirtschaftsrat der CDU e.V.



Foto: Mike Henning

Wir geben im Jahr ungefähr 50 Milliarden Euro für die Gebäudesanierung aus. Und ich bin mir nicht sicher, ob wir die ineffizientesten Gebäude zuerst sanieren. Und auch nicht, ob wir mit den Maßnahmen, die wir einsetzen, den größten Effekt pro eingesetztem Euro erzielen. Wir haben in der letzten Dekade 500 Milliarden Euro in die Sanierung gesteckt und der klimabereinigte Effekt beläuft sich auf eine CO_2-Reduktion um die 2,6 Prozent – das ist extrem wenig.

Das größte Problem: Wir halten nicht nach, ob wir die gewünschten Effekte erreicht haben. Da müssen wir ansetzen. Wir müssen für einen Nachweis sorgen, dass unsere Maßnahmen auch zur CO_2-Reduktion beitragen. Geld ist genug da, aber es wird nicht richtig eingesetzt. Ein wesentlicher Faktor ist der Rebound-Effekt. Mieter und Eigentümer nutzen die Sanierung dazu, ihren Komfort zu steigern, etwa Räume, die vorher kühl waren, zu beheizen wie etwa die Küche oder das Schlafzimmer. Auch insgesamt wird mehr geheizt. Trug man früher im Winter Pulli, sitzt man heute im T-Shirt da und macht eher das Fenster auf, weil alles hermetisch dicht saniert ist. Die Gebäude sind heute deutlich besser gedämmt, doch trotzdem verbrauchen wir genauso viel.



Foto: AdobeStock©Mr. Twister

Der Hebel ist der Verbraucher, den wir nicht ausreichend adressiert haben. Damit meine ich nicht, die Verbraucher zu erziehen. Aber wir sollten ihnen mehr Transparenz über ihren Energieverbrauch verschaffen, damit sie sehen, wofür sie Strom, Wärme, Wasser bezahlen. Nur so können sie ihr Verhalten anpassen, um die gewünschten Energieeinsparungen zu erreichen. ▯

Gaslieferstopp wäre leichtfertig

Wolfgang Langhoff
Vorsitzender
des Vorstandes,
BP Europa SE



Foto: Andreas Oertzen

Die BP-Gruppe hat sich nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine von ihrem nahezu 20-Prozent-Anteil an Rosneft getrennt. Eine Substituierung von russischen Energielieferungen ist jedoch schwierig. Es ist auch leichtfertig, einen Stopp von russischen Gas- und Öllieferungen für sofort zu fordern. Inhaltlich und politisch wünschen sich das alle, keine Frage. Nur die Folgen für die deutsche Wirtschaft, und ein Land, das politisch handlungsfähig bleiben muss, sind nicht zu unterschätzen.

Gas und Öl sind nicht so einfach voneinander zu trennen. Denn die Raffinerien verarbeiten Erdöl, und dazu brauchen sie Gas. Fast alle Raffinerien sind gasunterfeuert. Also sind die beiden Energiequellen schon deshalb eng miteinander verbunden. Auch die Raffinerien in Ost- und Westdeutschland arbeiten unterschiedlich, sie setzen unterschiedliche Rohöle mit unterschiedlicher Herkunft ein, auch deshalb ist eine Substitution der Energielieferanten in ganz Deutschland nicht so ohne weiteres möglich. Dennoch streben wir alle an, im Einvernehmen mit den USA und der EU, bis zum Jahresende keine russischen Öle mehr zu importieren. Für die ostdeutschen Raffinerien wird das natürlich schwieriger. ▯



Foto: AdobeStock©tomertu

Die Geopolitik ist zurück

Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik hat sich fundamental verändert.

Im 21. Jahrhundert werden die Fragen des 20. Jahrhunderts neu gestellt: Freiheit oder Diktatur? Recht oder Gewalt? Diese Fragen stellen unsere Gesellschaftsordnung vor eine neue Bewährungsprobe. Dabei erkennt man, dass sich das Verhältnis von Wirtschaft und Politik fundamental verändert. Plötzlich haben Geopolitik, die Sicherung unserer Existenz und unserer freiheitlichen Lebensweise politisch wieder eine Priorität, die vor wirtschaftliche Interessen gestellt wird.

Zugleich bedanke ich mich im Namen der Bundesregierung bei den vielen Menschen, die in der Wirtschaft dafür Verantwortung tragen und auch haften. Sie unterstützen die Bundesregierung bei den Sanktionen gegen Russland und tragen diese mit. Die hohe Akzeptanz ist richtig. Sie zeigt, dass es den Entscheidungsträgern in der Wirtschaft um mehr geht als nur Profit. Dafür ganz herzlichen Dank, das hat der Bundesregierung politisch sehr geholfen.

In autoritären Staaten wie Russland oder China beobachten wir schon länger die Tendenz, dass die Politik, der Machterhalt der dort herrschenden, nicht demokratisch legitimierten Eliten, vor wirtschaftliche Interessen gestellt wird. Meine Prognose für Russland ist pessimistisch. Ich erwarte eine „Nordkoreanisierung" des Landes: Die Wirtschaft wird weiter geschwächt werden, und der Repressionsapparat wird zugunsten der Eliten und zu Lasten der Mittelschicht weiter an Bedeutung gewinnen. Das ist der Weg der Diktatur, die im Zweifel immer auf eskalierende Repressionen im Inneren setzt; und als Großmacht eben auch auf expansive Politik nach außen.

In China gab es eine Modernisierungsphase, die bei uns im Westen große Hoffnungen auf eine dauerhafte Veränderung des Verhältnisses zu China geweckt hat. Spätestens seit 2012 sehen wir in China, trotz anhaltenden wirtschaftlichen Erfolgs, dass die Repressionen zunehmen. Wir sehen, dass auch dort die politischen Eliten die wirtschaftlichen Eliten dominieren. Ähnlich wie in Russland verschwinden in China plötzlich Milliardäre wie der Alibaba-Gründer Jack Ma. In China scheint der Apparat ebenfalls zunehmend Repressionen zum Machterhalt einzusetzen. Die Diktatur aber ist nach meiner Überzeugung keine Staatsform, mit der man auf Dauer wirtschaftlichen Erfolg haben kann. Der Repressionsapparat verschlingt sie am Ende alle.

Im Hinblick auf die Staatsfinanzen in Deutschland stehen wir vor einem Mentalitätswandel. Nach der Pandemie benötigen wir für die öffentlichen Haushalte eine ganz andere Herangehensweise als bisher. Wir müssen die Haushalte konsolidieren, damit wir in der nächsten Krise handlungsfähig sind. Daran arbeiten wir. So sinkt die Schuldenquote trotz der Notlage und hoher Kreditaufnahme bereits in diesem Jahr von über 69,3 auf 66,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Finanzplanung dieser Bundesregierung sieht für 2023 eine Rückkehr zur Einhaltung der Schuldenbremse vor – daran hat sich nichts geändert.



Foto: Bundesfinanzministerium

Dr. Florian Toncar MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

„Meine Prognose für Russland ist pessimistisch. Ich erwarte eine ‚Nordkoreanisierung' des Landes."

Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken

Europa muss ein klares Signal für globalen Handel und neue Freihandelsabkommen senden.



Foto: AdobeStock@eyetronic

Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften in Europa deutlich steigern. Deutschland ist nur noch in bestimmten Hochlohnsektoren wirklich wettbewerbsfähig. Das gilt es jetzt zu korrigieren. Bürokratie- und Lohnstückkosten müssen gesenkt werden. Wir sehen mit großer Besorgnis, was aus der Europäischen Union auf uns zukommt. Die EU scheint im Hinblick auf Regulierung und neue Vorschriften kein Stoppsignal gesehen zu haben.

Es ist richtig, dass wir über ökologische und soziale Fragen und Taxonomie miteinander reden. Aber die EU-Kommission müsste klarmachen, was gemeint ist und was nicht. Wenn wir über diese Fragen reden, sollte jedenfalls klar sein, dass die Auf- und Ausrüstung unserer Streitkräfte in der EU uneingeschränkt durch die hier ansässigen Banken finanziert werden können muss. Es kann nicht richtig sein, dass wir einerseits umfängliche Steuermittel zur Verfügung stellen, um dies zu finanzieren – und zugleich die Banken das Signal bekommen, dass weder in der Rüstungsindustrie noch in den Zulieferindustrien Finanzierungen über die Banken im herkömmlichen Maßstab mehr möglich sein sollen. Die Finanzierungsbedingungen dürfen nicht von einer Taxonomie oder von ESG-Kriterien konterkariert werden.

Mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes haben wir in der EU eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Aber wir müssen heute feststellen, dass sich diese Erfolgsgeschichte nicht fortgeschrieben hat und wir teils sogar Begrenzungen im Binnenmarkt sehen. Der Binnenmarkt steht nicht dort, wo er stehen sollte. Wir müssen mit Emmanuel Macron eine neue Zusammenarbeit beginnen. Das heißt auch, dass wir im europäischen Binnenmarkt große wettbewerbsfähige Unternehmen durch grenzüberschreitende Fusionen ermöglichen müssen. Im Wettbewerbs- und Kartellrecht dürfen wir nicht in diesem Klein-Klein verharren, wenn wir mit den globalen Konkurrenten Schritt halten wollen. Nur dann kommt Europa dorthin, wo es sein sollte: Als einer von drei großen Spielern auf der Welt zwischen den USA und China. Wenn uns das gelingt, dann haben wir eine große Chance. Aber die Zeit drängt. Die EU muss viel aufholen, um Wettbewerbsfähigkeit mit einem europäischen Binnenmarkt und einem klaren Signal für den globalen Handel zu verbinden.

Mit größter Besorgnis sehe ich, dass alle Versuche, die bilateralen Freihandelsabkommen mit der EU zu vertiefen und zu vermehren, bis heute nicht vorangekommen sind. Wir können nicht einmal das Freihandelsabkommen mit Kanada im Bundestag ratifizieren. Bis heute bedaure ich, dass TTIP gescheitert ist. Wir sollten alles für ein neues Freihandelsabkommen mit den USA tun. Schließlich müssen wir in Deutschland endlich dafür sorgen, eine stärker kapitalgedeckte Altersvorsorge aufzubauen. Wenn uns das nicht sehr bald gelingt, schließt sich das Zeitfenster hierfür endgültig. □

Friedrich Merz MdB
Bundesvorsitzender
der CDU Deutschlands



Foto: Friedrich Merz

„Der EU-Binnenmarkt steht heute nicht dort, wo er stehen sollte."

Die Globalisierung stockt

Deutschland muss sich jetzt rüsten für große wirtschaftliche Herausforderungen – die Banken stehen bereit.



Foto: AdobeStock©ipopba

Deutschland sieht sich gewaltigen wirtschaftlichen Herausforderungen ausgesetzt. Die Aussichten trüben sich mehr und mehr ein. Unsere Volkswirte in der Deutschen Bank haben die Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft in diesem Jahr auf etwas über drei Prozent zurückgenommen. Für Deutschland rechnen wir nur noch mit 2,3 Prozent Wachstum, und auch das steht noch unter dem Vorbehalt, dass es nicht zu einem Lieferstopp von russischem Öl und Erdgas kommt. Das hat viel mit dem Krieg zu tun, wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass die Corona-Pandemie noch längst nicht vorbei ist.

Der Lockdown in Shanghai und anderen großen chinesischen Städten hat gravierende Auswirkungen auf die Lieferketten und damit auf die Produktion unserer Industrie. Die Unternehmen geraten auch von vielen anderen Seiten stark unter Druck. Die Finanzierungsbedingungen werden schwieriger. An den Anleihe- und Kreditmärkten ziehen die Finanzierungskosten an, das Kapitalangebot wird knapper. Ein weiterer Zinsanstieg ist nicht mehr aufzuhalten, wenn wir der davoneilenden Inflation Herr werden wollen. Die Gefahr einer Stagflation ist real, und diese Gefahr wächst.

Parallel zum allgemeinen Zinsanstieg ziehen auch die Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen an. Die Möglichkeiten, sich über den Kapitalmarkt zu refinanzieren, werden kleiner. Noch ist die Lage nicht bedrohlich, die Banken stehen bereit zu helfen. Zudem haben sich die meisten Unternehmen mit Liquidität eingedeckt, so dass wir die nächsten zwölf bis 18 Monate keinen Engpass erwarten. Aber: Wir müssen davon ausgehen, dass die Marktzinsen und die Risikoaufschläge weiter steigen. Wenn dann Mitte nächsten Jahres die große Refinanzierungswelle ansteht, könnten wir eben doch in ernsthafte Schwierigkeiten geraten. Dann droht eine Rezession. Das würde dann die Wirtschaft zu einer Zeit treffen, die ungünstiger kaum sein könnte. Denn die globale Wirtschaftsordnung verschiebt sich gerade in einer Geschwindigkeit, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht erlebt haben.

Die Globalisierung stößt seit geraumer Zeit an ihre Grenzen. Wir beobachten schon länger, dass protektionistische Tendenzen an vielen Stellen die Oberhand gewinnen. Die Corona-Pandemie hat diesen Trend verschärft, und der Krieg in der Ukraine wird ein weiterer Beschleuniger sein. Unsere Wirtschaft muss sich für diese neue Ordnung rüsten. Absatzmärkte werden sich verändern, Lieferketten müssen umgebaut und Produktionskapazitäten neu geplant werden – und das alles zu einer Zeit, in der die Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschaft und die Technologisierung die Gewichte in vielen Branchen bereits gravierend verschiebt. Für diese Transformation braucht es Konzepte – und Kapital, um die gewaltigen Investitionen zu stemmen.



Foto: Deutsche Bank

Karl von Rohr
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
Deutsche Bank AG

„Ein weiterer Zinsanstieg ist nicht aufzuhalten, wenn wir der davoneilenden Inflation Herr werden wollen."



Foto: AdobeStock©Blue Planet Studio

Deutschland braucht eine Modernisierung des Staates, des Steuerrechts und Fortschritt in Europa.

Resilienz boostern



Foto: Tobias Koch

Ralph Brinkhaus MdB
Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Unsere Wirtschaft ist wie ein Formel-1-Wagen."

In den Unternehmen der Finanzwirtschaft hat es in den letzten Jahren einen Kulturwandel hin zu einer größeren Langfristigkeit gegeben. Der schnelle Gewinn steht nicht mehr an erster Stelle. Das ist gut. Wer einmal eine größere Organisation geleitet hat, der weiß, dass das eine große Leistung war, das hinzubekommen und trotzdem im Finanzmarkt funktionsfähig zu bleiben. Deswegen: Wir können uns, als Unternehmen und als Politik, sehr darüber freuen, was wir im Finanzmarkt in den vergangenen Jahren erreicht haben.

Ist der Finanzstandort in Europa damit wetterfest und wettbewerbsfähig? Wir sind jedenfalls wetterfester als im Jahr 2010. Ich glaube, dass wir mit der Unternehmenskultur, mit den Managementmechanismen und der Regulierung von 2009 die letzten zwölf Jahre nicht überstanden hätten. Und wir wären schon gar nicht darauf vorbereitet gewesen, was heute auf uns zukommt. Wir stehen einem hochkomplexen Umfeld gegenüber. Das politische System wird von disruptiven Verwerfungen geprägt. Unsere Gesellschaft und mediale Öffentlichkeit sind extrem aufgeregt, extrem fordernd und extrem ungeduldig geworden. Unser Wirtschaftssystem ist in den letzten Jahrzehnten zwar viel leistungsfähiger und vernetzter geworden, dadurch aber ist es auch viel anfälliger. Unsere Wirtschaft ist wie ein Formel-1-Wagen: Hoch leistungsfähig, aber wenn eine Störung auftritt, ist es mit der Resilienz nicht weit her. Das war beim VW-Käfer anders.

Der Finanzdienstleistungssektor ist immer ein Spiegel der Gesamtwirtschaft, dementsprechend ist das Thema Resilienz sehr wichtig. Die Frage ist, wie wir in einem sehr dynamischen Umfeld darauf vorbereitet sind, weiterhin agil und flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren. In drei Jahren schon wird die Welt eine völlig andere sein. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Dazu gehört zum Beispiel eine Modernisierung des Staates und des Steuerrechts. Und dazu gehören ganz dringend die Stärkung des europäischen Binnenmarkts, eine Kapitalmarkt- und eine Digitalmarkt-Union. □

Finanzplatz stärken



Foto: Jens Schicke

Oliver Behrens
CEO, Morgan Stanley Europe SE

Wir alle in Europa müssen Interesse an einem eigenen starken Finanzsektor haben. Der Brexit ist eine Chance, weil der Finanzsektor in wesentlichen Teilen nach Großbritannien outgesourct war. Hier besteht die Chance, Teile der Finanzwirtschaft zurückzuholen. Das kann der Finanzsektor aber nicht allein leisten. Das geht nur gemeinsam mit allen Stakeholdern. Dazu gehören die Banken, die Politik, die Wissenschaft. Warum tut man sich so schwer, Standortpolitik zu betreiben? Wenn wir einen Finanzplatz Frankfurt haben wollen, dann müssen wir uns trauen, das auszusprechen. Die Politik sollte die Nähe zu den Banken suchen. Wenn wir nicht gemeinsam den Bankensektor stärken, dann laufen wir Gefahr, die Refinanzierung nach Paris, New York oder gar China auszulagern. Jetzt ist der Zeitpunkt endlich aufzuwachen. □



Foto: AdobeStock©hramovnick

NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN

INTERNATIONALER KREIS

Transatlantischer Austausch mit US-Diplomat Clark Price



Angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen für die Sicherheit des europäischen Kontinentes und für die Handelsbeziehung auf beiden Seiten des Atlantiks von höchster Bedeutung. Der Internationale Kreis tauschte sich hierzu mit dem Gesandten der US-Botschaft in Berlin, Woodward Clark Price, aus. Das Gremium pflegt traditionell ein sehr gutes Verhältnis zur US-Botschaft und hat in Clark Price einen hervorragenden Ansprechpartner gefunden. Der Diplomat schnitt in seinem Impulsvortrag alle wichtigen Eckpunkte an: Den Bruch von Lieferketten, die Energieversorgung mit Öl und Gas, die Eindämmung des Konfliktes sowie die Rolle Europas. Clark Price betonte, dass die USA weder eine Entkopplung der westlichen Wirtschaft von Russland noch China bestreben würden. Derzeit ginge es allein darum, den Krieg in der Ukraine zu beenden, und zwar so schnell wie möglich. Die gestörten Lieferketten und die Energiepreisexplosion belasten die Volkswirtschaften ohnehin sehr stark. Die engen transatlantischen Beziehungen sind insbesondere dem Internationalen Kreis des Wirtschaftsrates ein wichtiges Anliegen.

Zugleich wiederholten die Unternehmer im Internationalen Kreis ihre Forderung, dass wieder Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufgenommen werden sollten. Der Abbau transatlantischer Handelshemmnisse bleibt dringend notwendig. Die brüchigen Lieferketten werden für die Industrie neben den horrenden Energiekosten zur Dauerbelastung. Eine transatlantische Freihandelszone würde hier auf beiden Seiten des Atlantiks zu deutlichen Entlastungen führen. Der Internationale Kreis unterstützt, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner die Initiative ergriffen hat und öffentlich einen neuen Anlauf auf ein Freihandelsabkommen fordert. ▯

Foto: us.embassy.gov

HANDEL, ERNÄHRUNG UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Pragmatische Agrarpolitik gefragt



Der Wirtschaftsrat fordert ein Umdenken in der Agrarpolitik. Konkret bringt er einen Verzicht auf weitere Quotierungen ins Spiel, etwa der von der Bundesregierung vorgesehenen Ökolandbau-Quote von 30 Prozent. Denn Ökolandbau ist weit weniger ertragreich als konventioneller Landbau und wird kaum in der Lage sein, die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in Deutschland und Europa gewährleisten zu können. Weiterhin sollte darüber nachgedacht werden, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht noch weiter zu reglementieren. Durch die voraussichtliche Verknappung von Düngemittel mit der russischen Invasion in der Ukraine besteht ohnehin die Gefahr vermehrter Ernteausfälle in Europa. Auch die ab 2023 bestehende Verpflichtung der Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen hat vor dem Hintergrund steigender Preise und der gleichzeitigen Verknappung von Agrarrohstoffen keine Existenzberechtigung mehr. Aus Sicht des Wirtschaftsrates ist jetzt wichtig, ein Sicherungssystem zur Nahrungsmittelversorgung zu entwickeln und so einen noch höheren Selbstversorgungsgrad zu erreichen. Schon während der Corona-Pandemie hatte die Ernährungswirtschaft mit Lieferengpässen, steigenden Rohstoffbeschaffungskosten und der anziehenden Inflation, auch befeuert durch hohe Energiekosten, zu kämpfen. In der Folge sind bereits die Lebensmittelpreise spürbar gestiegen. Nun wird durch den Krieg in der Ukraine, der Kornkammer Europas, auch die Diskussion der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln neu geführt werden müssen. Vor dem Hintergrund, dass 30 Prozent des globalen Weizenhandels auf die Ukraine und Russland entfallen, kann davon ausgegangen werden, dass die Preise weiter steigen. ▯

Foto: AdobeStock©Zoran Zeremski

HIGHLIGHT-WEBTALK MIT DR. CARSTEN LINNEMANN MDB

Wie die Neuausrichtung der Politik gelingen kann

Wenige Tage vor seiner Wahl zum stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden konnte der Wirtschaftsrat Dr. Carsten Linnemann MdB zu einem Webtalk begrüßen. Dabei zeigte er auf, wie die Neuausrichtung der Partei gelingen kann. Die Stagflation drohe zur Verarmung großer gesellschaftlicher Bereiche zu führen. Vor diesem Hintergrund sei es ein Glücksfall, dass Friedrich Merz die Urabstimmung zum CDU-Vorsitz so klar gewonnen habe. Die Niederlage der CDU bei der Bundestagswahl 2021 sei hauptsächlich auf die Strategie des „Weiter so“ zurückzuführen. Dies habe dazu geführt, dass die Partei nicht mehr wahrnehmbar gewesen sei. „Die Menschen erwarten von uns, dass wir konstruktiv, seriös und professionell sind, dass wir Stil und Haltung zeigen, und dass wir als CDU und CSU vernünftig miteinander umgehen“, erklärte Carsten Linnemann. Für die Zukunft wünsche er sich, dass die CDU sich nicht mehr emotional erpressen lässt und sich nicht aus Angst vor möglichen Shitstorms davor scheut, klare Positionen zu beziehen. Die Partei müsse sich wieder um die „stinknormalen“ Leute in Deutschland kümmern, die Lebenswirklichkeit wahrnehmen und dort zuhören, wo es wehtut. ▯



Foto: Thorsten Schneider

HIGHLIGHT-WEBTALK MIT FRAPORT-CHEF DR. STEFAN SCHULTE

Luftverkehr im Spannungsfeld zwischen Corona und Klimawandel

Die deutsche Luftverkehrswirtschaft steht derzeit im schwierigen Spannungsfeld zwischen Corona-Pandemie und – ganz besondees im Fokus – klimapolitischer Debatten. Dabei beträgt der Anteil der globalen Luftfahrt am menschengemachten Klimawandel rund drei Prozent. Der Wirtschaftsrat sprach mit Dr. Stefan Schulte, Vorstandsvorsitzender der Fraport AG und Präsidiumsmitglied des Wirtschaftsrates, über die Themen, die die Branche derzeit umtreiben: „Der Ukraine-Krieg beschäftigt uns im Moment alle, gerade auch aus humanitärer Sicht", sagte Dr. Stefan Schulte. Aber auch die Luftverkehrswirtschaft sei von der Situation betroffen. Die Sanktionen und die Flugverbotszonen hätten erhebliche Auswirkungen. Im Schnitt bewirke das Umfliegen der Ukraine und Russland eine um rund zwei Stunden längere Flugzeit. Dadurch erhöhe sich der Kerosinverbrauch. Auch die steigenden Energiepreise wirkten sich negativ auf die Branche aus. Für die Fluggäste bedeuteten diese Entwicklungen höhere Ticketpreise.



Foto:Fraport

Für Dr. Stefan Schulte ist das Thema der Stunde die Nachhaltigkeit im Luftverkehr. Die Maßnahmen der EU, den CO_2-Ausstoß zu senken, beleuchtete der Fraport-Chef allerdings durchaus kritisch. Die Branche habe sich mit dem EU-Paket „Fit for 55" verpflichtet, ihre CO_2-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu senken. Das heiße, dass alle Airlines verbindlich einen gewissen Prozentsatz an nachhaltigem Kraftstoff tanken müssten. Klimaschutz funktioniere jedoch nur in Verbindung von Technologie und Innovation. Eine Regulatorik sei jedoch ebenfalls wichtig, um langfristig klimaschonend operieren zu können. Eines sei in jedem Fall sicher: Das Fliegen werde auf jeden Fall teurer.

HIGHLIGHT-WEBTALK MIT VDA-PRÄSIDENTIN HILDEGARD MÜLLER

Wie bleibt die deutsche Automobilindustrie wettbewerbsfähig?



Foto: vda

Neben vielen anderen Branchen treffen die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auch die ohnehin mit großen Herausforderungen konfrontierte deutsche Automobilindustrie. In einem exklusiven Webtalk des Wirtschaftsrates berichtete Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), von den Belastungen, die sich daraus und aus der Verkehrswende für die Autoindustrie in Deutschland ergeben. „Der Krieg ist ein klarer Bruch des Völkerrechtes", stellte Hildegard Müller zunächst fest. Die Automobilindustrie unterstütze ausdrücklich die von der Politik ergriffenen Maßnahmen. Zwar sei mit Russland ein nicht unbedeutender Absatzmarkt weggebrochen. Viel entscheidender sei jedoch die kriegsbedingte Unterbrechung der Lieferketten.
Vor dem Krieg seien viele für die Automobilindustrie wichtige Rohstoffe aus Russland bezogen worden. Die Antwort darauf könne nur eine Intensivierung des Handels mit anderen Partnern sein. Die letzten Jahrzehnte hätten gezeigt, dass internationaler Handel Wohlstand und Wachstum schaffen und Frieden sichern könne. Deutliche Kritik übte Hildegard Müller an der Europäischen Kommission: „Ich frage mich, ob die EU in diesen Tagen nichts Sinnvolleres zu tun hat, als das Ende des Verbrenners für 2035 zu beschließen. Wäre es nicht sinnvoller, zu überlegen, wie wir die Wirtschaftspartnerschaften stärken und den Hochlauf im Bereich der Elektromobilität steigern können, anstatt mit immer neuen Zielen, Daten und auch Verboten zu arbeiten?" Auf Bundesebene müsse die Politik zudem die richtigen Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen und Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen. Denn nur wenn der Transformationsprozess hierzulande weiterhin mit Wachstum und Wohlstand verbunden sei, könne Deutschland als Vorbild für andere Staaten dienen.

HIGHLIGHT-TALK MIT VIROLOGE PROF. DR. HENDRIK STREECK

Corona: Eigenverantwortung für eigene Gesundheit übernehmen



Foto: Jens Schicke

Die meisten Corona-Maßnahmen wurden aufgehoben, die Infektionszahlen sinken und das Leben scheint sich zu normalisieren. Doch trügt dieser Schein? Dazu diskutierten Mitglieder im Wirtschaftsrat mit Prof. Dr. Hendrik Streeck, Direktor des Instituts für Virologie des Universitätsklinikums Bonn. Auf Basis des Wissens rund um Viren sei es wahrscheinlich, dass die Delta-Variante in ihrer derzeitigen Ausprägung keine Rolle mehr spielen werde. Vielmehr müsse damit gerechnet werden, dass Omikron in seiner jetzigen Form erhalten bleibt oder sich rekombiniert. Fakt sei allerdings, dass auch im nächsten Herbst und Winter vermehrt Infektionen auftreten werden.

Viele uns bekannte Grippeinfektionen sind unter anderem auf andere Coronaviren zurückzuführen. Insofern empfiehlt Prof. Streeck neben der gängigen Grippeimpfung auch Coronaimpfungen. Während der Schutz nach einer Grundimmunisierung und der Booster-Impfung im Schnitt bei 80 Prozent liegt, sollten sich insbesondere Menschen ab 60 Jahren und Personen mit Vorerkrankung einer vierten Impfung zu Herbstbeginn unterziehen. Um dem Virus voraus zu sein und es effektiv bekämpfen zu können, müssten diese Punkte erfüllt sein: Fokus verstärkt auf die vulnerablen Gruppen richten, nur noch Menschen mit Symptomen testen, Antikörperstudien und Abwassermonitoring durchführen, weiter den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken, Forschungsaktivitäten rund um Corona koordinieren, die Impfkampagne vorantreiben und schließlich geeignete Szenarien für das Spätjahr entwerfen. Speziell in Zeiten der Pandemie sollte jeder Eigenverantwortung für seine Gesundheit übernehmen. Es gelte nun, das Auslaufen der Maßnahmen als ein Angebot für mehr Eigenverantwortung anzunehmen, betonte Prof. Streek.

Impressionen

Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik

Die 20. Klausurtagung stand unter dem Motto „Nachhaltigkeit durch Technologieoffenheit und Innovation am Industriestandort Deutschland und Europa“.

Selten wurde uns so deutlich vor Augen geführt, wie verstrickt die moderne Welt ist. Ein Virusausbruch in China vor drei Jahren sorgt noch heute für globale Lieferengpässe. Ein Krieg in der Ukraine führt zu einer europaweiten Panik über die Versorgungssicherheit fossiler Kraftstoffe. Im Rahmen einer globalen Erderwärmung droht das Ökosystem selber aus den Fugen zu geraten. Zwischen steigender Inflation, steigenden Rohstoff- und Energiepreisen und inmitten einer Energiewende gerät Europa als Wirtschaftsstandort ganzheitlich ins Wanken. Deutschland und Europa müssen die Energie- und Klimapolitik jetzt komplett neu denken.

Der Wirtschaftsrat ist überzeugt, dass diese Herausforderungen gemeinsam gemeistert werden können. Auf der 20. Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik haben wir mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft beraten, welche Schritte dazu jetzt notwendig sind.



Fotos: Jens Schicke

Impressionen

Finanzmarktklausur 2022

Die Finanzmarktklausur des Wirtschaftsrates hat sich zu einer wichtigen Plattform zum Austausch über die strategischen Leitlinien des europäischen Ordnungsrahmens sowie der Finanzmarktpolitik fest etabliert.



Fotos: Jens Schicke

Gerade in diesen Tagen kommt es ganz besonders darauf an, dass Wirtschaft und Politik entschlossen in gemeinsamer Verantwortung handeln – geopolitische Spannungen, wachsende Inflationsängste, hohe Staatsschuldenstände und die Transformation der Wirtschaft zwingen uns, wesentliche Felder der Wirtschafts- und Finanzpolitik vollkommen neu zu denken.

Diese Herausforderungen diskutierte der Wirtschaftsrat mit meinungsstarken Vordenkern und Entscheidungsträgern aus Finanzwirtschaft und Politik bei der Finanzmarktklausur 2022 in Berlin.


Foto: Jens Schicke

„Die Bundesregierung ist aufgefordert, die nachhaltige Verbesserung durch moderne Ausrüstung in den Streitkräften im Verteidigungsetat sicherzustellen.“

Wolfgang Steiger
Generalsekretär des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.

„Zeitenwende“ darf nicht wackeln

Eine solide Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die Grundvoraussetzung für ein souveränes Europa. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber sie ist uns durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine schmerzlich vor Augen geführt worden. Umso unverantwortlicher ist es daher, dass die Ampelkoalition im Bund noch immer zögert, das von Bundeskanzler Olaf Scholz versprochene und dringend benötigte Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr sowie die Einhaltung der vertraglich zugesicherten zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes unseres Landes für Verteidigungsaufgaben umzusetzen. Die Bundeswehr braucht beides – und zwar dringend.

Trotz der dramatischen Lage in der Ukraine und des steigenden internationalen Drucks auf Deutschland, sich endlich seiner sicherheitspolitischen Verantwortung zu stellen, entbrennt in der Regierungskoalition ein Streit über die dafür notwendigen Haushaltsmittel. Es bestehen erhebliche Zweifel, ob die von Bundeskanzler Olaf Scholz proklamierte „Zeitenwende“ auch wirklich von allen Mitgliedern der Regierungsfraktionen verstanden wurde. Es braucht Investitionen in neue Technologien, wie beispielsweise bewaffnete Drohnen, moderne Raketenabwehrsysteme und den Ausbau der Cyberabwehrfähigkeit Deutschlands, um die Resilienz gegenüber äußeren Bedrohungen zu erhöhen.

Zudem müssen gemeinsame europäische Rüstungsprojekte wie das Luftkampfsystem Future Combat Air System (FCAS) und die Entwicklung eines neuen Kampfpanzers Main Ground Combat System (MGCS) finanziell abgesichert werden. Diese Rüstungskooperationen sichern die strategische Stärke Europas und gleichzeitig die technologische Zukunftsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen. Damit das gelingen kann, ist vor allem die dauerhafte Steigerung des Verteidigungsetats auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung notwendig. Ohnehin verpufft ein Teil des 100-Milliarden-Sondervermögens durch die Mehrwertsteuer, eine steigende Inflation und wachsende Personalkosten bei der Bundeswehr. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, jetzt die nachhaltige Verbesserung durch moderne Ausrüstung in den Streitkräften im Verteidigungsetat sicherzustellen.

Deutschland ist als Exportnation auf freien, sicheren und ungehinderten Verkehr von Menschen, Waren und Dienstleistungen – am besten weltweit – angewiesen. Hierfür ist es notwendig, dass wir selbst in der Lage sind, Verteidigungskapazitäten zu erhalten und den Verpflichtungen gegenüber unseren Bündnispartnern nachkommen. Die heimische Rüstungswirtschaft und ihre Innovationskraft müssen wieder stärker in das Blickfeld der Politik genommen werden. □

Rückblick Einblick Ausblick



Berlin-Brandenburg

Wirtschaftspolitisches Frühstück mit Kai Wegner

„Berlin hat so viele Chancen wie keine andere Stadt in Deutschland und in Europa“, eröffnete Gastredner Kai Wegner, Vorsitzender der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, das wirtschaftspolitische Frühstück des Landesverbandes Berlin-Brandenburg und zog Bilanz von 100 Tage neuem Senat in der Hauptstadt. Solange Streit und Uneinigkeiten das Erkennungszeichen von Rot-Grün-Rot sind und ein roter Faden für die Stadt fehlt, sind die Berliner die Leidtragenden: Sie finden keine bezahlbaren Wohnungen, stehen Tag für Tag im Stau und müssen eine Ewigkeit



Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r. Marco Hahnfeld, Landegeschäftsführer; Jan Hase, Sprecher Sektion Berlin (komm.); Kai Wegner, Vorsitzender der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses

auf einen Termin im Bürgeramt warten. Die Stadt braucht ein Programm mit Ambitionen, das die Chancen der Stadt nutzt und entwickelt. Themen wie die Schienenanbindung, der Pendlerverkehr seien in den ersten 100 Tagen Regierung vernachlässigt worden. Projekte würden ideologisch statt pragmatisch angegangen.

„Berlin muss endlich wieder funktionieren“, sagte der CDU-Vorsitzende, „und sich mit anderen Metropolen dieser Welt vergleichen.“ Dies erfordere ein ambitioniertes Konzept. Ziel müsse es sein, dass andere Bundesländer auf Berlin schauen: Aber nicht weil vom BER kein Flugzeug abhebt, sondern weil Berlin bei Mobilität, Digitalisierung und Bildung ganz weit vorne liegt, die Stadt ein Leuchtturm ist, an der sich andere ein Beispiel nehmen möchten.



Brüssel

Auftakt der Europäischen Fachkommission Energie

Der Wirtschaftsrat in Brüssel hatte zur ersten Sitzung der Europäischen Fachkommission Energie eingeladen. Das neugegründete Gremium bringt hochrangige Führungskräfte und Unternehmer mit europäischen Entscheidungsträgern zusammen. Ziel ist es, über bevorstehende Initiativen der EU-Ebene zu diskutieren und Vertretern der europäischen Institutionen den Blick der unternehmerischen Wirtschaft aufzuzeigen.

Die Landesvorsitzende des Wirtschaftsrates Brüssel, Corinna Grajetzky eröffnete die Gesprächsrunde zum Thema „Europe's Energy Future“ und betonte, wie wichtig der Austausch zwischen Wirtschaft und Politik auf EU-Ebene sei in Zeiten, in denen die Energiesicherheit Europas gefährdet ist.



Foto: CC BY-NC-ND 2.0

Kurt Vandenberghe, Energiepolitischer Berater und Kabinettsmitglied von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Die Mitglieder tauschten sich mit Kurt Vandenberghe, Energiepolitischer Berater und Kabinettsmitglied von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, aus, der die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine auf den Green Deal beleuchtete. Die Ziele des Green Deals sollen wie schon in der Pandemie ebenfalls nach oben angepasst werden, das Paket RePowerEU am 18. Mai vorgestellt werden. Die Wirtschaftsvertreter wiesen mehrfach darauf hin, dass die europäische Wirtschaft mit den hohen Energiepreisen massiv zu kämpfen habe. Strengere Regularien der Politik würden diese Lage verschlimmern und sorgten für erhebliche globale Wettbewerbsnachteile.

Der niederländische Industriepolitiker Tom Berendsen MdEP, Mitglied im Energie- und Industrieausschuss des



Foto: EU-Parlament

Tom Berendsen MdEP, Mitglied im Energie- und Industrieausschuss des Europäischen Parlaments

Europäischen Parlaments, wies auf mehrere Dilemmas der europäischen Energiepolitik hin: Abhängigkeit von Russland, unsichere Energieversorgung, fehlende Energiekooperation der EU-Mitgliedsstaaten, unrealistische politische Vorgaben an die Industrie, Gefährdung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch die grüne Transition, nichtnachhaltige Investitionen durch den Staat. Er forderte einen „Energy Master Plan“, der die Kooperation und Koordinierung der Mitgliedsstaaten in der Energieversorgung vorantreiben soll.



Thüringen

Gesundheitspolitik zur Chefsache erklären

Die Thüringer Gesundheitspolitik muss zur Chefsache erklärt werden. Sie ist dabei in der Einheit von ambulanter und stationärer Versorgung sektorenübergreifend zu gestalten. Wie dem mit der laufenden 8. Thüringer Landeskrankenhausplanung entsprochen werden muss, diskutierten jüngst Branchenvertreter und Gesundheitsexperten des Wirtschaftsrates mit Prof. Dr. Mario Voigt, CDU-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag und Christoph Zippel, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Gesundheitswirtschaft – nicht nur im Freistaat – sieht sich derzeit vor zahlreiche Herausforderungen gestellt. Diese müssen zukunftsfähig unter der Prämisse gemeistert werden, die gesamtmedizinische Versorgung aller Bürger von der Erst- und Notfall- bis hin zur Grundversorgung in allen Regionen des kleinteiligen Flächenlandes auch weiterhin abzusichern. Für den Freistaat böten sich etwa mit der Zukunftswerkstatt der Akteure der Gesundheitswirtschaft die Voraussetzungen, eine Vorreiterrolle zu besetzen und so auch die Bundesgesundheitspolitik mitzugestalten. Dies sei jedoch nur möglich, wenn der Prozess seitens der Politik moderiert werde und endlich Entscheidungen fallen würden.



Foto: Karsten Seifert

v.l.n.r. Rainer Poniewaß, Geschäftsführer der Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.; Stephan Hauschild, Landesvorstand des Wirtschaftsrates in Thüringen; Alexander Schmidtke, Hauptgeschäftsführer REGIOMED-KLINIKEN GmbH; Dr. Kerstin Haase, Vorsitzende Arbeitsgruppe Krankenhaus und Rehabilitationskliniken im Wirtschaftsrat; Prof. Dr. Mario Voigt MdL, Vorsitzender CDU-Landtagsfraktion; Christoph Zippel MdL, Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion; Guido Dressel, Vorsitzender Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft im Wirtschaftsrat



Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg, Hessen, NRW

Viel erreicht, noch viel zu tun! – Web-Talk mit Generalsekretär Wolfgang Steiger

„Durch den Überfall Russlands auf die Ukraine kommt das Weltgefüge ins Wanken. Viele wesentliche Politikfelder müssen vollkommen neu gedacht werden, langjährige Gewissheiten haben sich über Nacht in Luft aufgelöst“, betonte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates. Eine Rückkehr zum Status quo ante sei kaum möglich. Gerade in der Energiefrage stehe die „Versorgungssicherheit“ jetzt im Mittelpunkt des Interesses der Wirtschaft, vor allem vor dem Hintergrund der Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas. Der Doppelausstieg aus Kernenergie und Braunkohle sei ohne Gas (aus Russland) nur schwer möglich – das stehe fest. Deshalb müsse überlegt werden, die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke bis Ende 2023 laufen zu lassen, um unsere Energiesicherheit mit akzeptablen Energiepreisen zu gewährleisten.



Foto: Jens Schicke

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates



Sachsen

Energiestaatssekretär Dr. Gerd Lippold zum Energie- und Klimaprogramm Sachsen

Wohl kaum ein Thema treibt die Unternehmer im Wirtschaftsrat in Sachsen so sehr, wie die Energiepreise. Der Wirtschaftsrat informierte sich deshalb aus erster Hand beim zuständigen Staatssekretär Dr. Gerd Lippold darüber, wie es vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Konfliktes und des Doppelausstiegs aus Kernenergie und Kohle gelingen kann, Umweltschutz und Energiesicherheit zu bezahlbaren Preisen zu garantieren.

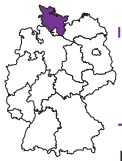
Fest steht, dass das bestehende „Energie- und Klimaprogramm Sachsen“ auf die neuen Herausforderungen angepasst werden muss. Der Staatssekretär betonte jedoch, dass viele der 200 Maßnahmen ihre Gültigkeit behalten wie etwa der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft. Dazu sei Sachsen in den Kernkompetenzen mit



Foto: Pawel Sosnowski

Dr. Gerd Lippold, Staatssekretär für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landewirtschaft, will eine Wasserstoffwirtschaft über die gesamte Wertschöpfungskette aufbauen

einer Top-Forschungslandschaft, Technologieentwicklung und -transfer sowie hervorragendem Knowhow im Anlagenbau gut aufgestellt. Schwachpunkt des Freistaates sei jedoch der Mangel an „grünem“ Strom, so der promovierte Physiker. Sachsen hat großen Nachholbedarf bei der grünen Stromerzeugung und sollte dies verbessern. Der Russland-Ukraine-Konflikt führe klar vor Augen, wie wichtig die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern sei, betonte Dr. Gerd Lippold.



Schleswig-Holstein

Ministerpräsident Daniel Günther zu Gast in Flensburg

Unter der Überschrift „Wachstumsraum Skandinavien – Chancen nutzen durch enge Zusammenarbeit“ forderten Ministerpräsident Daniel Günther und Jørgen Mads Clausen, Aufsichtsratsvorsitzender Danfoss A/S vor Unternehmern des Wirtschaftsrates, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben dürfe. Die 2021 geschlossene Entwicklungsallianz sei Chance und Verpflichtung zugleich. „Wir haben eine riesige Innovationskraft beidseits der Grenzen und werden gemeinsam viel Wertschöpfung in die Region holen.“ Der Ministerpräsident sieht Perspektiven vor allem in den Bereichen erneuerbare Energien, maritime Wirtschaft und Medizintechnik. Der Bau der Fehmarnbelt-Querung sei nur ein Beispiel. Für ihn genießen durchdachte länderübergreifende Projekte Priorität und „es ist unsere Aufgabe, dass wir mit weniger Bürokratie schneller in die Umsetzung kommen“. Harmonisierte Planungsprozesse, die parallel einen Baufortschritt zulassen, müssten bei Infrastrukturprojekten künftig leichter möglich sein. Das geplante LNG-Terminal in Brunsbüttel werde dafür ein Pilotprojekt und „so wünsche ich es mir auch für die A 20“. Jørgen Mads Clausen betonte, wie wichtig es sei, für mehr Miteinander eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gemeinsam anzugehen. „Wir forcieren die Planungen für eine Alsen-Fünen-Brücke, die die Fahrtzeit bis nach Odense um eine Stunde reduziert. Weiteres Potential sieht er darin, ein gemeinsames Zentrum für Robotik-Technologie auf den Weg zu bringen.



Foto: Wirtschaftsrat

Mitglieder des Sektionsvorstandes mit Daniel Günther und Jørgen Mads Clausen



Hamburg

Grundstein für die Digitalisierung des Gesundheitswesens

Der 2019 vom damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eingerichtete Health Innovation Hub unterstützte als unabhängiges Beratergremium die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung in Deutschland mit interdisziplinärem Know-how und Erfahrung. Als früherer Chairman des Hubs berichtete Prof. Dr. Jörg F. Debatin beim Wirtschaftsrat von den erzielten Fortschritten bei der Digitalisierung der Gesundheitsversorgung. Digitale Medizin ist für ihn keine Frage der politischen Farbenlehre, sondern des persönlichen Engagements: „Wir hatten, bei aller Kritik, mit Jens Spahn einen Gesundheitsminister, der verstanden hat, dass wir den fünfzehnjährigen Tiefschlaf Deutschlands kompensieren und zügig Gesetze schaffen müssen, um digitale Medizin erlebbar und verfügbar zu machen.“



Foto: Wirtschaftsrat

Prof. Dr. med. Jörg F. Debatin

Zunächst seien die Grundlagen für die Digitalisierung des Gesundheitswesens gelegt worden. So habe man Voraussetzungen für eine bessere Interoperabilität der verwendeten Datenformate geschaffen. Zusätzlich brauche es eine gute Vernetzung, für die man weiter auf die Telematikinfrastruktur setze und diese ausbaue. Als gelungene Digitalisierungsprojekte führte Prof. Debatin digitale Gesundheitsanwendungen an. Die Initiative für diese Apps, die Ärzte verschreiben können, sei insofern erfolgreich, als dass es über 150.000 Verschreibungen gebe, über 60 Prozent der Hausärzte diese befürworteten und internationales Interesse aus über 20 Ländern daran bestünde. Deutschland sei das erste Land, das die App auf Rezept ermögliche.



Nordrhein-Westfalen

Finanzminister Lutz Linienkämper: „NRW ist wieder ein Land der Chancen!“

„Nordrhein-Westfalen im Jahr 2030“ lautete das Motto des digitalen Wirtschaftstages NRW. Nach der offiziellen Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Paul Bauwens-Adenauer stellte Janine Jaensch, Vorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates in Nordrhein-Westfalen, das gleichnamige Strategiepapier vor. Es umreißt die Herausforderungen und Ziele in vier Politikfeldern: Bildung, Energie und Nachhaltigkeit, Mobilität und Urbanisierung sowie Innovation und

Digitalisierung. In vier „Powertalks“ nahmen jeweils zwei Gesprächspartner ihr Thema genau unter die Lupe. Vertreten war die Politik u. a. mit Thomas Jarzombek, bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Bundestag und Josef Hovenjürgen, Generalsekretär der CDU NRW, ebenso wie die Wirtschaft, u. a. mit Michael Busch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Thalia Bücher GmbH, oder Christian Miele, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Start-ups.

Übergreifender Tenor der Diskussionen: Entscheidend sind Digitalisierung, Innovationskraft und vor allem Tempo, wenn es darum geht, Ideen und Pläne umzusetzen. Das Strategiepapier Nordrhein-Westfalen 2030 soll weiter als Diskussionsgrundlage dienen. Hausherr Dr. Christian Brauckmann, Mitglied des Vorstands der DZ-Bank, lobte den Ansatz: „Sie haben genau die richtigen Schwerpunkte gesetzt.“

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Lutz Lienenkämper sprang für Ministerpräsident Hendrik Wüst ein, der aus der Corona-Quarantäne in Israel ein Video-Grußwort schickte. Linienkämper nutzte die Bühne, um die Erfolge der Landesregierung aufzuzeigen und den Kurs für die nächsten Jahre abzustecken. „NRW ist heute wieder ein Land der Chancen“, blickte Lienenkämper auf den Kurs der CDU/FDP-Landesregierung. Investitionen in die Infrastruktur, in die Digitalisierung, in Forschung und Bildung und nicht zuletzt in die innere Sicherheit haben das Land nach vorne gebracht. Ein Schwerpunkt seiner Rede war die Herausforderung des Klimaschutzes: „Unsere energieintensive Industrie muss in Nordrhein-Westfalen eine Zukunft haben.“ Es gehe um die Versöhnung von Klimaschutz und Industrie, „das ist ein Generationenprojekt“.



Foto: Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen

NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper

Der Finanzminister lenkte den Blick auch auf die Folgen des Ukraine-Krieges. „Wir müssen raus aus der Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland.“ Hier seien „pragmatische Lösungen“ gefragt. Versorgungssicherheit und Entlastung bei hohen Energiepreisen seien unabdingbar. „Eine warme Wohnung darf kein Luxus sein.“ Zugleich machte der Minister deutlich, dass der russische Angriffskrieg eine Zeitenwende darstellt: „Frieden, Freiheit, Demokratie: Die gibt es nicht umsonst. Wir müssen sie besser schätzen und schützen.“

Ähnlich hatte sich auch Paul Bauwens-Adenauer, Vorsitzender des Wirtschaftsrates NRW, zum Auftakt des Wirtschaftstages geäußert: „Wir brauchen den Schulterschluss mit dem Westen und den USA.“ Dies betonte auch Ministerpräsident Wüst in seiner Videobotschaft: „Der Westen steht der Aggression Russland geschlossen gegenüber.“



Bremen

Was Ludwig Erhard uns heute noch zu sagen hat

Am 4. Februar 2022 jährte sich der Geburtstag Ludwig Erhards zum 125. Mal. Grund genug für den Wirtschaftsrat Bremen, gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Bremen an den Begründer der Sozialen Marktwirtschaft zu erinnern. Als Referenten konnten die Veranstalter den Vorsitzenden der Ludwig Erhard Stiftung, Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch, gewinnen. Was waren Ludwig Erhards Überzeugungen? Für ihn stand nach Meinung Prof. Roland Kochs fest, dass Bürger und Verbraucher im Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens stehen. Wichtig seien die Freiheit des Einzelnen und die Selbstorganisation des Marktes. Jedoch: Der Markt organisiere sich nicht von selbst! Drei Lehren habe Ludwig Erhard aus den Krisen der Zwischenkriegszeit gezogen: Der Verbraucher muss frei sein. Der Markt muss funktionieren. Eigentum muss möglich sein.



Foto: www.roland-koch.de / Gaby Gerster

Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch

Eine Transformation der Lehren Ludwig Erhards auf die heutigen wirtschaftspolitischen Herausforderungen sei laut Prof. Roland Koch nicht ohne weiteres möglich, da er zwei Entwicklungen nicht vorhersehen konnte: die zunehmende Bedeutung des Umweltschutzes sowie die Digitalisierung. Er sei aber dennoch kein Bild fürs Museum. Vielmehr sei sein Politikansatz heute moderner und wichtiger als je zuvor: Politik dürfe sich nicht nach Meinungsumfragen richten. Menschen müssten vielmehr mit Argumenten überzeugt werden.



Mecklenburg-Vorpommern

Bausymposium mit Christian Pegel MdL und Bernd Nottebaum

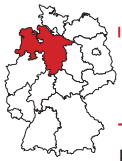
Unter dem Titel „Nachhaltige Bauwirtschaft“ suchte der Wirtschaftsrat den Dialog mit Politik und Wirtschaft. „Es ist keine Frage, dass wir bei Baugenehmigungsverfahren und Bebauungsplänen alle Hände voll zu tun haben“, sagte Christian Pegel MdL, Minister für Bau und Inneres des Landes Mecklenburg-Vorpommern. „Der Wirtschaftsrat hat diese Themen zu Recht ganz oben auf die Agenda gesetzt, genauso wie die energetische Sanierung.“ Obwohl Mecklenburg-Vorpommern seit der Wende über 200.000 Einwohner verloren hat, ist Wohnraum knapp. Dies hätte sicher auch damit zu tun, dass es mehr Einpersonenhaushalte gebe, so der Minister. „Bund, Land und die Kommunen müssen beim Bauen zusammenstehen, alle Ebenen haben Kompetenz in der Baupolitik. Nur so bekommen wir mehr PS auf die Straße“, sagte Christian Pegel. „Frühzeitige Bürgerbeteiligung steht an oberster Stelle bei neuen Bauprojekten“, betonte



Foto: Wirtschaftsrat

Christian Pegel MdL, Minister für Bau und Inneres des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit dem Landesgeschäftsführer Reto Pikolin beim Bausymposion

Bernd Nottebaum, erster stellvertretender Oberbürgermeister sowie Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Stadtentwicklung der Stadt Schwerin. Nur so könne man die Projekte realisieren. Eine vielschichtige Nutzmischung sei wichtig, um ein breites Angebot zu schaffen: „Die Projekte spiegeln die Nachfrage der Bürger wider. Wir bieten von Einfamilienwohnungen bis zum Mehrfamilienhaus alles an." Wichtig sei auch eine gute Infrastruktur vor Ort.



Niedersachsen

Finanzminister Reinhold Hilbers MdL zu Gast

Prominenter Gast der Landesfachkommission Haushalt, Finanzen und Steuern war der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers MdL, der mit den Mitgliedern des Gremiums das Thema „Finanzpolitik in Niedersachsen – auch in Zeiten von internationalen Krisen" diskutierte. Nach der Begrüßung durch Frank Hilbert, Vorstand Lebensversicherung der VHV Holding AG, und Nina Storck, stellv. Vorsitzende der Landesfachkommission Haushalt, Finanzen und Steuern, betonte der Minister in seinem Impulsvortrag die Notwendigkeit der Schuldenbremse. Es müsse verstanden werden, dass diese nicht zwangsläufig zu einer Innovationsbremse führen würde. Zudem kritisierte er das derzeitige Handeln der Europäischen Zentralbank mit Blick auf eine rasant steigende Inflation.



Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r.: Frank Hilbert, Vorstand Lebensversicherung, VHV Holding AG; Reinhold Hilbers MdL, Niedersächsischer Finanzminister; Nina Storck und Hans-Joachim Gerstein, stellvertretende Vorsitzende der Landesfachkommission Haushalt, Finanzen und Steuern



Hessen

Was die Ampel-Koalition für Südhessen bedeutet

Dieses Thema diskutierten die Bundestagsabgeordneten Andreas Larem MdB (SPD), Till Mansmann MdB (FDP) und Philip Krämer MdB (Bündnis 90/Die Grünen) mit den Mitgliedern der südhessischen Sektionen des Wirtschaftsrats. Moderiert wurde die Veranstaltung von Frank Gotthardt, Sprecher der Sektion Darmstadt-Dieburg. Mit dem Satz „Mehr Fortschritt wagen" beschrieb Andreas Larem die Herangehensweise der Koalition im Bund an die bevorstehenden Herausforderungen. Ein wichtiges Thema für alle drei Bundestagsabgeordneten stellte die Verbesserung der Infrastruktur dar, die laut Till Mansmann ein starker Wachstumsfaktor für die Region Südhessen sei.

Philip Krämer betonte, dass die Anstrengungen auch den ländlichen Raum erreichen müssen, um die Wohnsituation in den Städten zu entzerren. Das Wohnbauprogramm sei ein zentrales Thema der Regierung. Um ausreichend Wohnraum schaffen zu können, müsse man die Voraussetzungen für das Baugewerbe und private Investoren verbessern, bürokratische Hürden abbauen sowie mehr verfügbare Wohnbauflächen nutzen.

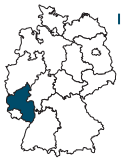


Foto: Hans Christian Plambeck

Ampel vor dem Reichstag in Berlin

Um die Klimaziele zu erreichen, gelte es eng mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten und diese zu unterstützen, damit sie im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleibt. Philip Krämer nannte als einen Weg den noch stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien, betonte jedoch auch die Notwendigkeit, dafür mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Unternehmer in Südhessen sich eine stärkere Förderung der Politik wünschten, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Als Beispiel wurde die Wiederaufnahme der Bundesförderung für effiziente Gebäude durch die KfW genannt. Laut Till Mansmann seien die Investitionen nur unter der Prämisse der finanziellen Nachhaltigkeit möglich, da die Regierung sich auf die Einhaltung der Schuldenbremse verständigt habe. Dies müsse trotz Investitionen in den Klimaschutz und Coronahilfen erreicht werden.

Die drei Abgeordneten betonten, dass die bürokratischen Strukturen im Land moderner werden müssen. Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung müsse durch eine bessere Vernetzung der Behörden sowie durch Digitalisierung insgesamt verbessert werden. Andreas Larem unterstrich, dass mehr in das duale Ausbildungssystem sowie in Hochschul- und Forschungseinrichtungen investiert werden müsse, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.



Rheinland-Pfalz

Save the date: Süddeutscher Wirtschaftstag 2022
der Landesverbände Rheinland-Pfalz
und Saarland, Hessen und Baden-Württemberg

Wann? 19. Juli 2022 ab 15.00 Uhr
Wo? Kurfürstliches Schloss Mainz



AdobeStock©blankstock

Digitalisierung – Demografie – Decarbonisierung

Unternehmen treiben mit ihrer Innovationskraft die digitale und nachhaltige Transformation der Wirtschaft voran. Welcher wirtschaftspolitische Kurs fördert und stützt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit? Dieser und anderen Fragen stellen wir uns mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft zum Süddeutschen Wirtschaftstag 2022. Im Fokus: die drei großen Themen Digitalisierung, Demografie und Decarbonisierung.

Hochkarätige Redner werden sein u.a. Julia Klöckner, Wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der HQ Trust GmbH; Ralph Danielski, CEO der EPEX Spot (European Power Exchange); Dr. Werner Götz, Vorsitzender der Geschäftsführung Transnet BW GmbH; Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, und Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates.



Foto: Berthold Werner

Veranstaltungsort des Süddeutschen Wirtschaftstages: Residenzschloss Mainz

Wirtschaft und Politik im Dialog mit Staatssekretär Michael Hauer

Die Energieversorgung als existenzielles Thema für die Wirtschaft, dazu diskutierten in Koblenz Dr. Karlheinz Sonnenberg, Mitglied des Vorstands der Energieversorgung Mittelrhein AG und Staatssekretär Michael Hauer, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz beim Wirtschaftsrat in Koblenz. „Wir brauchen nicht mehr Ideen, sondern Konzepte“, forderte Dr. Sonnenberg, und lobte, dass Bundesminister Robert Habeck beim Ausbau der Erneuerbaren Tempo mache. Dies könne Ausgleich schaffen, das von der Industrie verwendete Gas so durch Wasserstoff ersetzt werden. Deutschland müsse rational vorgehen, ein Konzept entwickeln, das den Ausbau der Erneuerbaren in den Fokus nimmt und durch die Weiterführung der konventionellen Energien ergänzt. So könne der Kohleausstieg gestreckt und viel in neue Gasquellen investiert werden. Ein Gasembargo könnte sonst zur Katastrophe für die Industrie und zur Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft werden.

Staatssekretär Michael Hauer betonte, Deutschland müsse sich aus der Energieabhängigkeit von Russland lösen. Er verwies auf den preissenkenden Einfluss der regenerativen Energieversorgung. Sein Ministerium begrüße die Abschaffung der Eneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage und die Förderung der regenerativen Energien durch Regulierung der Stromerzeugung. □

Impressum

Herausgeber:
Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:
Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

Wissenschaftliche Beratung:
Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:
Redaktion Trend
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung: Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführer:
Iris Hund
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDEDK380

Verlag: Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:
Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

Gesamtherstellung:
Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise: quartalsweise

Anzeigenpreise: Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen: Beim Verlag

Bezugsbedingungen:
Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,– Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.


Foto: Fotolia.com ©mitrija


Foto: Fotolia.com ©IvicaNS

Im Spiegel der Presse

In der **WELT** am 11.01.2022

„Die kritische Sozialbilanz der GroKo hängt auch der Union an und hat zu einem Verlust ihrer Wirtschafts- wie auch Sozialkompetenz geführt“, sagt der Generalsekretär Wolfgang Steiger. Die Union habe früher immer für eine **zielgerichtete, solidere und nachhaltigere Sozialpolitik** gestanden.

In der **WELT** am Sonntag am 22.01.2022

„Nach dem Pkw hat Brüssel nun die leichten Nutzfahrzeuge im Visier“, sagte Wolfgang Steiger. „Ohne die Folgen abzuschätzen und auf die technische Umsetzbarkeit zu achten, sollen die Flottengrenzwerte weiter verschärft werden. Wir müssen sehr aufpassen, dass unsere **Klimapolitik** nicht zur De-Industrialisierung und zu Arbeitsplatzverlusten führt.

Im **Hamburger Abendblatt** am 15.02.2022

„Die Gastronomen unseres Landes sind wie der **Non-Food-Einzelhandel** mit Corona-Auflagen bedacht, die keinerlei Wirkung entfalten, aber viel Zeit und Geld kosten“, so Wolfgang Steiger. „Ich denke hier zum Beispiel an den Wegfall der Registrierpflicht in der Gastronomie.“

In der **Fuldaer Zeitung** am 28.02.2022

In einem Gastbeitrag kritisiert Wolfgang Steiger nicht nur die **Erhöhung des Mindestlohnes,** sondern generell zu viele staatliche Maßnahmen, die Unternehmergeist und Leistungsbereitschaft abschneiden.

Im ***Handelsblatt*** am 21.03.2022

„Ein **transatlantisches Freihandelsabkommen** symbolisiert nicht nur den Schulterschluss der freien Welt, sondern befreit uns auch von strategischen Abhängigkeiten“, erklärte Präsidentin Astrid Hamker. Bisher seien etwaige Freihandelsabkommen zwischen der EU und anderen Staaten an zu hoch gesteckten EU-Standards gescheitert, die mögliche Handelspartner wirtschaftlich nicht immer leisten könnten.

In der **Frankfurter Allgemeine Zeitung** am 24.03.2022

Der Wirtschaftsrat forderte, den für Ende des Jahres geplanten endgültigen **Atomausstieg** zu überdenken. „Eine mögliche Verlängerung der Laufzeit der hiesigen Kernkraftwerke muss in die energiepolitische Debatte mit einfließen“, heißt es in einem noch unveröffentlichten Positionspapier des Wirtschaftsrats zur „Zeitenwende in der Energiewirtschaft“.

Die **WELT** am Sonntag am 02.04.2022

„Mit **heimischer Erdgasförderung** können wir die russischen Importe natürlich nicht vollständig kompensieren, aber es wäre ein wichtiger Baustein für eine größere Unabhängigkeit“, sagt Wolfgang Steiger. „Eine kurzfristige Erhöhung der Förderung um 20 Prozent wäre möglich und sollte umgehend erfolgen.“

In der **Rheinischen Post** am 08.04.2022

Der Wirtschaftsrat fordert, die für dieses Jahr geplanten **Kraftwerksschließungen** zu verschieben. „Eine verantwortungsvolle, nachhaltige Energiepolitik zieht kurz-, mittel- und langfristig die richtigen Schlüsse aus der Ukraine-Krise, damit daraus keine deutsche Energiekrise wird“, sagte Wolfgang Steiger.

In der ***Bild*** am 26.04.2022

Der aktuelle Teuer-Schock ist hausgemacht, sagt Wolfgang Steiger und geht auf die Europäische Zentralbank los. „Wir dürfen nicht auf die Verneblungstaktik hereinfallen: Die **Zinspolitik** und ihre Anleihekäufe sind Haupttreiber der Inflation. Lange vor der Ukraine-Krise hat sie die Ursachen für Preissteigerungen auf breiter Front gelegt.“

Die **Börsen-Zeitung** am 27.04.2022

Gastkommentar von Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates: Die **EZB-Geldpolitik** führte zur Schuldenpolitik – nicht nur der Bundesregierung. Beides zusammen ist der Nährboden für die aktuellen Inflationsraten.

In der **Neuen Osnabrücker Zeitung** am 28.04.2022

Der Wirtschaftsrat warnte anlässlich des Spitzentreffens von Bundesbauministerin Klara Geywitz mit Vertretern der Baubranche davor, dass der Traum von Wohneigentum für immer mehr Menschen in Deutschland unerfüllbar wird. „Aktuelle Erhebungen zeigen, die **Preise für Wohneigentum** in Deutschland steigen weiter“, sagte Wolfgang Steiger.

Bei ***Sky News*** am 28.04.2022

Wirtschaftsrat-Präsidentin Astrid Hamker erklärt im Sky-Interview: „Deutschland steigt als einziges Industrieland der Welt gleichzeitig aus **Kern- und Kohlekraft** aus. Wir haben die Energiezufuhr zu sehr eingeengt und sind zu abhängig.“



©Klaus Suttmann

Zahlen des Quartals



100.000.000.000

Bundeskanzler Olaf Scholz hat angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine angekündigt, die Bundeswehr mit einem einmaligen **Sondervermögen** in Höhe von 100 Milliarden Euro auszustatten und der Verteidigungsetat soll mehr als zwei Prozent betragen.

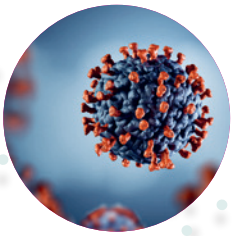
Quelle: Bundesministerium für Verteidigung



3

Nur um magere drei Prozent wird der **Welthandel 2022** wachsen prognostiziert die Welthandelsorganisation (WTO) angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Damit revidiert die WTO ihre Schätzung von knapp fünf Prozent zu Jahresbeginn deutlich nach unten.

Quelle: WTO



466

Die Corona-Pandemie hat die **Ausgaben für Gesundheit** 2021 auf das Rekordhoch von rund 466 Milliarden Euro getrieben. Gut die Hälfte trugen die gesetzlichen Krankenkassen. Ursachen sind insbesondere Kosten für Corona-Tests und -Impfungen. Damit liegen die Ausgaben gut 25 Milliarden Euro oder 5,7 Prozent über dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt



12

Mit 0,014 Prozent rangiert Deutschland gerade einmal auf Platz zwölf bei den **Regierungshilfen für die Ukraine** zwischen dem 24.02. und 27.03.2022 – gemessen an der Wirtschaftsleistung. Das kleine Estland greift der Ukraine mit 0,8 Prozent seines Bruttoinlandsprodukt unter die Arme und liegt damit mit Abstand an der Spitze, gefolgt von Polen, Litauen, der Slowakei und Schweden.

Quelle: IfW Kiel



2.300.000.000.000

Die öffentlichen **Gesamtschulden** kletterten zum Ende 2021 auf einen neuen Höchststand von 2,3 Billionen Euro. Das ist eine Steigerung von 6,8 Prozent. Die Schulden des Bundes steigen um gut zehn Prozent. Die Länder sparen mit 0,3 Prozent leicht ein. Das mit großem Abstand am höchsten verschuldete Bundesland bleibt Nordrhein-Westfalen.

Quelle: Statistisches Bundesamt



6

Die **Inflationsrate** dürfte in diesem Jahr auf einen Wert zwischen 5,1 bis 6,1 Prozent klettern und damit auf den höchsten Stand seit 1982. Der russische Angriff auf die Ukraine bremst das Wirtschaftswachstum und verteuert Energie massiv. Durch den Anstieg der Verbraucherpreise geht allein bis Ende März Kaufkraft von etwa 6 Milliarden Euro verloren.

Quelle: ifo-Institut



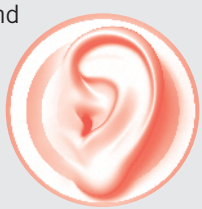
203

Die **Steuereinnahmen** von Bund und Ländern lagen im März mit 82,4 Milliarden Euro um 17,2 Prozent höher als im Vergleichsmonat 2021. Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sind im Steueraufkommen noch nicht zu verzeichnen. Das erste Quartal 2022 spülte Bund und Ländern mit 203 Milliarden Euro damit 18,1 Prozent mehr in die Kassen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Gesteuerte Überhitzung

Eine Netzkampagne spült den Diktatorensohn Ferdinand Marco junior auf den Philippinen an die Macht. Schon bei mehreren US-Präsidentschaftswahlkämpfen der letzten Jahre ging im Web nicht alles mit rechten Dingen zu, hatten fremde Mächte ein Interesse an einer Überhitzung und wahrscheinlich auch am Sieg eines Kandidaten. So fern liegen diese Phänomene längst nicht mehr. Erst die Überhitzung der Debatten auf allen Social-Media-Plattformen und auf Medienseiten zu Corona-Maßnahmen, dann gegen Impfungen, und jetzt rund um den russischen Angriff auf die Ukraine wird kräftig durch Fake-Accounts angeheizt. Dort leben zudem die Extremen von Links- und Rechtsaußen in ihren durch Vernunftsargumente nicht mehr erreichbaren Paralleluniversen. Bei aller Offenheit zur Diskussion: Die auf manchen Plattformen angebotenen Snooze- und Block-Funktionen können ein Segen sein. Nutzen wir Facebook & Co., um reale persönliche Kontakte über Distanz zu pflegen, und verabschieden alle aus unseren Timelines, die sich da nur austoben wollen.



Ihr Spindoktor

Fotos: AdobeStock@gGlobalMichael, @Kalaykan, @artegorov3@gmail, @mmphoto, @kovop58, @SZ_Designs, @Tobias Arhelger, @mitifoto; Fotolia.com@psdesign1



Zukunft braucht jemanden, der in sie investiert: **die neue SIGNAL IDUNA Lebensversicherung AG.**

Gemeinsam verantwortungsvoll Zukunft gestalten: Die SIGNAL IDUNA Lebensversicherung AG ist ein junges Unternehmen, das nachhaltige und digitale Lösungen für private und betriebliche Altersvorsorge, Einkommensschutz und Risikovorsorge bietet. Nachhaltigkeit ist zentraler Teil unseres Selbstverständnisses. Damit übernehmen wir soziale Verantwortung und richten unser Unternehmen von Anfang an und in allen Geschäftsbereichen an unseren Nachhaltigkeitsgrundsätzen aus.

www.signal-iduna.de/lv

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen

ExxonMobil
Energy lives here™

Energie für Deutschland

Seit über 70 Jahren fördert ExxonMobil in Niedersachsen Erdgas und Erdöl – zwei unserer wertvollsten heimischen Bodenschätze. Wir liefern sichere Energie für das tägliche Leben. Und wenn es um den Energiemix der Zukunft geht, sind wir gut aufgestellt. Für Lösungen, die ökologisch und ökonomisch sinnvoll sind. Für eine zuverlässige Energieversorgung für morgen.



Weitere Informationen unter:
www.exxonmobil.de
www.energyfactor.de
@ExxonMobil_GER
ExxonMobil Deutschland

TREND
MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
169/170
44. JAHRGANG
Ausgaben 1/2 2022

WIRTSCHAFTSRAT Deutschland

Europa
Mehr Markt gefragt



TOP-INTERVIEW
Klimaschutz und Industrie miteinander versöhnen
Hendrik Wüst

STANDORT DEUTSCHLAND
Wirtschaft konsequent stärken
Julia Klöckner

EU-TAXONOMIE
Klimaschutz darf kein Alibi für Staatsdirigismus sein
Prof. Roland Koch